

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hans-Georg Betz

Rechtspopulismus: Ein internationaler Trend?

Kurt Lenk

Ideengeschichtliche Dispositionen rechtsextremen
Denkens

Wolfgang Gessenharter

Die intellektuelle Neue Rechte und die neue
radikale Rechte in Deutschland

Uwe Backes

Rechtsextremismus in Deutschland
Ideologien, Organisation und Strategien

Armin Pfahl-Traughber

Die Autonomen

Portrait einer linksextremistischen Subkultur

B 9–10/98

20. Februar 1998

Hans-Georg Betz, Dr. phil., geb. 1956; Associate Professor für europäische Studien an der School for Advanced International Studies der Johns Hopkins University, Washington, D. C.

Veröffentlichungen u. a.: *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, New York 1994; (Hrsg. zus. mit Stefan Immerfall) *The New Politics of the Right*, New York (i. E.); zahlreiche Beiträge in Fachzeitschriften und Sammelbänden.

Kurt Lenk, Dr. phil., geb. 1929; Professor emeritus der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen; zur Zeit Lehrbeauftragter an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen u. a.: *Deutscher Konservatismus*, Frankfurt a. M. – New York 1989; *Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus*, Baden-Baden 1994; (zus. mit Günter Meuter/Henrique Ricardo Otten) *Vordenker der Neuen Rechten*, Frankfurt a. M. – New York 1997.

Wolfgang Gessenharter, Dr. phil., geb. 1942; Professor für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr Hamburg; Mitherausgeber der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S + F).

Veröffentlichungen u. a.: *Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien*, München 1994; (Hrsg. zus. mit Peter H. Feindt/Markus Birzer/Helmut Fröchling) *Konfliktregelung in der offenen Bürgergesellschaft*, Dettelbach 1996; (Hrsg. zus. mit Helmut Fröchling) *Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland*, Opladen 1998 (i. E.).

Uwe Backes, Dr. phil. habil., geb. 1960; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Germanistik an der Universität Trier; 1988–1994 Akademischer Rat a. Z. am Lehrstuhl Politikwissenschaft der Universität Bayreuth; 1995/96 Habilitationsstipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG); zur Zeit Feodor-Lynen-Forschungsstipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung am Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS), Paris.

Veröffentlichungen u. a.: *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989; *Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach*, Erlangen 1991; (zus. mit Eckhard Jesse) *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1996⁴; (zus. mit Patrick Moreau) *Die extreme Rechte in Deutschland. Geschichte – gegenwärtige Gefahren – Ursachen – Gegenmaßnahmen*, München 1994²; (Hrsg. zus. mit Eckhard Jesse) *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bonn 1989–1994, Baden-Baden 1995 ff.

Armin Pfahl-Traughber, Dipl.-Pol., Dipl.-Soz., Dr. phil., geb. 1963; Studium der Politikwissenschaften und der Soziologie an den Universitäten Duisburg und Marburg; seit 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln, Abteilung II: Rechtsextremismus.

Veröffentlichungen u. a.: *Der antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat*, Wien 1993; *Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Westeuropa*, Bonn 1994; *Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung*, Bonn 1995; *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*, Leverkusen 1998.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Rechtspopulismus: Ein internationaler Trend?

I. Einleitung

Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre sorgen dezidiert rechtspopulistische Parteien in einer Reihe etablierter westlicher Demokratien durch zum Teil spektakuläre Wahlerfolge immer wieder für Furore und Aufregung. Bis in die frühen neunziger Jahre beschränkten sich ihre Mobilisierungserfolge dabei fast ausschließlich auf die entwickelten Industriestaaten Westeuropas, wo es einigen Parteien gelungen war, sich zumindest mittelfristig fest im Parteiensystem zu etablieren.

In den letzten Jahren hat sich dieses Bild sichtlich geändert. Spätestens seit dem Durchbruch der *Reform Party*, die aus den Parlamentswahlen 1997 in Kanada als die offizielle Oppositionspartei hervorging, sowie der *Bharatya Janata Party* (BJP), die bei den Parlamentswahlen 1996 in Indien zur stärksten parlamentarischen Kraft avancierte, hat sich gezeigt, daß es sich beim Rechtspopulismus um ein internationales Phänomen handelt, gegen das keine Demokratie grundsätzlich immun ist. Im Gegenteil. In den letzten Jahren ist die rechtspopulistische Welle bis nach Ozeanien geschwappt. Dort erreichte die erst 1993 gegründete *New Zealand First Party* bei den Parlamentswahlen 1996 immerhin 13 Prozent der Stimmen und agiert seitdem als Koalitionspartner der Konservativen. Ein Jahr später gründete die unabhängige Abgeordnete Pauline Hanson in Australien die *One Nation Party*, die sich seither wachsender Popularität erfreut.

Mit dem Aufschwung rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen außerhalb Westeuropas stellt sich erneut die Frage nach den Ursachen ihres Aufkommens und ihres Erfolgs. Denn wie der tiefe Fall der bundesdeutschen *Republikaner* nach der Neuvereinigung am deutlichsten gezeigt hat, ist auch im rechtspopulistischen Lager der Erfolg keineswegs auf Dauer garantiert. Genauso wenig aber ist der Abstieg unausweichlich oder der Wiederaufstieg unmöglich. Dies hat gerade das Wiedererstarken der norwegischen *Fortschrittspartei* bei den Parlamentswahlen im Sommer 1997 eindrucksvoll bewiesen.

Was nun unterscheidet so unterschiedliche Parteien und Bewegungen wie die norwegische *Fortschrittspartei*, die *New Zealand First Party* oder

die BJP von den etablierten Parteien des jeweiligen Landes, mit denen sie um Stimmen konkurrieren? Was erklärt den Erfolg bzw. Mißerfolg rechtspopulistischer Mobilisierungsversuche? Und wie schließlich erklärt sich die wellenförmige Ausbreitung rechtspopulistischer Formationen in westlichen Demokratien während des letzten Jahrzehnts? Diesen Fragen soll im folgenden nachgegangen werden.

II. Parteien- und Wahlentwicklung

Der Aufstieg des Rechtspopulismus begann Mitte der achtziger Jahre in Westeuropa mit dem Erfolg des französischen *Front National* (FN) bei den Europawahlen 1984, bei der die Partei mit elf Prozent der Stimmen den nationalen Durchbruch schaffte¹. Seitdem hat sich ihr Wähleranteil kontinuierlich gesteigert. 1997 lag er bei knapp 15 Prozent. Damit ist der FN jedoch keineswegs die erfolgreichste rechtspopulistische Partei in Westeuropa. Dies gelang den österreichischen *Freiheitlichen*, die sich unter Führung Jörg Haiders von 9,7 Prozent bei den Nationalratswahlen 1986 auf über 22 Prozent bei den Nationalratswahlen 1995 steigerten. Zu den erfolgreichen Parteien gehören auch der belgische *Vlaams Blok*, der jedoch nur im flämischen Teil des Landes kandidiert, wo er 1995 mehr als zwölf Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, und die norwegische *Fortschrittspartei* (Fremskrittspartiet), die, nach einem zeitweiligen Absacken in der Wählergunst Anfang der neunziger Jahre, aus den Parlamentswahlen 1997 mit 15 Prozent der Stimmen als zweitstärkste Partei des Landes hervorging. Zur Gruppe der erfolgreichen Parteien gehört schließlich noch die *Lega Nord*, die jedoch nur im Norden Italiens ernsthaft um Stimmen konkurriert. Dort erreichte sie bei den Parlamentswahlen 1996 mehr als 20 Prozent der Stimmen und behauptete sich damit als zweitstärkste Partei Norditaliens.

Doch nicht alle rechtspopulistischen Parteien sind so erfolgreich. So stagnierte die dänische *Fortschrittspartei* (Fremskrittspartiet, FP) seit Anfang

1 Zur Evolution des westeuropäischen Rechtspopulismus vgl. Hans-Georg Betz, *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, New York 1994.

der neunziger Jahre, bis sie sich schließlich 1995 in zwei Parteien spaltete. Eine behielt den Namen *Fremskridtspartiet*, die andere, angeführt von Pia Kjærsgaard, nannte sich *Dansk Folkeparti* (Dänische Volkspartei, DF). Bis vor kurzem kamen die beiden Parteien in Meinungsumfragen kaum über die kritische Zwei-Prozent-Marke (die dänische Wahlhürde) hinaus. Im Oktober 1997 jedoch stieg die Unterstützung für die DF plötzlich auf über elf Prozent. Dagegen blieb die FP unter zwei Prozent². Ein ähnliches Schicksal wie die FP traf die schwedische *Ny Demokrati*, nachdem einer der beiden Parteigründer die Partei verließ. Auch die schweizer *Freiheitlichen*, einst als Autopartei bekannt geworden, haben nach Achtungserfolgen Ende der achtziger Jahre kontinuierlich an Boden verloren und laufen Gefahr, von Christoph Blochers populistischer Sammlungsbewegung innerhalb der *Schweizer Volkspartei* (SVP) aufgesogen zu werden. Damit zeigt sich ganz deutlich, daß der Niedergang der Republikaner seit den ersten gesamtdeutschen Wahlen keineswegs eine Ausnahmeerscheinung ist.

Auch außerhalb Westeuropas erzielen rechtspopulistische Parteien zum Teil dramatische Erfolge. Die beiden erfolgreichsten nichteuropäischen Parteien sind die BJP in Indien und *Preston Mannings Reform Party* in Kanada. Die BJP ist der politische Arm des militanten indischen Hindunationalismus, „eine populistische und chauvinistische Ideologie“, die „an das religiöse Zusammengehörigkeitsgefühl der hinduistischen Mehrheitsbevölkerung appelliert, um deren Vorherrschaft über die ethnischen und religiösen Minderheiten auf demokratischem Wege zu erlangen“³. Der Aufstieg der BJP begann Mitte der achtziger Jahre. Bei den Unterhauswahlen 1986 erzielte die Partei 7,4 Prozent der Stimmen, die sie dann im Laufe der nächsten zehn Jahre bis auf 20,3 Prozent steigern konnte. Bei den Wahlen im Jahre 1996 erzielte die BJP die meisten Mandate aller Parteien und konnte nur durch eine Vielparteienkoalition unter Duldung der Kongreßpartei an der Machtübernahme gehindert werden.

Die *Reform Party* wurde 1987 in Manitoba auf einer Versammlung von Delegierten aus den kanadischen Westprovinzen aus der Taufe gehoben. Bis 1993 war sie nur mit einem einzigen Sitz im Parlament vertreten, den sie 1989 bei einer Nachwahl hatte erringen können. Der Partei gelang der Durchbruch bei den Wahlen von 1993, bei denen

sie mit 19 Prozent der Stimmen 52 Mandate errang und damit zur zweitstärksten Oppositionspartei wurde. Vier Jahre später konnte sie die Zahl ihrer Mandate sogar noch auf 60 steigern, wobei sie jedoch nur im Westen – in British Columbia und vor allem in Alberta, wo sie mit 55 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit erreichte – Sitze erringen konnte. Das reichte jedoch aus, die *Reform Party* zur offiziellen Oppositionspartei zu machen⁴.

Die neuesten außereuropäischen rechtspopulistischen Parteien sind die *New Zealand First Party* und die *One Nation Party* in Australien. *New Zealand First* (NZF) wurde 1993 von Winston Peters, einem Mitglied der Maori-Minderheit, gegründet. Peters war seit dem Wahlsieg der konservativen *National Party* im Jahre 1991 Minister für Angelegenheiten der Maori, zerstritt sich jedoch bald mit der Parteiführung und wurde kurze Zeit später zuerst aus dem Kabinett und dann aus der Partei ausgeschlossen. Peters antwortete mit der Gründung seiner eigenen Partei, mit der er bei den Wahlen 1993 mehr als acht Prozent der Stimmen und zwei Parlamentsmandate errang. Vier Jahre später konnte die Partei ihr Ergebnis zwar auf 13 Prozent verbessern, blieb damit jedoch weit hinter Umfragen zurück, die ihr einige Monate vor den Wahlen bis zu 30 Prozent in Aussicht gestellt hatten. Dabei errang die NZF alle Direktmandate in den den Maori vorbehaltenen Distrikten. In Verhandlungen nach den Wahlen einigten sich Peters und die *National Party* auf die Bildung einer Regierungskoalition, in der Peters das Finanzministerium übernahm.

One Nation wurde im April 1997 von Pauline Hanson gegründet. Hanson war 1997 als unabhängige Kandidatin in Queensland im Westen Australiens ins Parlament gewählt worden und hatte im September mit ihrer „Jungferrede“ mit dem Titel „Australia, Wake Up!“ für Furore im Parlament und in der Öffentlichkeit gesorgt. Einen Monat nach der Gründung der Partei bekundeten in einigen Umfragen mehr als 20 Prozent der Wahlberechtigten Sympathien für *One Nation*; danach pendelte sich die Zahl der Sympathisanten auf einem realistischeren Niveau von immerhin noch runden zehn Prozent ein.

Dieser kurze Überblick zeigt, daß rechtspopulistische Parteien und Bewegungen keineswegs bloße Randerscheinungen der politischen Landschaft entwickelter westlicher Demokratien sind. Im

2 Vgl. Politiken vom 15. Oktober 1997, Internetversion.

3 Justus Richter, Hindunationalismus und islamischer Fundamentalismus in Südasien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/97, S. 30. Zur BJP vgl. auch Yogendra K. Malik/Vijay Bahadur Singh, *Hindu Nationalists in India. The Rise of the Bharatya Janata Party*, New Delhi 1995.

4 Zum Aufstieg der *Reform Party* siehe Sidney Sharpe/Don Braid, *Storming Babylon: Preston Manning and the Rise of the Reform Party*, Toronto 1992; Trevor Harrison, *Of Passionate Intensity: Right-Wing Populism and the Reform Party of Canada*, Toronto 1995.

Gegenteil: In nicht wenigen Fällen haben sich diese Parteien innerhalb kurzer Zeit zu zentralen politischen Akteuren entwickelt, die allein schon aufgrund ihres Wählerpotentials einen wachsenden Einfluß auf den Handlungsspielraum sowie die strategischen Überlegungen der etablierten Parteien ausüben. In einigen Fällen ist es ihnen sogar gelungen, bis in die zentralen Schaltzentren der Macht vorzudringen. So war die Lega Nord ein kurzzeitiger und unbequemer Partner in Sylvio Berlusconi's Regierung, und die BJP stellte für einige Tage sogar den Premierminister.

III. Strategie und Programmatik

Wie alle Parteien sind auch rechtspopulistische Parteien und Bewegungen daran interessiert, die politische Auseinandersetzung zu beeinflussen und Machtpositionen zu erobern. Dabei unterscheiden sich rechtspopulistische Parteien und Bewegungen von den etablierten Parteien vor allem durch ihre Strategie und den Stil ihrer Argumentation. Diese sind ganz darauf abgestellt, in der Bevölkerung latent oder offen vorhandene Ressentiments aufzugreifen, zu mobilisieren und emotional aufzuheizen und daraus politisches Kapital zu schlagen. Dabei vermarkten sich rechtspopulistische Parteien und Bewegungen als Interpreten und Fürsprecher der Meinungen und Forderungen des „einfachen Mannes“ und seines gesunden Menschenverstandes. Sie konstruieren damit bewußt das Bild einer Frontstellung zwischen der „schweigenden Mehrheit“ der Bevölkerung und den angeblich nur ihre eigenen Interessen verfolgenden Machthabern. Das erklärte Ziel ist, die herrschende politische Klasse soweit wie möglich ihrer Macht zu berauben, um so dem Volk seine Souveränität zurückzugeben. Dabei beruft sich der Rechtspopulismus auf „die Erkenntnis des hypothetischen Volkswillens“ durch charismatische Führerpersönlichkeiten, die den Anspruch erheben, im Einklang mit dem *common sense* der Masse stehend, den Volkswillen instinktiv zu erfassen und unverfälscht wiederzugeben⁵. So warb Jörg Haider 1994 für seine Ideen mit dem Slogan: „Er sagt, was wir denken.“⁶ Und ein Jahr später verkündeten FPÖ-Wahlposter: „Er hat euch nicht belogen!“⁷

5 Vgl. Uwe Backes, Extremismus und Populismus von rechts, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 46–47/90, S. 13.

6 Ähnliche Slogans wurden auch vom Vlaams Blok („Zeggen wat u denkt“) und vom Front National („Les idées du Front national? Les vôtres“) in ihren Wahlkampagnen verwendet.

7 So schreibt Haider: „Darin liegt auch die Ursache für den politischen Erfolg unserer Bewegung, daß wir entgegen der veröffentlichten Meinung des medialen und politischen Esta-

Rechtspopulismus ist eine Strategie des politischen Marketing und einer konsequenten Orientierung am Kunden, deren Erfolg immer auch von der aktuellen Problemlage abhängt. In vielen Fällen besitzen rechtspopulistische Parteien umfangreiche Programme, die die meisten relevanten Politikfelder abdecken. So umfaßt das Wahlprogramm des Front National mit seinen „300 Maßnahmen zur Wiederbelebung Frankreichs“ mehr als 400 Seiten. In Wirklichkeit jedoch beschränkt sich der rechtspopulistische Angebotskatalog zumeist auf eine kleine Zahl von Einzelfragen, die weltanschaulich wenig gebunden sind. Die Auswahl der Fragen richtet sich eher danach, wie weit sie emotionell aufgeladen und deshalb zur Mobilisierung von Ressentiments geeignet sind. Da Einzelfragen immer auch politischen Konjunkturzyklen unterworfen sind, erfordert eine rechtspopulistische Strategie programmatische Flexibilität, Opportunismus und „Gesinnungslosigkeit als Denkschema und Parteiideologie“⁸. Darüber hinaus hängt die Bedeutung eines Sachthemas auch von der Zielgruppe ab, um die sich eine Partei bemüht. Denn obwohl sich rechtspopulistische Parteien und Bewegungen als „Volksparteien“ verstehen, sind sie doch durch den Parteienwettbewerb immer wieder gezwungen, sich neue Wählerschichten zu erschließen, was wiederum zu taktischen Richtungsänderungen zwingt.

1. Immigration und Ausländerfeindlichkeit

Zweifellos sind das Aufkommen und der Erfolg rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen eng mit der Frage der Einwanderung als einem der politisch brisantesten Sachthemen der letzten zehn Jahre verknüpft. Das zeigt sich schon darin, daß fast alle rechtspopulistischen Parteien die Einwanderungsfrage zu einem der zentralen Themen ihrer Mobilisierungsstrategie gemacht haben. Dies trifft vor allem auf die dezidiert nationalpopulistischen Parteien wie den Front National, den Vlaams Blok oder die Republikaner zu, die sich durch ihre besonders radikalen Forderungen nach einer drastischen Verringerung der ausländischen Wohnbevölkerung auszeichnen. Aber auch die anderen Parteien haben immer wieder versucht, ausländerfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung wahltaktisch auszubeuten. So polemisierte die Lega Nord Ende der achtziger Jahre gegen Araber und afrikanische Einwanderer, anfangs der neunziger Jahre gegen die Gefahr der Überfremdung und Mitte der neunziger Jahre gegen illegale Einwan-

blishments die öffentliche Meinung breiter Bevölkerungsschichten artikulieren.“ Jörg Haider, *Die Freiheit, die ich meine*, Frankfurt a. M. – Berlin 1993, S. 53.

8 Michael Frank, Jörg Haiders Populismus auf Höhenflug, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 14. 3. 1989, S. 4.

derer. Die beiden Fortschrittsparteien in Norwegen und Dänemark setzten Ende der achtziger Jahre verstärkt auf die Ausländerfrage, um ihren Niedergang aufzuhalten, die österreichischen Freiheitlichen dagegen, um neue Wählerschichten anzusprechen⁹. Und sogar die indische BJP versuchte in den neunziger Jahren, aus den wachsenden Ressentiments in der indischen Bevölkerung gegen Einwanderer aus Bangladesh politisches Kapital zu schlagen.

Dabei offerieren rechtspopulistische Parteien und Bewegungen eine weite Palette von Bedrohungs- bildern. So richten sich die rechtspopulistischen Attacken in Westeuropa vor allem gegen Arbeitsimmigranten und Asylbewerber, die als ein Hauptgrund für die Massenarbeitslosigkeit sowie die Überbelastung des Wohlfahrtsstaats dargestellt werden. In Neuseeland dagegen polemisierte Winston Peters vor den letzten Wahlen vor allem gegen die wachsende Zahl bemittelter Asiaten, die in Neuseeland Eigentum erwarben und damit seiner Meinung nach maßgeblich zum „Ausverkauf des Landes“ beitrugen. In Australien und zum Teil auch in Kanada wendet sich die populistische Rechte vor allem gegen den durch die wachsende Zahl von Einwanderern aus nichteuropäischen Ländern forcierten Trend zum Multikulturalismus, in dem sie eine ernsthafte Bedrohung der nationalen Identität und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sieht. Und auch in Westeuropa bestimmen kulturelle Bedrohungsängste immer mehr die ausländerfeindlichen Argumentationsmuster rechtspopulistischer Parteien, allen voran das Feindbild eines militanten Islam, dessen Wertvorstellungen und Gesellschaftsordnung als denen des Westens diametral entgegengesetzt dargestellt werden¹⁰.

2. „Bürgerdemokratie“

Populistische Bewegungen zeichnen sich generell durch ihre antielitäre Ausrichtung aus. Dies trifft besonders auch für rechtspopulistische Parteien zu. Fast alle verstehen sich als Verteidiger des einfachen Mannes gegen die Übermacht organisierter Interessentkartelle. Dabei richten sich die rechtspopulistischen Angriffe in erster Linie gegen die etablierten Parteien und die angeblich nur am Machterhalt interessierte „politische Klasse“. Ihnen wird vorgeworfen, im Kampf um die „Behauptung ihrer Privilegien und Pfründe“ den Staat „zum Selbstbedienungsladen der Parteien degradiert zu haben“, das Wohl des einzelnen Bürgers nicht zu berücksichtigen und damit den Kontakt zum Volk endgül-

tig verloren zu haben¹¹. Dabei berufen sich rechtspopulistische Parteien auf Enthüllungen über Korruption und politische Skandale, um ihre Behauptung zu untermauern, die „politische Mafia“ bereichere sich auf Kosten der großen Masse des Volkes¹². Damit vermarkten sie sich bewußt als Anti-Parteien und suchen so gezielt, aus der wachsenden Parteienverdrossenheit der letzten Jahre politisches Kapital zu schlagen.

Ein zweiter Strang antielitärer rechtspopulistischer Argumentation macht am Begriff der „neuen Klasse“ (*new class*) fest. Danach hat sich in den entwickelten Demokratien eine neue, in der Politik, der Bürokratie, den Universitäten, den Kirchen und den Medien beheimatete Elite herausgebildet, die, vom Rest der Bevölkerung weitgehend abgeschnitten, ihre eigenen Interessen und die Sonderinteressen der mit ihnen verbundenen Klientel und Lobbyisten vertritt, wie zum Beispiel Multikulturalismus, *affirmative action* oder eine liberale Einwanderungspolitik¹³. Dieses Argumentationsmuster findet sich besonders oft bei den angelsächsischen Parteien, zum Teil aber auch bei denen in Westeuropa¹⁴. Hier zeichnen sich vor allem der Front National, die Lega Nord und die österreichischen Freiheitlichen durch ihre besonders scharfen Angriffe auf die herrschende Elite aus¹⁵.

Die meisten rechtspopulistischen Parteien beanspruchen für sich, Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie zu sein. So Jörg Haider, wenn er schreibt: „Die Populisten von heute machen aber den Bürgern Mut, ungeniert alle Fragen öffentlich zu stellen, die sie bewegen. Demokratie ist Diskussion . . . Die herrschende politische Klasse will die notwendigen Debatten in unserem Land verhindern.“¹⁶ Ein zentrales Motto rechtspopulistischer Mobilisierung ist dementsprechend auch, „dem Volk die Stimme zurückzugeben“ (Front National), damit den Prozeß eines Wandels vom „Parteienstaat zur Bürgerdemokratie“ (FPÖ) in Gang zu bringen und so eine „Gesellschaft der Freiheit“ zu erreichen, „in der die Rechte der Menschen

11 Vgl. Freiheitliche Akademie, Vom Parteienstaat zur Bürgerdemokratie: Der Weg zur dritten Republik, Wien, o. D., S. 7.

12 Vgl. Vlaams Blok, „Zeggen wat u denkt“, Deurne, o. D., S. 9.

13 Vgl. David Laycock, Reforming Canadian Democracy? Institutions and Ideology in the Reform Party Project, in: Canadian Journal of Political Science, 27 (1994), S. 216–219.

14 So trägt ein Kapitel in Pauline Hansons Buch „The Truth“ den Titel „The New Class Elites“.

15 Vgl. Jean-Marie Le Pen, Pour la France, Paris 1985, S. 19f.; Umberto Bossi/Daniele Vimercati, La rivoluzione, Mailand 1993, S. 160 ff.; Jörg Haider, Österreicherklärung zur Nationalratswahl 1994, Wien 1994, S. 27.

16 J. Haider (Anm. 7), S. 54.

9 Vgl. Christopher J. Anderson, Economics, Politics, and Foreigners: Populist Party Support in Denmark and Norway, in: Electoral Studies, 15 (1996), S. 497–511.

10 Vgl. J. Haider (Anm. 7), S. 92 f.

respektiert werden, so daß der einzelne keiner staatlichen Reglementierung unterworfen wird¹⁷. Es ist deshalb keineswegs verwunderlich, daß rechtspopulistische Parteien eine Reihe von institutionellen Reformen fordern, die die politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten des Bürgers erweitern und stärken sollen. Dabei machen sie sich besonders für die Direktwahl von Volksvertretern auf allen Ebenen sowie die Einführung von Mitteln der direkten Demokratie wie Referenden und Volksinitiativen stark¹⁸. So initiierte die FPÖ Volksbegehren zur Einwanderungsfrage und jüngst zur Einführung des Euro, und die Lega Nord forderte die Abhaltung eines Referendums zur Autonomie Norditaliens.

3. Neoliberalismus

Im Gegensatz zu den klassischen rechtsextremen Parteien und Bewegungen, die oftmals einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus propagierten, vertreten die meisten rechtspopulistischen Parteien der Gegenwart neoliberalistische Wirtschaftsvorstellungen. Diese Ausrichtung fand sich bereits bei den ersten rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa, den skandinavischen Fortschrittsparteien, die anfangs der siebziger Jahre als Steuerprotestparteien erste politische Bedeutung erlangten. Ende der siebziger Jahre setzte dann Jean-Marie Le Pen mit der Programmschrift „Droite et démocratie économique“ im Front National gegen erheblichen innerparteilichen Widerstand ein ultra-liberales Wirtschaftskonzept durch, das sich in seinen Grundzügen am Thatcherismus orientierte¹⁹. Neoliberale Forderungen dominierten auch die Wirtschaftsaussagen der FPÖ in den späten achtziger Jahren sowie der Lega Nord und der schweizer Autopartei, wobei letztere besonders radikale Vorstellungen vertraten. Die Förderung des Marktes war auch eine zentrale Forderung der kanadischen Reform Party und der indischen BJP. Die einzigen Ausnahmen unter den relevanten Parteien bildeten die Republikaner und der

Vlaams Blok, die marktliberale Positionen nur zögerlich in ihre Programme aufnahmen.

Zentrale Kernpunkte des rechtspopulistischen Neoliberalismus sind unter anderem ein dezidiertes Eintreten für individuelle Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative, Unternehmertum und Verantwortungsbewußtsein als Grundlage der sozio-ökonomischen Erneuerung. Um diesem Ziel näherzukommen, machten sich die meisten rechtspopulistischen Parteien neoliberale Forderungen nach Privatisierung, Deregulierung, einem Abbau der direkten Steuern und der öffentlichen Sozialleistungen und Subventionen zu eigen. Dabei ging es den meisten Parteien jedoch nicht in erster Linie um die Entfesselung von Marktkräften, sondern darum, durch die Schwächung der staatlichen Interventionsmöglichkeiten die verhaßte politische (oder neue) Klasse ihrer Macht- und Legitimationsbasis zu berauben und sie damit nach dem Motto „weniger Macht für Funktionäre, mehr Rechte für die Bürger“ entscheidend zu schwächen²⁰.

Seit Anfang der neunziger Jahre entledigten sich rechtspopulistische Parteien zum Teil ihrer neoliberalen Forderungen und ersetzten sie durch wirtschaftsprotektionistische Vorstellungen. So stellt sich der Front National seit einigen Jahren immer betonter gegen die herrschende Wirtschaftsdeologie, die als *mondialisme économique* und *concurrency sauvage* immer wieder als Feind der französischen Arbeitnehmer gegeißelt wird. Ähnliche Tendenzen sind auch bei den österreichischen Freiheitlichen zu beobachten. So griff Haider Mitte der neunziger Jahre die Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels wie Umverteilung von unten nach oben und Lohndumping auf und erklärte sich zum Anwalt derjenigen Arbeitnehmer, die „es hart haben im Wettbewerb“. Damit nahmen beide Parteien die Ängste breiter Teile der Bevölkerung vor den Folgen des verschärften Wettbewerbsdrucks auf und versuchten, sie populistisch zu nutzen. Diese Strategie findet sich besonders prononciert bei den neuen Parteien in Neuseeland und Australien, die sich ganz bewußt als Anti-Globalisierungsparteien zu vermarkten suchten. So wandte sich besonders Pauline Hanson in ihren Reden immer wieder gegen den Ausverkauf der australischen Industrie, die Abwanderung australischer Arbeitsplätze in Billiglohnländer und das Verschwinden kleiner und mittlerer Unternehmen und machte sich damit zum Anwalt einer von *economic nationalism* (Wirtschaftsnationalismus)

17 Front National, 1972/92: *Le Front national à 20 ans*, Paris o.D., S. 3; Freiheitliche Akademie (Anm. 11); zum Programm der FP vgl. Die Fortschrittspartei, Internetversion, www.frp.dk.

18 So forderte die FPÖ unter anderem die Direktwahl von Bürgermeister sowie Bezirks- und Landeshauptleuten und die Reform Party die Schaffung eines direkt gewählten Senats. Freiheitliche Akademie (Anm. 11), S. 12; Reform Party of Canada, *Principles and Policies 1991*, S. 1. Die Forderung nach der Einführung von Volksbefragungen und/oder -initiativen wird unter anderem von den Freiheitlichen, dem Front National, den beiden skandinavischen Fortschrittsparteien, der Lega Nord und der Reform Party vertreten.

19 Noch Ende der achtziger Jahre wies Jean-Marie Le Pen stolz darauf hin, daß er mit diesem Programm die Politik der „Reaganomics“ vorwegnahm. Vgl. Jean-Marie Le Pen, *L'espoir*, Paris 1989, S. 117.

20 Vgl. J. Haider (Anm. 7), S. 240; Front National (Anm. 17), S. 47–60; Giulio Savelli, *Che cosa vuole la Lega*, Mailand 1992, S. 9–17.

geprägten Politik zum Schutz der heimischen Wirtschaft gegen die Macht der globalen Märkte²¹.

4. Traditionelle Werte

Es wird immer wieder behauptet, beim Aufstieg des Rechtspopulismus handle es sich vor allem um eine autoritäre Reaktion auf die Ausbreitung linkslibertärer Werte und den Aufstieg neuer sozialer Bewegungen in den siebziger und achtziger Jahren²². Dies trifft jedoch nur in einem sehr begrenzten Maße zu. Wie bereits früher angedeutet, unterscheiden sich die meisten rechtspopulistischen Parteien von älteren rechtsextremistischen Parteien (wie dem ehemaligen italienischen neofaschistischen *Movimento Sociale Italiano*) gerade auch dadurch, daß sie sich nicht für einen starken Staat, sondern – zumindest in den offiziellen Programmen und Verlautbarungen – für mehr Bürgerbeteiligung an der Entscheidungsfindung stark machen. Auch wenn es um Moralvorstellungen geht, gibt es nur wenige konkrete Beweise für einen spezifischen rechtspopulistischen Autoritarismus. Allein die dezidiert nationalpopulistischen Parteien wie der Front National, der Vlaams Blok und die Republikaner stilisieren gesellschaftliche Entwicklungen wie den Verfall der Familie, Geburtenrückgang und vor allem steigende Abtreibungsraten zu einer fundamentalen Bedrohung für den weiteren Bestand der Gesellschaft empor und fordern mehr oder minder drastische Maßnahmen, um diese Entwicklungen rückgängig zu machen²³. Dagegen spielen diese Themen bei den anderen Parteien höchstens eine marginale Rolle. So mochte sich nicht einmal die kanadische Reform Party, deren Vorsitzender, Preston Manning, ein überzeugter „pro-life“-Christ ist, in ihrem offiziellen Programm dazu durchdringen, eine eindeutige Anti-Abtreibungsposition einzunehmen²⁴. Die einzige Ausnahme ist der Ruf nach Recht und Ordnung, der bei fast allen rechtspopulistischen Parteien Teil des Grundforderungskatalogs ist, dabei jedoch sehr stark mit der Einwanderungsthematik verknüpft wird.

IV. Erfolgsbedingungen

Strategie und Programm gehören zum Grundinventar einer jeden Partei, die ernsthaft bemüht ist, Stimmen zu gewinnen; sie erklären jedoch noch

21 Vgl. Ann Caplin, Economic nationalism in the 1990s, in: *Australian Quarterly*, 69 (1997), S. 1–14.

22 Vgl. Herbert Kitschelt, *The Radical Right in Western Europe*, Ann Arbor 1995, S. 2.

23 Vgl. Gerolf Annemans/Filip De Man/Mijke Dillen/Willy Smout, *De Gezinspartij*, Brüssel 1991.

24 Vgl. Reform Party of Canada, *Principles and Policies. The Blue Book 1991*, Calgary 1991, S. 39.

nicht den Erfolg rechtspopulistischer Parteien. Es ist vorstellbar, daß rechtspopulistische Parteien wegen der Themen gewählt werden, die sie vertreten. Genauso gut ist es aber auch denkbar, daß sie trotz ihres Programms gewählt werden, also reine Protestparteien sind. Eine dritte Möglichkeit schließlich ist, daß die Wahl rechtspopulistischer Parteien ein Zeichen tiefergründiger Entwicklungen ist, die nur am Rande mit ihrem Programmangebot zu tun haben. Dem soll im folgenden kurz nachgegangen werden.

1. Xenophobie und Parteienverdrossenheit

Umfragen untermauern eindrucksvoll die Bedeutung des Themas Einwanderung für die Mobilisierungserfolge rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen. Wie eine Reihe von Studien zeigt, unterscheiden sich ihre Anhänger vor allem durch ihre besonders ausgeprägte Ablehnung von Zuwanderung und Zuwanderern vom Rest der Bevölkerung²⁵. So meinten zum Beispiel 1997 mehr als 75 Prozent der Lega-Nord-Anhänger, die Zahl der nichteuropäischen Immigranten (*immigrati extracomunitari*) sei zu hoch (Bevölkerung: 65 Prozent). Und in Kanada meinten 1993 mehr als 75 Prozent der Wähler der Reform Party, die neuesten Einwanderer paßten nicht in die Gesellschaft (Bevölkerung: rund 60 Prozent)²⁶. Diese Ergebnisse sind besonders bedeutsam, da die Einwanderungsfrage im Programm beider Parteien eine eher zweitrangige Rolle spielt. Dasselbe läßt sich mit Einschränkungen auch für die österreichischen Freiheitlichen sagen. Und doch begründeten bei den Nationalratswahlen von 1994 fast 50 Prozent der FPÖ-Wähler ihre Wahlentscheidung mit der Position der Partei in der Ausländerfrage, die damit das am zweithäufigsten genannte Wahlmotiv war²⁷. Gerade diese Ergebnisse bestätigen die herausragende Bedeutung des Ausländerthemas für das Aufkommen und die längerfristigen Erfolgsaussichten rechtspopulistischer Parteien.

Zweifellos stoßen auch die Angriffe auf Parteien und politische Klasse auf eine starke Resonanz bei

25 Vgl. Nonna Mayer/Pascal Perrineau, Why do they vote for Le Pen?, in: *European Journal of Political Research*, 22 (1992), S. 123–141; Jürgen Falter, Wer wählt rechts?, München 1994, S. 110–115; Jaak Billiet/Hans de Witte, Attitudinal dispositions to vote for a „new“ extreme right-wing party: The case of „Vlaams Blok“, in: *European Journal of Political Research*, 27 (1995), S. 181–202.

26 Vgl. Iivo Diamanti, Cittadini e istituzioni, in: *Il Sole 24 Ore* vom 18. Juli 1997, S. 6; Neil Nevitte, The Populist Right in Canada: The Rise of the Reform Party of Canada, in: Hans-Georg Betz/Stefan Immerfall (Hrsg.), *The New Politics of the Right*, New York (i. E.).

27 Vgl. Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Erich Neuwirth/Franz Sommer, *Analyse der Nationalratswahl vom 9. Oktober 1994*, Wien 1994, S. 19.

ihren Anhängern und Wählern. Wie eine Reihe von Umfragen eindrucksvoll zeigt, zeichnen sich die Anhänger dieser Parteien durch ein Ausmaß ihres Mißmuts und Mißtrauens gegenüber den etablierten Parteien, der Politik und sogar der Demokratie aus, das zum Teil weit über das heute in den meisten etablierten Demokratien bereits als normal geltende Maß von „Politikverdrossenheit“ hinausgeht²⁸. So zeigten sich 1993 39 Prozent der FPÖ-Anhänger (gegenüber 23 Prozent aller Befragten) mit der Demokratie in Österreich nicht zufrieden. Und 1997 stimmten bei den Parlamentswahlen mehr als drei Viertel der Front-National-Wähler (im Vergleich zu 48 Prozent aller Befragten) der Meinung zu, die Demokratie in Frankreich funktioniere schlecht²⁹. Daß Politikverdrossenheit umgekehrt auch Einfluß auf die Wahlentscheidung hat, zeigen österreichische Daten: Bei den Nationalratswahlen 1995 begründeten fast 80 Prozent der FPÖ-Wähler ihre Wahl damit, daß die Partei „schonungslos Mißstände und Skandale aufdeckt“³⁰.

2. Neoliberalismus und traditionelle Werte

Dagegen zeigen Umfragen, daß weder neoliberale Wirtschaftsvorstellungen noch autoritäre Wertvorstellungen bei den Anhängern und Sympathisanten rechtspopulistischer Parteien überproportionalen Anklang finden. Im Gegenteil: In vielen Fällen sind die Anhänger dieser Parteien eher skeptisch gegenüber dem Markt, sprechen sich für staatliche Interventionen aus und beurteilen die Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen eher negativ. So meinten 1994 immerhin 60 Prozent der Anhänger des Front National (gegenüber 53 Prozent der Wahlberechtigten), der Staat interveniere nicht genügend im wirtschaftlichen Leben des Landes. Diese Beobachtungen treffen zum Teil sogar auf die Anhänger der Parteien mit einem ausgesprochen ultraliberalen Wirtschaftsprogramm zu. So sprachen sich 1997 nur 60 Prozent der Anhänger der Lega Nord (gegenüber 45 Prozent der Bevölkerung) für eine schnelle und weitreichende Privatisierung des italienischen Wohlfahrtsstaats aus, und nur 53 Prozent stimmten der Forderung zu, Betriebe sollten mehr Freiheit haben, Leute einzustellen und zu entlassen (gegenüber 44 Prozent der Gesamtbevölkerung)³¹.

28 Vgl. H.-G. Betz (Anm. 1), S. 38–67.

29 Fessel + GfK, Gesellschaftlicher Monitor, Band I, Wien 1993, S. 184; Jean-Louis Missika/Romain Pache, Un vote sanction pur et dur, in: Le Figaro vom 3. 6. 1997, S. 12.

30 Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Erich Neuwirth/Franz Sommer, Analyse der Nationalratswahl 1995, Wien 1995, S. 18.

31 Vgl. Martin Schain, Buchbesprechung von Herbert Kitschelt, *The Radical Right in Western Europe*, in: *Comparative Political Studies*, 30 (1997), S. 379; Ilvo Diamanti, Un

Die Situation ist ähnlich in bezug auf autoritäre Wertvorstellungen, soweit diese überhaupt von einer Partei explizit vertreten werden. So stimmten die Anhänger des Front National, der Partei also, die zu den autoritärsten rechtspopulistischen Parteien überhaupt gehört, bereits in den achtziger Jahren nicht mit der Position der Partei zur Frage der Legalisierung von Abtreibung überein. Und Umfragen aus den neunziger Jahren zeigen, daß sich daran in der Zwischenzeit auch nichts geändert hat. So stimmten 1995 nur 38 Prozent der Le-Pen-Wähler der Behauptung bei, Homosexualität sei kein akzeptabler Weg, seine Sexualität auszuleben. Ähnliche Ergebnisse fanden sich auch bei den Anhängern des Vlaams Blok³². In keinem dieser Fälle zeichneten sich die Anhänger dieser Parteien durch besonders starke autoritäre Einstellungen in Moralfragen aus.

3. Demokratieverdrossenheit

Ein Vergleich der Ergebnisse empirischer Umfragen und Studien zeigt, daß sich die Sympathisanten rechtspopulistischer Parteien vor allem durch die Intensität ihrer Ablehnung von Einwanderern und multikultureller Gesellschaft sowie die Intensität ihrer Abneigung gegenüber den traditionellen politischen Parteien unterscheiden. Dabei ist es sicherlich denkbar, daß die beiden Faktoren in einem engen Zusammenhang stehen³³. Es spricht jedoch einiges dafür, daß die Wahl rechtspopulistischer Parteien mehr ist als nur ein Zeichen von Parteienverdrossenheit. So stimmten 1995 85 Prozent der Front-National-Wähler der Aussage zu, was Frankreich brauche, sei ein „wirklicher Anführer, der die Dinge wieder in Ordnung bringt und den Befehl übernimmt“. Die Sehnsucht nach dem „starken Mann“ war ähnlich bei den Sympathisanten der FPÖ und auch der Lega Nord, unter denen 1997 71 Prozent einem ähnlich lautenden Statement zustimmten³⁴. Hier äußert sich ein tiefgreifendes Mißtrauen gegenüber den traditionellen Mechanismen und Institutionen demokratischer Entscheidungsfindung, gekoppelt mit der Sehnsucht nach autoritärer Führung in populistischem Gewand. Damit offenbaren die Sympathisanten, was die Parteien hinter plebiszitären Forderungen zu kaschie-

paese unito dalla sfiducia, in: *Il Sole 24 Ore* vom 15. Juli 1997, S. 7.

32 Vgl. Martin Schain, *Racial Politics: The Rise of the National Front*, in: Patrick McCarthy (Hrsg.), *The French Socialists in Power, 1981–1986*, New York 1987, S. 147; Nonna Mayer, *Rechtsextremismus in Frankreich: Die Wähler des Front National*, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler, *Rechtsextremismus: Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, PVS Sonderheft 27/1996, S. 393; J. Billiet/H. de Witte (Anm. 25), S. 189.

33 Vgl. Hans de Witte, *On the 'Two Faces' of right-wing extremism in Belgium*, in: *Res Publica*, 38 (1996), S. 402.

34 Vgl. I. Diamanti (Anm. 26), S. 6.

ren suchen: das essentiell autoritäre Gesicht des postmodernen Rechtspopulismus.

4. Parteien der Modernisierungsverlierer?

Die vorhergegangene Analyse legt nahe, daß rechtspopulistische Parteien zum Teil wegen, zum Teil aber auch trotz ihrer Programmaussagen Unterstützung finden. Aber gibt es auch tieferliegende Gründe für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien gerade zur heutigen Zeit? Die vielbeschworene These von den Modernisierungsverlierern gibt Anlaß zu dieser Vermutung³⁵. Dieser These zufolge sind die Erfolge rechtspopulistischer Parteien vor allem eine Reaktion auf weitreichende sozio-ökonomische und sozio-strukturelle Veränderungen, ausgelöst und vorangetrieben durch den Doppelprozeß der Postindustrialisierung und Globalisierung. Beide Prozesse führen zu einem enormen Druck auf die Arbeitsmärkte. Aufgrund des wachsenden Wettbewerbs auf den internationalen Märkten sehen sich einzelne Länder immer mehr gezwungen, sich auf die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen zu spezialisieren, die relativ wissensintensiv sind. Damit steigt auch die Nachfrage nach hochqualifizierter Arbeit, während sich die Nachfrage nach gering qualifizierter Arbeit dementsprechend reduziert. Das Ergebnis sind steigende Segmentierung von Arbeitsmärkten, zunehmende Einkommensunterschiede, wachsende Arbeitslosigkeit und zunehmende Verarmung von Randgruppen³⁶. Die Folge sind wachsende Sorge und Unruhe bei denjenigen Gesellschaftsgruppen, deren Lebenschancen objektiv gefährdet sind oder die sich zumindest subjektiv gefährdet sehen. Aus dieser Sicht ist die Wahl rechtspopulistischer Parteien vor allem ein Ausdruck von Verunsicherung und Statusangst.

Die Entwicklung der sozialen Basis rechtspopulistischer Parteien stützt die Modernisierungsverliererthese zumindest zum Teil. Während rechtspopulistische Parteien in den achtziger Jahren oft eine klassenübergreifende Wählerschaft mit starker Mittelklassenpräsenz aufwiesen, kam es seit Anfang der neunziger Jahre zu gravierenden Verschiebungen. Die wichtigste Verschiebung ist dabei die wachsende Proletarisierung einer Reihe von Parteien, die sich damit immer mehr zu neuen Arbeiterparteien entwickeln. So erhöhte sich zwischen 1986 und 1995 der Anteil der Arbeiter, die FPÖ wählten, von zehn auf 34 Prozent und lag damit weit über dem Wahlergebnis

der Partei, das 1995 bei 22 Prozent lag³⁷. Auch in Frankreich erhöhte sich die Zahl der Front-National-Wähler unter den Arbeitern dramatisch: 1988 stimmten bei den Präsidentschaftswahlen 19 Prozent der Arbeiter für Le Pen, 1995 waren es 30 Prozent³⁸. Ähnliche Tendenzen lassen sich auch beim Vlaams Blok und bei der Lega Nord nachweisen, wobei im letzteren Fall die Ursachen jedoch komplexer sind³⁹. Dabei finden rechtspopulistische Parteien vor allem auch bei jüngeren Arbeitern, die in der Vergangenheit zumeist für Linksparteien gestimmt hätten, überproportional Resonanz und treten damit zum Teil das Erbe dieser Parteien an.

Im Anbetracht dieses Profils ist es kaum verwunderlich, daß rechtspopulistische Parteien vor allem auch Männerparteien sind, d. h. Frauen unterproportional in der Wählerschaft vertreten sind. Generell ist das Verhältnis von Wählern zu Wählerinnen dieser Parteien in etwa 6 zu 4 und mehr. Hier spiegelt sich zum Teil wohl auch der Wandel der Position von Frauen aufgrund von Veränderungen auf den postindustriellen Arbeitsmärkten wieder, die Frauen neue Entfaltungsmöglichkeiten geben und in der Folge die traditionelle Rolle und Machtposition des Mannes in Frage stellen.

Berücksichtigt man dabei noch ökologische Studien, die zeigen, daß rechtspopulistische Parteien besonders in solchen Vierteln und Gegenden erfolgreich sind, die sich durch unterdurchschnittliche Wohn- und Lebensqualität auszeichnen, so scheint es, daß der Erfolg dieser Parteien zumindest zu einem gewissen Grad ein Ausdruck der Verunsicherung beträchtlicher Teile der Bevölkerung ist, die sich vom rapiden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß gegen die Wand gespielt fühlen⁴⁰.

Dieser Befund steht auch keineswegs im Widerspruch zu den dominierenden Einstellungen

37 Vgl. F. Plasser/P. A. Ulram/E. Neuwirth/F. Sommer (Anm. 30), S. 33.

38 Vgl. Pascal Perrineau, La dynamique du vote Le Pen: le poids du gauchisme-lepénisme, in: Pascal Perrineau/Colette Ysmal (Hrsg.), Le vote de crise, Paris 1995, S. 250; vgl. Nonna Mayer, Du vote lepéniste au vote frontiste, in: Revue française de science politique, 47 (1997), S. 438–453.

39 Vgl. Jaak Billiet/Marc Swyngedouw, De keuzen tussen groen en extreem rechts in Vlaanderen, in: Res Publica, 37 (1995), S. 250–257; Roberto Borcio, Populism and Social Groups in a Rich Region: The Case of the „Northern League“, Vortragsmanuskript für die Konferenz „Authoritarian Tendencies in the Age of Globalization“, Bielefeld vom 8. bis 10. Oktober 1997.

40 Vgl. Marc Swyngedouw, Het Vlaams Blok in Antwerpen: Een analyse van de verkiezingsuitslagen sinds 1985, in: Hugo De Schampheleire/Yannis Thanassekos (Hrsg.), Extreem rechts in West-Europa, Brüssel 1991, S. 93–114; Nonna Mayer, Vote Front National et malaise urbain, in: Res Publica, 37 (1995), S. 189–195.

35 Vgl. J. Falter (Anm. 25).

36 Vgl. Norbert Berthold/Rainer Fehn, Arbeitslosigkeit oder ungleiche Einkommensverteilung – ein Dilemma?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/96, S. 14–24; Dani Rodrick, Has Globalization Gone Too Far?, Washington, D. C. 1997.

rechtspopulistischer Sympathisanten. Gerade bei den objektiven und subjektiven Modernisierungsverlierern ist zu erwarten, daß sie besonderes Mißtrauen gegenüber den traditionellen Parteien und Politikern hegen, die in den letzten Jahren immer mehr dazu übergegangen sind, der Standortpolitik absolute Priorität einzuräumen, den Vorsorgestaat in einen Wettbewerbsstaat umzuwandeln und sich damit auf die Seite der Modernisierungsgewinner zu schlagen. So ist es durchaus zu erwarten, daß rechtspopulistische Parteien in Zukunft vor allem bei jenen Gruppen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen werden, die von den staatlichen Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen der Standortpolitik besonders betroffen sind. So ist es sicherlich kein Zufall, daß New Zealand First bei den letzten Wahlen vor allem bei Rentnern sehr erfolgreich war, die von der Sparpolitik vergangener Regierungen besonders negativ betroffen worden waren. Genauso wenig sollte es überraschen, wenn sich rechtspopulistische Parteien seit einigen Jahren immer mehr zum Anwalt des Sozialstaats und der heimischen Wirtschaft machen und damit den veränderten politischen Wettbewerbsbedingungen Rechnung tragen. Gleichzeitig ist zu erwarten, daß andere typische Fragen des Schutzes der Bevölkerung, wie z.B. *law and order* und Immigration, eine noch zentralere Position als bisher schon im Programm rechtspopulistischer Parteien einnehmen werden⁴¹.

V. Der Sonderfall Deutschland

Im Vergleich zum Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Frankreich, Italien, Österreich oder Belgien ist die Bilanz rechtspopulistischer Mobilisierung in Deutschland eher kläglich. Sah es noch Anfang der neunziger Jahre danach aus, als könnten sich die Republikaner im Parteiensystem als neue Kraft am rechten Rand etablieren, so scheint es heute so, als könnten sie zufrieden sein, wenn sie bei den nächsten Bundestagswahlen mehr als 2 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. In Deutschland ist das Phantombild einer neuen Rechten ein solches geblieben. Das kann sicherlich nicht daran liegen, daß die Ausgangsbedin-

gungen für eine rechtspopulistische Mobilisierung hier schlechter wären als in anderen Ländern. Im Gegenteil: Die Einwanderungsfrage ist nach wie vor brisant, und die Parteienverdrossenheit ist nach wie vor hoch. Was also erklärt die Erfolglosigkeit des deutschen Rechtspopulismus?

Drei Gründe erscheinen ausschlaggebend. Der erste Grund ist das Fehlen einer charismatischen Persönlichkeit auf dem rechten Rand mit genügend Autorität und dem hartem Willen, eine funktionierende Organisation auf die Beine zu stellen. Ein Editorial in der Wochenschrift *Junge Freiheit* brachte es vor einiger Zeit auf den Punkt: „Was die rechte politische Szene in Deutschland braucht, sind nicht Hunderte Runde Tische oder Fusionen von Minizirkeln, sondern eine Formation, die eine vorzeigbare Partei mit mitreißenden Menschen ist und die obendrein sich der modernsten Methoden der Massenkommunikation mit Macht bedient und die Öffentlichkeit in ihren Bann zieht.“⁴² Davon jedoch ist die deutsche Rechte, im Vergleich etwa zu Haider's FPÖ, meilenweit entfernt, wie das Chaos bei den Republikanern in den letzten Jahren zur Genüge demonstriert hat.

Der zweite Grund liegt darin, daß es der deutschen Rechten nie ganz gelungen ist, sich von ihrer Fixierung auf die nationale Frage zu befreien und neue relevante Themen aufzugreifen. Dies geriet bereits den Republikanern zum Verhängnis, als ihre Hauptforderung, die Wiederherstellung der nationalen Einheit, 1989/90 plötzlich zur Realität wurde und die Partei damit ihren Existenzgrund verlor. Ihre nationalistische Ausrichtung hinderte die Partei jedoch vor allem, aus den westdeutschen Ressentiments nach der Vereinigung Kapital zu schlagen und sich, etwa nach dem Vorbild der Lega Nord oder der kanadischen Reform Party, als regionale Protestpartei mit starker Basis im Süden und Südwesten des Landes als Anwalt der Interessen des Westens gegen die Forderungen des Ostens (oder auch als Gegenpol zur PDS) zu präsentieren⁴³. So verlor sie im Westen die meisten ihrer Protestwähler, ohne daß es ihr gelungen wäre, die wachsenden Ressentiments im Osten des Landes für sich zu mobilisieren.

Der dritte und vielleicht wichtigste Grund ist geschichtlich bedingt. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die erfolgreichsten Parteien Westeuropas in Frankreich, Österreich und Flandern beheimatet sind, drei Staaten oder Regionen, in denen die Konfrontation mit der Vergangenheit in der Nach-

41 Die unterschiedliche Entwicklung der beiden dänischen Parteien ist dabei durchaus instruktiv. Während die FP den neoliberalistischen Kurs der ehemaligen Fortschrittspartei beibehielt und damit unter zwei Prozent bei Meinungsumfragen blieb, machte die DF die Einwanderung bei ihrer Parteikonferenz im September 1997 zum zentralen Punkt ihrer Politik. Ein paar Wochen später gaben ihr Meinungsumfragen mehr als zehn Prozent Unterstützung. Für das Programm von DF vgl. Dansk Folkepartis principprogram, Internetversion, www.danskfolkeparti.dk.

42 Dieter Stein, Ruck durch die Rechte, in: *Junge Freiheit* vom 17. Oktober 1997, S. 2.

43 Vgl. Hans-Georg Betz, Lega Nord – ein Paradigma für Westdeutschland?, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 40 (1993), S. 123–128.

kriegszeit, wenn überhaupt, so nur sehr zögerlich betrieben wurde. Damit fehlte es jedoch an der moralischen Basis, die zur Delegitimierung dieser Parteien notwendig gewesen wäre⁴⁴. Im Gegensatz dazu schuf in Deutschland die vor allem seit den siebziger Jahren forcierte Konfrontation mit der Vergangenheit eine kritische Öffentlichkeit, die bereits auf den leisesten Verdacht eines Wiedererwachens rechtsextremer Tendenzen sehr neuralgisch reagiert⁴⁵. Damit haben rechtspopulistische Parteien jedoch nur bedingte Mobilisierungsmöglichkeiten, müssen sie doch immer wieder versuchen, demokratisch und verfassungskonform aufzutreten, um so der Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu entgehen. Damit fehlt ihnen jedoch die Radikalität, die in anderen Ländern einer der Hauptanziehungspunkte rechtspopulistischer Parteien ist.

Zusammengenommen bilden diese drei Faktoren sehr gewichtige Hindernisse für die Entwicklung einer erfolgreichen rechtspopulistischen Partei in Deutschland. Das heißt jedoch nicht, daß dies ganz ausgeschlossen werden kann. Es ist nur, zumindest unter den gegebenen Umständen, nicht allzu wahrscheinlich.

VI. Schlußbemerkungen zur Zukunft des Rechtspopulismus

Seit Beginn der neunziger Jahre sind rechtspopulistische Parteien immer mehr zu einem festen Bestandteil westlicher Demokratien geworden, der immer häufiger auch das politische Geschehen mitbestimmt. Sie profitieren vor allem von den wachsenden Ressentiments, die aufgrund des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels der letzten 15 Jahre zu einem wesentlichen Bestandteil der politischen Kultur westlicher Demokratien geworden zu sein scheinen. Dabei spielt vor allem die Mobilisierung von Aversionen gegen Ausländer und gegen die etablierten Parteien und Eliten eine herausragende Rolle. Diese scheinen besonders bei denjenigen Gruppen weitverbreitet zu sein, die sich vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel bedroht oder zumindest negativ betroffen fühlen. Diese Gruppen bilden dann auch immer mehr die Kernklientel rechtspopulistischer Parteien. Zur gleichen Zeit werden erfolgreiche rechtspopulistische Parteien immer mehr zu

44 Ein ähnliches Argument präsentiert Pierre Martin, *Le vote Le Pen: L'électorat du Front national*, Notes de la fondation Saint-Simon, 86, Paris 1996, S. 26 f.

45 Das erklärt auch den alarmistischen Ton einiger Publikationen zum Thema, so z. B. Wolfgang Gessenharter, *Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien*, München 1994.

Arbeiterparteien und damit zu direkten Konkurrenten der traditionellen Linken⁴⁶.

Dabei ist es einigen erfolgreichen Parteien gelungen, eine wachsende Zahl von Wählern an sich zu binden. So rekrutierten sich bei den Nationalratswahlen von 1995 an die 60 Prozent der FPÖ-Wähler aus Wählern, die bereits 1994 FPÖ gewählt hatten. Beim Front National ist der Anteil der Stammwähler sogar noch höher. Bei den Europawahlen 1994 stimmten fast drei Viertel der FN-Wähler von 1993 trotz ernsthafter Konkurrenz von rechts (durch Philippe de Villiers) wieder für die von Le Pen angeführte Liste⁴⁷.

Im Gegensatz zu grünen oder anderen linksliberalen Parteien hängt der Erfolg rechtspopulistischer Parteien nicht nur zu einem großen Teil von der politischen Konjunkturlage ab, auf die die Parteien nur bedingt Einfluß nehmen können, sondern auch von der Standfestigkeit ihrer Führungspersonlichkeiten. Damit erweisen sich rechtspopulistische Parteien als weitaus verletzlicher als die meisten ihrer Konkurrenten. Darüber hinaus laufen rechtspopulistische Parteien immer auch Gefahr, ihrem eigenen Anspruch einer radikalen Veränderung der herrschenden Verhältnisse zum Opfer zu fallen. Denn je radikaler sie diesen Anspruch vertreten, um so weniger sind sie in der Lage, ihr Versprechen einzulösen. Verschreiben sie sich jedoch einer reinen Machtgewinnungsstrategie, so erhöht sich die Gefahr der programmatischen Verwässerung. Die weitere Entwicklung der österreichischen Freiheitlichen – sollte sich Haider mit seinem Kurs in die politische Mitte durchsetzen – sowie des Front National nach Le Pen – sollte sich eine moderate, am Transformationsprozeß der italienischen *Alleanza nazionale* orientierte Strategie durchsetzen – dürfte in dieser Hinsicht sehr instruktiv sein.

Zweifellos stellen rechtspopulistische Parteien heute eine ernsthafte Herausforderung an westliche Demokratien dar. Dabei reflektieren diese Parteien jedoch nur gesellschaftliche Befindlichkeiten, die der eigentliche Grund für Besorgnis sein sollten. Solange die etablierten Parteien und Politiker nicht in der Lage sind, eine überzeugende Antwort auf diese Befindlichkeiten zu geben, werden westliche Demokratien noch auf längere Zeit mit der rechtspopulistischen Herausforderung leben müssen.

46 Umfragen zeigen, daß der Aufstieg der Dansk Folkeparti im Oktober 1997 vor allem auf Kosten der dänischen Sozialdemokraten ging. Vgl. Politiken vom 18. Oktober 1997, Internetversion.

47 Vgl. F. Plasser/P. A. Ulram/F. Neuwirth/E. Sommer (Anm. 30), S. 23; Pierre Giacometti/Gilles Paris, *Les électors traditionnels touchés par les listes perturbatrices*, in: *Les élections européennes de juin 1994*, Le Monde Dossiers et Documents, 1994, S. 64.

Ideengeschichtliche Dispositionen rechtsextremen Denkens

I. Alte und Neue Rechte

Von der Entstehungsgeschichte des Nationalsozialismus in der Weimarer Republik ist gesagt worden, sie sei eine Geschichte seiner Unterschätzung. Dies gilt womöglich auch vom Rechtsextremismus.

Während in der Medizin therapeutische Maßnahmen stets erst auf der Grundlage diagnostischer Befunde erfolgen, verfährt die Politik nicht selten eher umgekehrt. Dies gilt vor allem für den schwierigen Umgang mit dem Phänomen des Rechtsextremismus. Das Verwirrspiel beginnt bereits bei den Begriffen: Extremismus, Radikalismus, Neofaschismus, Rechtspopulismus, Neonazismus oder einfach Nazismus – wer kennt sich da noch aus?

Eine übliche Grobeinteilung der Szene rechts vom herkömmlichen Parteienspektrum der Bundesrepublik ist deren Klassifizierung in „drei Lager“:

– *der altrechte Extremismus*, den es seit 1945 gibt und der, obwohl er sein Potential seit der Wende 1989/90 vergrößern konnte, gesamtgesellschaftlich nach wie vor eher ein Nischendasein zu führen scheint; hierzu gehören etwa Parteien wie die „Deutsche Volksunion“ (DVU) des Münchener Verlegers Gerhard Frey, die „Republikaner“, aber auch militante Gruppierungen wie die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP), die „Nationalistische Front“ (NF) oder die „NSDAP-Auslands- und -Aufbauorganisation“ bis hin zu deren rechtsterroristischen Hilfstruppen. Sie leben in der Regel von schlichten Parolen wie „Ausländer raus!“, „Deutschland den Deutschen!“, von Verratsanklagen gegen etablierte Politiker oder huldigen einem kruden Chauvinismus von der Wiedereroberung „Großdeutschlands“. Dieser altrechte Extremismus stellt – schon wegen seiner internationalen Vernetzung – einen zwar keineswegs harmlosen, auf lange Sicht ideologisch jedoch steril bleibenden Aktivismus dar, dessen Resonanz – trotz gelegentlicher regionaler Wahlerfolge – nach wie vor beschränkt ist. Solche meist lautstarken Gruppierungen sind es denn auch, die sowohl in den Medien wie in den Verfassungs-

schutzberichten des Bundes und der Länder im Vordergrund des Interesses stehen.

– Weit mehr Einfluß auf Teile der öffentlichen Meinung als der altrechte Extremismus gewinnen inzwischen die beiden anderen Spielformen des Spektrums am rechten Rand, die man als „*Neue Rechte*“ einerseits bzw. als *Rechtspopulismus* andererseits bezeichnet. Während es sich bei der „Neuen Rechten“ um eine Vielzahl ideologischer Plattformen besonders jüngerer intellektueller Kreise handelt, kämpft der öffentlichkeitswirksame Rechtspopulismus gegen die etablierten Volksparteien, auch um Stimmen und Sitze in den Parlamenten. Als Modell hierfür steht gegenwärtig Jörg Haiders „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ), die sich inzwischen zu einer breiten Bewegung für eine „Dritte Republik“ entwickelt hat.

Im Gegensatz zum altrechten Extremismus bewegen sich sowohl die „Neue Rechte“ als auch der Rechtspopulismus zumindest taktisch meist noch im Umkreis der verfassungsmäßig geschützten Meinungsfreiheit. Obwohl beide die eigentlich zukunftssträchtigen, weil programmatisch variationsreichen und flexibleren Manifestationen auf dem rechten Meinungsmarkt darstellen, hängen ihre Erfolgchancen vermutlich auf Dauer in hohem Maße von der Entwicklung des Gesamtklimas der politischen Kultur in den westlichen Demokratien ab.

II. Weltanschauliche Motive der „Neuen Rechten“

Mindestens drei strukturelle Übereinstimmungen lassen sich im Diskurs der „Neuen Rechten“ ausmachen:

– Zum einen ist es die starre Fixiertheit auf eine Reihe von „erhabenen“ Kollektivbegriffen, die als substantielle Wesenheiten eine Art Fundament ihrer Weltsicht bilden. Dazu gehören vor allem „das Volk“ und „das Reich“. Sie sollen der Sinnstiftung im Rahmen einer neuen Identitätspolitik dienen und werden als letzte Gegebenheiten beschworen. Es sind dies neben „Volkstum“ u. ä. m. zugleich die Signal- und Fahnenwörter

eines „Deutschen Sonderwegs“, der in der Frühzeit des 19. Jahrhunderts begann und mit dem NS-Regime zunächst beendet schien.

– Paradoxerweise will die „Neue Rechte“ allerdings nicht mehr jene deutschnationalen und völkischen Traditionen, sondern umgekehrt die vierzig Jahre der alten Bundesrepublik zum eigentlichen Sonderweg erklären. Seit der deutschen Wiedervereinigung sei nun die Zeit für eine neue Normalität angebrochen, in der das souverän gewordene Deutschland endlich wieder in die Geschichte zurückkehre und sich – wie Phönix aus der Asche – erneut als ein mitteleuropäischer Hegemonialstaat erheben müsse. Mit solchen Umwertungen und semantischen Besetzungen will man die Last jener Erinnerungen loswerden, aus denen einst der Gründungskonsens der alten Bundesrepublik politische Konsequenzen gezogen hat¹.

– Als drittes die Rechtsintellektuellen einigendes Band erweist sich die Hinwendung zu einer radikal pessimistischen Anthropologie, die den Menschen – wie schon Oswald Spengler – als ein Raubtier begreifen will, das nur strenge Bindungen und autoritäre Institutionen in Schranken halten könnten. Dieses Motiv ist allerdings keineswegs nur eine weltanschauliche Option rechter, sondern auch das neue Panier einer ganzen Reihe ehemals linker Autoren. Denn Kulturpessimismus ist allgemein wieder „in“ und Ernüchterungsrhetorik ist angesagt.

Es ist kaum zu übersehen, daß die Strömungen der „Neuen Rechten“ heute ihren Gewinn aus weit verbreiteten Aversionen gegen alles ziehen, was den politischen Alltag in vielen demokratisch verfaßten Gesellschaften bestimmt: den oft kaum mehr rational auflösbaren Parteienstreit, medienträchtige Skandale, Korruption und Anzeichen einer um sich greifenden Selbstbedienungsmentalität. Dagegen setzt die „Neue Rechte“ den Ruf nach der starken Hand eines autoritär geführten Staates. Er soll das wieder hervorbringen, was einst Gehorsam, strenge Disziplin und Dienst an „Volk und Staat“ hieß. Es ist daher kein Zufall, daß sich der Geist des Traditionalismus auch in der Bundeswehr findet, die junge Leute anzieht, „die sich in hierarchischen Strukturen wohlfühlen, die nach ‚Kameradschaft‘ in Uniform streben und für die Ordnung ein Wert an sich ist. Diese Eigenschaften definieren allein keineswegs Extremismus, aber sie sind jedem Rechtsextremen eigen.“²

1 Repräsentativ hierfür ist etwa die Publikation von Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hrsg.), *Die selbstbewußte Nation*, Frankfurt a. M. – Berlin 1995³.

2 Kurt Kister, *Neue Armee, alter Geist?*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 13./14. 12. 1997, S. 4. Im gleichen Sinne sieht

III. Die „Konservative Revolution“ als Ideenspeicher der „Neuen Rechten“

Paradoxe Begriffskonstruktionen symbolisieren die Vereinbarkeit von scheinbar Unvereinbarem. Oft geschieht dies zunächst im Bereich der Phantasie und in den Träumen einer rhetorisch beschworenen Rückkehr zur „mythischen Einheit“ nach der Parole: Der Ursprung ist das Ziel. So auch im Falle der „Konservativen Revolution“. Hieß Konservativsein bis dahin ein Sichfestklammern am überkommenen Traditionsbestand, so wird nun mittels der Revolutionsmetapher eine Umkehr in Richtung Zukunft symbolisiert. Diese Umpolung verheißt zugleich die Wiedergeburt mythischer Anfänge im Sinne einer Erneuerung des gesamten politischen und sozialen Lebens. Die paradoxe Begriffskomposition, die logische Gegensätze zu einer scheinbaren Einheit zusammenzwingt, besitzt offenbar eine bestätigende Funktion für tiefsitzende Harmoniebedürfnisse gerade auch in der Politik. Wo Feuer und Wasser zusammenkommen, gibt es nicht bloß Dampf, sondern mitunter auch erregende visuelle und akustische Reize. Die Konstruktion solch paradoxer Doppelbegriffe erzeugt bei den Adressaten ein gleichsam „magisches“ Klima; ihre Verbindung – dies gilt für „Konservatismus“ und „Revolution“ ebenso wie für „Nationalismus“ und „Sozialismus“ – verheißt den Gläubigen die Lösung aller darin enthaltenen Gegensätze. Die semantische Besetzung gleicht so einer Geisterbeschwörung, die neues Leben aus ideologischen Ruinen verspricht: „Ebenso wie der bloße Sozialismus, der nicht auf die konkrete Nation bezogen ist, eine dürre und volksfremde Konstruktion bleibt, muß der bloße Nationalismus wieder in eine gefährliche Nähe zum Individualismus alten Stils führen.“³

Ein besonders aussagekräftiges Wortkunststück vollbrachte der Autor des im Jahre 1923 erstmals erschienenen Werks „Das dritte Reich“, Moeller van den Bruck. Er sprach von der Notwendigkeit einer neuen „sozialistischen Außenpolitik“ und meinte damit eine aggressiv ausgreifende Diplomatie, der es unter aktiver Einbeziehung der

auch der frühere Bundeswehrdozent Frank Rödiger eine Affinität der Rechten zum Militär: „Beide pflegen die gleichen Sekundärtugenden: Vaterlandsverteidigung, Ordnung, Gehorsam, Disziplin. Rechtsextreme verwenden sie, um die Demokratie abzubauen, bei der Bundeswehr sind sie funktional.“ Die gleichen Sekundärtugenden, in: *die tageszeitung* vom 13./14. 12. 1997.

3 Giselher Wirsing, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), *Köpfe der Weltpolitik*, München 1935, S. 11.

Arbeiterschaft um eine Erweiterung des deutschen Lebensraumes zu tun sein sollte, um so die Versprechen eines deutschen Sozialismus militärisch zu erfüllen. Auch dieses Programm entsprach der besagten Umschmelzung überkommener, heterogener Begriffe zu einer neuen mythischen Einheit.

Obwohl zwischen „Konservativer Revolution“ und dem Nationalsozialismus, die eine in sich oft widerspruchsvolle Einheit bilden, differenziert werden muß, läßt sich dennoch zeigen, daß auch Hitler sich dieser fabelhaften Kontraktionsmethode zu bedienen wußte. In seiner auf der Gedenkfeier zum Gründungstag der NSDAP am 24. Februar 1938 gelieferten Deutung des Selbstverständnisses der NSDAP heißt es rückschauend: „So war das, was wir damals gründeten, eben doch eine neue Partei, und zwar eine Partei, die man vielleicht am besten bezeichnen kann mit dem Wort ‚konservativ-revolutionäre Partei‘, d. h., sie hat im Grunde genommen sehr alte, ja ewige Gedanken mit sehr modernen und fortschrittlichen Methoden zu verwirklichen versucht.“⁴

IV. Zum deutschen Sonderbewußtsein

Nation war ursprünglich ein demokratisches Konzept; es sollte Einheit von unten stiften, da „das Volk“ darin als kollektiver Akteur gedacht wird. So lange diese Grundtatsache im einheitsstiftenden nationalen Diskurs lebendig war, konnte die angestrebte Selbstidentifikation eines Volkes mit den Bedürfnissen der Bürger ausbalanciert werden. Da jedoch der Nationbegriff ebenso zur Abgrenzung gegen imaginäre oder reale Feinde und damit zum Instrument der kollektiven Selbstüberhöhung dienen kann, schlägt der plebiszitär-demokratische Ausgangsimpuls der nationalen Idee, wie er seit der Französischen Revolution wirksam war, leicht in einen Fetisch „Nation“ mit Ewigkeitsanspruch um.

Auch wenn, wie man weiß, die Inspiration zur nationalen Identitätspolitik keineswegs von einem anonymen Volk stammte, sondern von angebbaren intellektuellen Eliten ausging, war die Stellvertreterfunktion solcher Fürsprecher vielfach unbestreitbar. Nationenbildung im Namen und unter Berufung auf einen Volkswillen vollzogen etwa die

nationalen Befreiungsbewegungen vieler Länder, die sich aus der Bevormundung ihrer einstigen Kolonialherren zu emanzipieren suchten. In der Regel waren solche Emanzipationsprozesse von einer Entstrukturierung traditional bestimmter agrarischer Gesellschaften begleitet, die nun gleichsam ein neues Obdach suchten, von dem sie Sinnstiftung und kollektive Selbstbestätigung erfahren konnten. Die meist unter Opfern erkämpfte nationale Identität zeigt ihre Ambivalenz oft erst nach Erreichung ihrer Ziele: Erfolgreiche Identitätspolitik führt mitunter zu ethnischer Ausgrenzung; Feindbestimmungen können zum chauvinistischen Alleinvertretungsanspruch und heroischer Patriotismus zur Politik der Säuberung verkommen.

Von der Warte rechtsstaatlicher Verfassungswirklichkeit aus erscheinen solche und andere Formen barbarischer Politik als Rückfall und Regression in längst überwunden geglaubte „Naturzustände“. Doch sollte darüber nicht aus dem Blick geraten, daß auch moderne Verfassungsstaaten in unseren zivilisatorischen Breiten sich nicht selten grausamer Methoden zu bedienen wußten, wenn es darum ging, die der Monopolstellung des staatlichen Zentralismus im Wege stehenden partikularen Gewalten zu integrieren. So lassen sich die Schrecken früher Konstitutionsperioden von Nationalstaaten etwa noch an den vielen Gründungsmythen ablesen, welche jene – häufig kriegerischen – Ereignisse spiegeln und in verklärter Form tradieren, denen die staatliche Einheitsbildung und nationale Integration sich verdanke.

Da der implizite Anspruch nationaler Identitätspolitik letztlich auf die Schaffung eines funktionalen Äquivalents für obsolet gewordene und nicht länger als legitimierend geltende Identifikationen abzielt, besteht für ein Kollektivsubjekt wie „Nation“ fortwährend die fatale Möglichkeit seiner emotionalen Aufladung. Einem Totem gleich, verselbständigt sich gerade das, was doch historisch ein durch und durch von Menschen Gemachtes ist. Die Entzeitlichung, Enthistorisierung, Verewigung und damit Mythologisierung der Nation, bzw. des Volkes (oder gar der Rasse) liegt immer dann nahe, wenn es an historisch konkreten Bedingungen für die Herleitung nationaler Gemeinsamkeiten mangelt. Helmut Plessner hat den hier gemeinten Zusammenhang der Absolutsetzung solcher Kollektivsubjekte am Beispiel der Entstehung des deutschen Nationalismus gültig bezeichnet: Die Deutschen „suchen . . . nach einem realen Halt in ihrer Geschichte, und, da sie ihn dort nicht finden, noch vor, noch unter der Geschichte. Darum sind sie von vorgestern und von übermorgen und haben kein Heute . . . Statt eines idealen,

⁴ Adolf Hitler, Rede bei der Gedenkfeier zum Parteigründungstag in München vom 24. 2. 1938, zit. in: Konservatismus, in: Meyers Lexikon, Bd. 6, Leipzig 1939, Sp. 1391.

obzwar fiktiven Ursprungs ... sind sie auf der Suche nach einem realen, obzwar mythischen Anfang ihrer geschichtlichen Existenz, der sich im Dunkel unergründlicher Vorzeit verliert. Deutsches Staatsbewußtsein sucht sich in der Geschichte zu verankern ... aber als Ankergrund bietet sich immer wieder nur naturhafte Ursprünglichkeit. Und wenn es sich, stolz auf sein ewiges Barbarentum, gegen den älteren, glücklicheren, nüchternen Westen verteidigt, scheint es, als bildeten alle großen Aufbrüche deutscher Geschichte: der Krieg gegen Napoleon, Luthers Reformation, Widukinds Widerstand gegen Karl *einen* Kampf der Riesen gegen Rom, den Armin der ‚Cherusker‘ begann.“⁵

Vielleicht ließe sich so der Weg des modernen deutschen Nationalismus als eine verschlungene kollektive Heilssuche interpretieren, woraus die bis heute reichenden Diskurse ihre unterschwellige Emotionalität beziehen. Ob der alte Germanenkult oder der Traum vom neuen Reich, ob Wagners Gesamtkunstwerk oder die Inszenierung brauner Totenfeiern: All dies gewinnt seinen geheimen Sinn durch eine Deutung, die die einstigen Wendepunkte der deutschen Geschichte als verzweifelte und letztlich gescheiterte Suche nach kollektiver Identität begreift.

Auch wenn die Rede von einem deutschen Sonderweg problematisch erscheint, zur Ausbildung eines *Sonderbewußtseins* kam es in der von Plessner umschriebenen Weise seit der Frühzeit des deutschen Nationalismus gewiß. Wer etwa die öffentlichkeitswirksamen Schriften Ernst Moritz Arndts oder Johann Gottlieb Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ als Zeitdokumente studiert, wird kaum übersehen können, daß hier Linien entworfen wurden, deren – wie immer pervertierte – Grundmuster zu Fermenten eines problematischen Erbes werden konnten, an dem sich Rechtsextremismus und Neue Rechte noch heute zu orientieren suchen. Die jüngere deutsche Geschichte lehrt, daß das stets revitalisierbare Ferment säkularer Heilsversprechen im Sinne eines nationalen Glaubenskanons einen Vorrat an abrufbaren Inszenierungschancen schuf, der über die Ideen von 1914, über die Dolchstoßlegende und das Versailles-Trauma bis zum „völkischen Erwachen“ der NS-Bewegung reicht. Daß solche Jahrhunderte übergreifende Traditionsbestände Handlungsbereitschaften auslösen und Massenmobilisierung ermöglichen, verdankt sich nicht zuletzt den symbolischen Medien, deren sich solche Appelle bedienen.

5 Helmut Plessner, *Die verspätete Nation*, Stuttgart 1959, S. 57.

V. Kerninhalte und Funktionen rechter Mythen

So wie der Mythos seit je zwischen Chaos und Kosmos eine Grenze zog, die der zwischen Profanem und Heiligem korrespondiert, so bewegt sich auch der Nationalismus zwischen einem *Größen-WIR* der eigenen Nation und minderwertigen Fremden. Dies liefert in Krisenperioden Orientierungsgewißheit und Verhaltenssicherheit. Man kennt nun den Feind und weiß zugleich, daß und wie er gemeinsam zu bekämpfen ist. Allein dies schafft in einer hochkomplexen Gesellschaft eine durchschlagende Einfachheit und mindert, psychologisch gesprochen, jene unbehagliche „kognitive Dissonanz“, der man für gewöhnlich schutzlos ausgeliefert bleibt. Man könnte auch von einer Reduktion von „Komplexität“ sprechen, oder von einer Eliminierung des als quälend empfundenen kontingenten zufälligen Geschehens zugunsten der einfachen Setzung einer alles bewertenden „Welterklärung“. Sie liefert für jene, die an sie glauben, zumindest subjektiv ein Gefühl der Entlastung.

Die Forschung steht in der Regel vor einem Rätsel, sobald eine Erklärung dafür zu liefern wäre, weshalb zwischen „gesundem Patriotismus“ und großmäulig verkündetem Haß-Nationalismus keine prinzipielle, für die politische Praxis verbindliche Grenze gezogen werden kann, auch wenn dies theoretisch möglich scheint. Sicher ist nur, daß Maßhalteappelle hier wenig fruchten, wenn es sich bei dieser manichäisch-binären Kodierung des rechtsextremen Weltbildes um eine für den Bewußtseins- und Emotionenhaushalt ihrer Träger durchaus funktionale Dynamik handelt. So scheint es auch sinnlos, Rechtsextremismus allein durch pädagogische oder gar rein disziplinarische Mittel bekämpfen zu wollen, die von diesem gerade unterlaufen werden.

Es ist kaum zu leugnen, daß der Nationalismus seit je auch scheinbar gänzlich „unpolitische Haltungen“ zu mobilisieren versteht, wenn er durch seine Freund-Feind-Schematik „Erklärungen“ für bedrohlich und beängstigend wirkende soziale Zustände liefert. Im Dunkel der Nacht scheint für den Herumirrenden auch ein Funke hilfreich, selbst dann, wenn es sich um ein Irrlicht handelt. Bedauerlicherweise krankt die gegenwärtige Forschung an einer merkwürdigen Berührungsangst, sobald es darum geht, den innerpsychischen Haushalt der Andersdenkenden zu analysieren⁶.

6 Im Zusammenhang mit dem Bekanntwerden einer Vielzahl rechtsextremistischer Vorfälle in der Bundeswehr hat der

Während Oswald Spengler zufolge politische Mythen als das zwangsläufige Resultat einer schicksalhaft verlaufenden Geschichte der Massen erscheinen, wodurch Geschichte selbst zum Mythos wird, analysierte Ernst Cassirer in seinem 1945 erstmals erschienenen Buch „Vom Mythos des Staates“ politische Mythen als Medien, die Völkern und Nationen dazu verhelfen sollen, in verzweifelten Lagen einer Situation Herr zu werden. Die Erfahrung der Propaganda im Nationalsozialismus hatte dem aus Deutschland vertriebenen Emigranten Cassirer gezeigt, daß das mythische Denken nicht einfach eine längst überwundene Stufe menschlicher Erkenntnis und Weltdeutung, sondern eine durchaus latente Möglichkeit auch des zeitgenössischen Bewußtseins ist. Mittels moderner technischer Instrumentarien lassen sich über lange Zeit schlummernde Mythengehalte wachrufen und regelrecht organisieren. So ergab eine Analyse der amerikanischen Rundfunkwerbung im Zweiten Weltkrieg, daß – ob Seife oder Herrenrasse, Scheuerpulver oder Judenhaß – prinzipiell alles auf technisch raffiniert inszenierte Weise den Meinungsmarkt erobern konnte.

Für Ernst Cassirer sind Mythen ursprünglich durchaus funktionale und sinnvolle Ordnungs- und Klassifikationsversuche, mittels derer die unübersichtliche Mannigfaltigkeit der sozialen und politischen Erscheinungen zu einem – wie immer simplifizierten – doch stimmigen Ganzen gebildet werden kann. In solchen Mythen werden Instinkte, Hoffnungen und Ängste organisiert, medial objektiviert und symbolisch ausgestaltet. Seit Cassirer tendiert die Mythenforschung dazu, in solchen

Chef des Heeresamtes der Bundeswehr in Köln, Generalmajor Jürgen Reichardt, auf die Frage des Interviewers: „Setzen sich die Ausbilder der Bundeswehr im politischen Unterricht mit dem Rechtsradikalismus auseinander?“ geantwortet: „Das geschieht doch im Grunde in unserer Gesellschaft überhaupt nicht. Man ist doch weit davon entfernt, rechtsradikale Thesen anzuhören, zu erläutern und zu diskutieren.“ (Rechte Thesen thematisieren, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. 12. 1997, S. 6.) Diese Information von seiten eines Insiders, dem alle Schulen des Heeres unterstehen, spricht für die Annahme, daß es sich bei solchen „Versäumnissen“ keineswegs nur um einen allgemein beklagten Mangel an geeigneten didaktischen Mitteln für den politischen Unterricht handelt, sondern einerseits um die bekannten Verdrängungen, denen das Thema Rechtsextremismus nach wie vor unterliegt, andererseits wohl auch darum, daß die jahrzehntelang übliche Belehrung über „Totalitarismus“ (Stichwort: links = rechts) recht wenig mit wirklicher Aufklärung über die Ursachen heutiger rechts-extremer Tendenzen zu tun hat. Denn bei den jetzt bekannt gewordenen Vorfällen geht es ja nicht mehr um Anfangsschwierigkeiten bei der Personalauswahl in der Gründungsphase der Armee, sondern darum, weshalb bei Angehörigen der Nachkriegsjahrgänge solche Traditionsstränge erneut revitalisierbar sind. So heißt es denn auch im gleichen Interview mit Jürgen Reichardt: „Aber was in den Köpfen einiger 20jähriger vorgeht, das wissen wir nicht.“

Bewußtseinselementen eine Bemühung um Klassifikation und Ordnung in der menschlichen Lebenswirklichkeit am Werk zu sehen. Trotz aller Vielfalt der jeweiligen Inhalte gleichen sich die Formen des mythischen Denkens in überraschender Weise. Denn die Einheit in der Vielfalt, die Synthese der mannigfaltigen Phänomene bleibt ihr gemeinsames Ziel: „Sie erwachsen aus demselben Wunsch der menschlichen Natur, sich mit der Realität abzufinden, in einem geordneten Universum zu leben und den chaotischen Zustand zu überwinden, in dem Dinge und Gedanken noch keine bestimmte Gestalt und Struktur angenommen haben.“⁷

Wie alle politische Mythologie ist auch die des Rechtsextremismus ihrer Funktion nach eine imaginäre Kompensation für reale Versagungen, mit denen die Individuen nicht fertig werden können. Solange der Mythengläubige die Vorstellungen, mit deren Hilfe er sich orientiert, nicht als hergestellte Ersatzgebilde zu durchschauen vermag, kann die mythologisierte Welt eine Entlastungsfunktion ausüben. Dies ist der Grund, weshalb ihre Auflösung durch rational-argumentierende Kritik solange scheitern muß, wie die Mythologie einem funktionalen Bedürfnis der in ihrem Banne Stehenden entgegenkommt. Politische Mythologie ist sonach zunächst als eine Zustandsäußerung der „Gläubigen“ zu verstehen. Dafür spricht die starke emotionale Aufladung ihrer Kategorien, wie „Deutschtum“, „Reich“, „völkisches Erbe“ oder negativ: „Verwelschung“, „Entartung“ usw.

Das Wahnhafte in solchen Konstrukten besteht

- in der Unkorrigierbarkeit der Überzeugungen durch die Erfahrungswirklichkeit,
- in der zwanghaften Tendenz zur Identifizierung sehr heterogener und differenzierter Größen sowie
- in einer starren Dichotomie (hell – dunkel, schwarz – weiß).

Mythen beanspruchen nicht rationale Logik, sondern handlungsdisponierende und handlungsauslösende Wirkungen. Sie besitzen durchweg normativen und imperativen Charakter sowie eine kompensatorische Funktion (statt rationaler und systematischer Gesellschaftsanalyse und deren Vermittlung mit dem Primärmilieu, den unmittelbaren Lebenserfahrungen). Sie schaffen eine fiktive Sicherheit, die die Realität selbst nicht zu bieten vermag. Sie integrieren mittels sekundärer Sinngebung und scharfer Abgrenzung nach außen durch eine dichotomische Trennung von Eigen- und bekämpfter Fremdgruppe. Hierdurch

⁷ Ernst Cassirer, Vom Mythos des Staates, Zürich 1949, S. 24.

gewinnen Mythen ihren instrumentalen, dezisionistischen Charakter und ihre starre Struktur.

Im Bereich des Politischen ist es gerade dieser instrumentale Charakter, der zum Kriterium ihrer „Wahrheit“ wird. Beides gilt als identisch. In einem Schulungsbrief aus dem Jahre 1939 wird dies zynisch bekannt: „Die national-sozialistische Weltanschauung gilt nicht kraft irgendeines professoralen Beweises ihrer Richtigkeit, sondern kraft ihrer Fruchtbarkeit und Lebensfülle, kraft ihrer Macht über die Seelen und kraft ihres Mutes, mit dem sie die deutschen Dinge verantwortlich in die Hand genommen hat. Kräfte, die wirken, die gestaltend ins Leben eingreifen, ... Werte, die binden und Größe ermöglichen, sind damit auch, ‚wahr‘.“⁸ Faschismus und Nationalsozialismus erweisen sich in dieser Frage als die Erben Georges Sorels, der die Massenmythen, unabhängig von Wahrheit oder Unwahrheit, für notwendige Vehikel der Geschichte erklärte. „Organische Wahrheit“ sollte ihr Kriterium darin finden, ob sie der Selbstbehauptung einer Nation oder eines Volkes diene oder nicht. Ausschlaggebend ist allein die von solchen Mythen ausgehende Mobilisierungsfunktion.

VI. Ethnopluralismus gegen Multikulturalismus

Im Blick auf Völker und Nationen vertreten sowohl der Rechtsextremismus als auch die Neue Rechte gegenwärtig den sogenannten Ethnopluralismus. Er besagt, daß nur durch gegenseitige Separierung „völkischer“ Eigenart die ersehnte „Reinheit“ ihrer „Wesensmerkmale“ und damit auch der Selbstbehauptungswille eines Volkes garantiert werden könne, nach der Parole: Rassenmischung ist Völkermord! An dieser Mythisierung der Kategorien „Volk“ und „Volkstum“ läßt sich das Grundmuster völkischer Ideologien ablesen. Sie bilden seit je eine besonders extreme Variante des deutschen Nationalismus, die zum Rassismus und Antisemitismus hinführt.

Dieser Mythisierung des Volkes in den völkischen Bewegungen ging eine Stufe seiner Vergöttlichung voraus. Federführend waren hier eine Reihe von Vordenkern, auf die sich nicht nur der spätere Nationalsozialismus immer wieder berief: Allen voran Houston Stewart Chamberlain, Richard Wagner, Julius Langbehn, Paul de Lagarde und

– last, but not least – Johann Gottlieb Fichte. Dieser hat die für die Folgezeit richtungweisenden Bestimmungen von Nation und Volk gegeben: Waren sowohl die Nation als auch der Staat in eine Entwicklungsgeschichte westeuropäischer Demokratien historisch eingebettet, so entbehrte der Volksbegriff in Deutschland von Anfang an einer solchen Konkretion⁹. An die Stelle der historisch-sozialen Situierung trat daher eine gleichzeitige Sakralisierung und Naturalisierung im Sinne einer „tragenden Kraft des geschichtlichen Lebens“. Volk ist statisch, vopolitisch und wird daher stets als „ewig“ vorgestellt, unabhängig von jeder besonderen Staats- und Verfassungsform. Diese seine „Wesenhaftigkeit“ läßt den Volksbegriff ursprünglicher und werthöher erscheinen als die vom Individualismus westlicher Naturrechtslehren her bestimmten Kategorien des liberal-demokratischen Nationalstaates, die aus der Sicht deutschen Sonderbewußtseins „bloß“ zeitlich und daher relativ gelten. „Der einzelne ist klein und schwach, das Volk dagegen groß und stark ... der einzelne vergeht, das Volk scheint in Ewigkeit zu bleiben; das Volk muß leben, auch wenn viele einzelne zu Grunde gehen.“¹⁰

Diese Kompensation politischer Defizite in der Realgeschichte gehört zu den zentralen Funktionen solcher Mythen. Die Mythen der Periode des Wilhelminismus und der Weimarer Republik (Reichsmythos, schlafender Kaiser, Nibelungen- und Führermythen) waren stets Reaktionen auf die als Ohnmacht erlebte Realgeschichte, entsprangen einem Bedürfnis nach Trost und Ansporn in dürftiger Zeit.

VII. Das rechtsextreme Weltbild

Manche Schwierigkeiten bei der Definition des Rechtsextremismus ergeben sich schon allein daraus, daß es sich bei ihm nicht um eine ausformulierte Ideologie handelt, die man auf ihre Prämissen und Widersprüche hin kritisch befragen könnte. Was hier vorliegt, ist vielmehr ein Mythenkonglomerat, das sich zu einer bestimmten Mentalität und Gesinnung ausformt. In ihrer Perspektive erscheint die Normativität des Alltags nicht selten außer Kraft gesetzt, da die Haltung des „ewigen Kämpfers“ ihre Bewährung allein in Ausnahme- und Grenzsituationen finden kann. Das Bild vom

⁹ Vgl. hierzu das Zitat Helmut Plessners in Anm. 5.

¹⁰ Theodor Grentrop, Volk und Volkstum im Lichte der Religion, Freiburg 1937, S. 46; zu dieser Traditionslinie in Deutschland vgl. Handbuch zur ‚Völkischen Bewegung‘ 1871–1918, hrsg. von Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht, München u. a. 1996.

⁸ H. Mehringer, Sieg des Glaubens, in: Der Schulungsbrief, Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hrsg.), VI (1939) 1, S. 3.

schicksalhaft-notwendigen Kampf – sei es der Einzelnen, sei es der von Völkern oder Rassen – bildet generell ein Kernmotiv rechtsextremen Denkens.

Im Gegensatz zu den Hochideologien des 19. Jahrhunderts wie Liberalismus, Konservatismus oder Sozialismus sind Weltanschauungen weit stärker im Emotionen-Haushalt ihrer Träger verankert¹¹. Prüft man daraufhin die Kernstruktur rechtsextremer Einstellungen, so ergibt sich der Eindruck eines gleichsam flächendeckenden Angebots sowohl in metapolitischen wie im engeren Sinne politisch-gesellschaftlichen Bereichen. Ein Blick auf die darin enthaltenen Deutungsangebote ergibt stichwortartig den Katalog rechtsextremer „Welterklärung“:

Mensch: Wesensungleichheit, Eliten-Massen-Schema und der daraus folgende Anti-Egalitarismus, der bis hin zum Rassismus reicht;

Geschichte: Ethnifizierung sozialer Konflikte, die eine Identifikation mit Kollektiv-Subjekten wie Nation, Volk und Rasse erlaubt; Dekadenz- und Konspirationstheorie als Ausdruck der Angst vor allem „Fremden“ sowie mythologische Geschichtsdeutungen;

Politik: Feindbildkonstruktion nach dem Modell des Manichäismus (dualistische Weltansicht); hieraus ergibt sich ein permanenter Aktionismus, der Gewaltanwendung als die rasche und einfachste Lösung politischer Probleme begrüßt.

Der Wiener Sozialpsychologe Friedrich Hacker hat in einer Nachlaß-Schrift über „Das Faschismus-Syndrom“ die psychischen Konstellationen, die das politische Phänomen des Rechtsextremismus begünstigen, in einer Kategorientafel wie folgt klassifiziert: die Maximierung der Ungleichheit, das Recht des Stärkeren, das Führerprinzip, die Irrationalität, die Dauermobilisierung, die Vereinheitlichung, die organische Ganzheit, der Totalinsatz, die Gewalt und der Terror von oben sowie das Uralte und das ganz Neue¹².

Es ist nicht dieses oder jenes Einzelmerkmal, das rechtsextremes Denken ausmacht, sondern vielmehr die Kombination mehrerer solcher ideologischer Elemente. Gruppiert man diese unter einem dynamisierten sozialpsychologischen Aspekt, so tritt deren polare Verkoppelung durch zwei einander bedingende Wahnformen – den Verfolgungs-

und den Größenwahn – hervor. Analog den beiden Brennpunkten einer Ellipse ergeben sich dann in konzentrischer Anordnung – Hacker modifizierend – die beiden folgenden Merkmalsreihen:

1. *Größenwahn:* Nationalismus, Rassismus, Heroen-Mythen, Elitismus, Ethnozentrismus, Ethnopluralismus, Führerprinzip sowie Volksgemeinschaft.

2. *Verfolgungswahn:* Feindbilder, Verschwörungshypothesen, Antisemitismus, Dekadenzdiagnosen, Anti-Intellektualismus, multikulturelle Unterwanderung, Bürgerkrieg, Chaos sowie Klassenkampf.

Als gemeinsamer Hintergrund der Syndrome rechtsextremistischer Weltanschauung können Grundstimmungen einer verunsicherten Gesellschaft und kollektive Ängste gelten. Mögliche Reaktionen auf die Merkmale sind Flucht und Vermeidung, aber auch Aggression und Verdrängung. Es sind frei flottierende Ängste, die sich ihre Objekte suchen, um sich dadurch zu entlasten. In besonderer Weise politisch relevant ist jene Form der Angstbearbeitung, die innere Konflikte in äußere umpolt. Ein brisantes Beispiel dafür ist die Projektion von Feindbildern.

Besonders in sozialen und politischen Krisenzeiten lassen sich verschwörungstheoretische Projektionen zur Bewältigung der kollektiv aufkommenden Bedrohungsängste instrumentalisieren. Ungeachtet der Frage, ob solche Ängste objektiv begründet sind oder nicht: Sie besitzen, als eine Art „kollektiver Paranoia“, einen hohen Ansteckungsgrad. Darüber hinaus befreit die Konzentration auf eine äußere, verfolgende Macht (etwa das „Weltjudentum“) von Binnenkonflikten, da so ein Teil der sozialen Aggressionen an solch fiktiven, doch nichtsdestoweniger gerade darum politisch äußerst wirksamen Feindbildern festgemacht und abreagiert werden kann. Aggressiv ist stets „das Judentum“, nicht man selbst.

Alle bekannten Formen psychologischer Kriegsführung, politischer Massenmobilisierung und Propagandatechniken zielen letztlich auf ein Potential latent-regressiver, antimodernistischer Tendenzen und auf ein kollektives Bedürfnis nach projektiver Entlastung. Mit ihr gehen regelmäßig pauschale Simplifizierungen komplexer Zusammenhänge einher, dogmatische Schwarz-Weiß-Urteile sowie fatale Ausgrenzungstendenzen gegenüber allem „Fremden“ – in uns und außer uns. Ein allmählicher Abbau solch politisch erzeugter Angst wäre allein durch rückhaltslose Thematisierung des „Angstmachenden“ möglich. Hingegen wirken Abwehrreflexe und Tabuisierungen auf Dauer kontraproduktiv.

11 Hochideologien argumentieren mit teilweise wissenschaftsfähigen Argumenten und bleiben daher auch rationaler Kritik eher zugänglich; Weltanschauungen hingegen fußen auf dogmatisch gesetzten vorwissenschaftlichen Annahmen und beanspruchen globale Weltdeutung.

12 Vgl. Friedrich Hacker, Das Faschismus-Syndrom. Analyse eines aktuellen Phänomens, hrsg. von Doris Mendle-witsch, Frankfurt am Main 1992, S. 5.

Die intellektuelle Neue Rechte und die neue radikale Rechte in Deutschland

I. Die intellektuelle Neue Rechte in Deutschland

Als inhaltlicher Schwerpunkt seiner neuen Regierung war 1982 von Helmut Kohl eine „geistig-moralische Wende“ angekündigt worden. Statt als Renaissance eines rückwärtsgewandten Konservatismus erwies sie sich jedoch eher als dialektischer Versuch, Konservatismus und Fortschritt miteinander zu verbinden, getreu dem Motto: „Konservativ sein heißt, an der Spitze des Fortschritts marschieren“ (Franz Josef Strauß). Seit der sogenannten Tendenzwende zu Beginn der siebziger Jahre, als die in die Opposition geratenen Unionsparteien ihre Rolle dahingehend definierten, ihren Rückstand bei der Besetzung zentraler politischer Begriffe nicht nur aufzuholen, sondern hier auch an den linken Kräften vorbeizuziehen, boomte das Geschäft einer theoretischen Erneuerung des Konservatismus¹. Bald konkurrierten hierbei zwei Linien, die sich einmal als „liberaler und sozialer Konservatismus“, zum andern als „Neokonservatismus“ mit starker Betonung einer ordnenden staatlichen Autorität zu erkennen gaben. Einige politikwissenschaftliche Analytiker machten noch auf eine weitere Richtung aufmerksam, um deren Existenznachweis jedoch – weniger in der Wissenschaft, dafür aber um so mehr in der vor allem konservativen politischen Publizistik – heftige Kämpfe ausgefochten wurden: Eine „Neue Rechte“ bestehe aus eher jungen, politisch interessierten und ausgebildeten Männern und schicke sich an, so behaupteten die einen, über die Wiederaufnahme zentraler Gedanken insbesondere der Konservativen Revolution der Weimarer Republik einer neuen Deutung von Politik, Staat und Volk Durchbruch zu verschaffen, die Abschied nehme von einer republikanischen, weltoffenen diskursiven Politikvorstellung. Dafür orientiere sie sich wieder um so mehr an Kampf, Freund-Feind-Unterscheidung, Ausgrenzung von „störenden“ Minderheiten und dem Bild eines autoritären Staates. Dagegen behaupteten die

1 Vgl. u. a. die von Gerd-Klaus Kaltenbrunner herausgegebene Buchreihe Herder-Initiative; vgl. dazu Wolfgang Gessenharter, *Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien*, München 1994.

anderen, man könne nirgendwo eine nennenswerte Gruppierung auffinden, die sich als „Neue Rechte“ bezeichne (etwa im Gegensatz zu Frankreich). Wohl gebe es vielleicht hier und dort Gruppen und Grüppchen, die sich als junge oder auch etwa als neue Konservative sähen; doch sie seien von geringer strategischer Bedeutung. Ich selbst habe vor knapp zehn Jahren typisierend „die ‚Neue Rechte‘ als Scharnier zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus“ bezeichnet². Mein Vorschlag hat sowohl Beifall gefunden als auch Kritik unterschiedlicher Schärfe erfahren. Letztere, etwa aus dem faschismustheoretischen Lager, hielt dagegen, daß der heutige Rechtsextremismus eine Ausprägung des originären Faschismus sei, es insofern dort keine eigenständige neue Entwicklung gebe.

Besonders nachhaltig ist die Scharnier-Metapher von Pfahl-Traughber kritisiert worden³. Sein Hauptvorwurf, daß ich die Neue Rechte als ein „eigenständiges Phänomen“ zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus darstelle, hängt mit der entscheidenden Differenz zwischen seiner und meiner Verwendung des Begriffes „Neue Rechte“ zusammen. Sie liegt darin, daß er die darunter von ihm gefaßten Phänomene ohne Wenn und Aber dem Rechtsextremismus zuschlägt, wobei er letzteren Begriff ausschließlich normativ-

2 Wolfgang Gessenharter, *Die „Neue Rechte“ als Scharnier zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, in: Rainer Eisfeld/Ingo Müller (Hrsg.), *Gegen Barbarei. Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren*, Frankfurt a. M. 1989, S. 424–452; vgl. ders. (Anm. 1); Günther Bartsch, *Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten*, Freiburg 1975; Iring Fetzer (Hrsg.), *Neokonservative und „Neue Rechte“*, München 1983; Margret Feit, *Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. – New York 1997; Klaus Schönekäs, *Bundesrepublik Deutschland*, in: Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke (Hrsg.), *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich*, Opladen 1990, S. 218–347.

3 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus*, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz*, Opladen 1994, S. 162; ähnlich auch ders., *„Kulturrevolution von rechts“*. Definition, Einstellungen und Gefahrenpotential der intellektuellen „Neuen Rechten“, in: *MUT*, (1996) 351, S. 38; zur differenzierten Entgegnung vgl. Helmut Fröchling/Wolfgang Gessenharter, *Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, (1995) 3, S. 278–283.

verfassungsrechtlich definiert⁴. Die prekäre Verbindung zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus sieht Pfahl-Traugher durchaus und erkennt darin eine „Erosion der Abgrenzung“; ebenso ist ihm „die Existenz eines Bereichs bzw. einer Sphäre“ zwischen beiden nicht unbekannt, er nennt sie jedoch normativ neutral „Brückenspektrum“⁵. Mir scheint, daß damit gegenüber dem Scharnier-Bild ein nur sehr zweifelhafter „Gewinn“ verbunden ist: Die „Neue Rechte“ ist hier normativ eindeutig definiert – und zwar über rein juristische Kriterien – und wird dem Rechtsextremismus zugeschlagen. Empirisch ist damit allerdings genau jenen spannenden Fragen nicht mehr präzise nachzugehen, wie

– tatsächlich nachweisbare Netzwerke von Einzelpersonen, Gruppen, Organisationen und Verlagen über die Zeit hinweg in diesem Bereich agieren,

– diese Verbindungen in den politisch extremen Bereich knüpfen und wieder lockern, um sich bei nächster Gelegenheit wieder der politischen „Mitte“ zu nähern,

– sie oft auch alles daransetzen, die verfassungsrechtliche Grenze zum Rechtsextremismus soweit zu verschieben, daß eben gerade noch keine juristische Nachprüfung erfolgen kann, und

– sie zu anderen Gelegenheiten wiederum – absichtlich zum Zwecke der politischen Mimikry⁶ – ihre Wortwahl so zügeln, daß breites Einverständnis im demokratischen Spektrum erzielt werden kann.

Wer alle diese Bewegungen und Veränderungen völlig unterschiedlichen „Bereichen“ (Rechtsextremismus/Neue Rechte einerseits und demokratische Mitte/Brückenspektrum andererseits) zuschlägt und deren Grenzen obendrein noch ohne Berücksichtigung empirischer Befunde rein normativ-verfassungsrechtlich zementiert, wird blind für die tatsächlichen, auf den ersten Blick sicherlich oft völlig verwirrenden Abläufe. Genau an dieser Stelle zeigt sich nun der entscheidende Unterschied zwischen Pfahl-Traugher und unserer Position: Pfahl-Traugher behält bei seinen Untersuchungen prinzipiell den Blickwinkel des Verfassungsschutzes bei. Weil diese Behörde aber viel stärker an der

Prävention und Aufklärung staatsgefährdender Umtriebe als an der Information der Öffentlichkeit interessiert ist, ist es nur folgerichtig (und unter diesem Gesichtspunkt auch nicht zu tadeln), daß sich dieser Blick eine juristisch möglichst zweifelsfreie Grenzlinie gibt, jenseits derer er dann für seine Staatsschutzfähigkeit legitimiert ist. Ein Verfassungsschutz jedoch, der seine „Erkenntnisse“ nicht (nur) zum Zwecke der Vorbereitung möglicher staatlicher Sanktionen gewinnt, sondern dazu, den öffentlichen politischen Diskussionsprozeß zu bereichern, wird eher an der Analyse aller vielfältigen Verflochtenheiten interessiert sein – nach dem Motto: Der/die beste Verfassungsschützer(in) ist der/die informierte Bürger(in)!⁷

Ob das (eher technische) Bild eines Scharniers für die Neue Rechte wirklich aussagekräftig ist, mag dahingestellt sein; es kam und kommt mir darauf an, einerseits der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Neue Rechte gegenüber der Alten Rechten, dem ‚orthodoxen‘ Rechtsextremismus, offenbar etwas anderes, von ihr getrenntes war und ist, andererseits eine Trennung auch gegenüber dem Konservatismus zu konstatieren – auch dann, wenn er in Gestalt eines Neokonservatismus daherkommt. Gleichzeitig aber ist eben gerade die Verbindung der Neuen Rechten zu beiden, insbesondere zum Rechtsextremismus, das eigentlich Aufregende. Ganz und gar nicht überzeugend ist der Einwand Pfahl-Traughers gegenüber unserer Sichtweise einer Neuen Rechten, daß sie „über keine geschlossene Ideologie“ und „keine einheitliche Organisation“ verfüge⁸. Es ist ja auch diese organisatorische Offenheit, die manche Autoren dazu bringt, von der Neuen Rechten als einer „Bewegung“ zu sprechen⁹. Und daß selbst große Volksparteien selten wirklich über eine „geschlossene Ideologie“ verfügen, ist eine politikwissenschaftliche Binsenweisheit.

II. Überschätzung der Neuen Rechten?

Wer die Neue Rechte nur als Teil des Rechtsextremismus sieht, vermag also viele Akteure und

7 Vgl. dazu demnächst aus der Sicht des Hessischen Verfassungsschutzes Hartmut Ferse, Die Neuen Rechten – Herausforderungen für den Rechtsstaat, in: Wolfgang Gessenharter/ Helmut Fröchling (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland, Opladen 1998 (i. E.).

8 A. Pfahl-Traugher, „Kulturrevolution von rechts“ (Anm. 3), S. 56 f.

9 Vgl. Rainer Benthin, Die Neue Rechte in Deutschland und ihr Einfluß auf den politischen Diskurs der Gegenwart, Frankfurt a. M. 1996.

4 Hans Gerd Jaschke, Streithbare Demokratie und Innere Sicherheit, Opladen 1991, S. 49, hat diese Sicht, die sich der Totalitarismustheorie verdankt, zu Recht „eine entscheidungsorientierte post-festum-Perspektive, der es nicht um die Analyse von politisch-sozialer Wirklichkeit geht, sondern um die Beurteilung vorliegender Fälle nach festgelegten Kriterien“, genannt.

5 A. Pfahl-Traugher (Anm. 3), S. 163.

6 Was der Neurechte Karlheinz Weißmann (Neo-Konservatismus in der Bundesrepublik? Eine Bestandsaufnahme, in: Criticón, (1986) 96, S. 176–179) ausdrücklich als wichtige Strategie für „Konservative“ gefordert hat.

deren Beziehungen, die sich beispielsweise rechts neben und in den Unionsparteien abspielen, nicht wahrzunehmen. Der Vorwurf des „Alarmismus“ denen gegenüber, die gerade dieses Beziehungsgeflecht analysieren wollen, kann insoweit als folgerichtiger Ausdruck der dogmatischen Fixierung der eigenen Sichtbegrenzung gesehen werden¹⁰. Nun hängen sicherlich Veränderungen ideologischer Positionen und politischer Weltbilder von einer Vielzahl von Einflußfaktoren ab. Daß sich inzwischen eine deutlich erkennbare Wirkung neuer ideologischer Positionen in die „Mitte der Gesellschaft“ hinein abzeichnet, ist unübersehbar. Das zeigt sich z. B. in jenen Politikbereichen, in denen ganz unhinterfragt in der Wahrung bzw. Herstellung eines „starken Staates“ gegenüber Bedrohung von verschiedenen „Fronten“ das zentrale Heilmittel gesehen wird. Daß sich darin neuerlicher Einfluß über das politische Freund-Feind-Bild Carl Schmitts nachweisen läßt, ist bereits Gegenstand etlicher Publikationen¹¹. Danach zieht sich etwa ein deutlicher Faden vom Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981 über die Begründung zur Novellierung des Ausländeraufenthaltsgesetzes 1988 hin zu den Diskussionen um die Asylrechtsänderung 1993¹² und den weiteren Versuchen, sogar noch die Rechtswegegarantie (nach Art. 19,4 GG) für Asylbewerber zu kappen. Er besteht in dem – mittlerweile offensichtlich geglückten – Versuch, die Regel der Argumentationslastverteilung (nach Art. 1 GG), wonach nicht vorrangig derjenige seine Argumente zur Prüfung vorzutragen hat, der die Grund- und Menschenrechte verteidigen will, sondern derjenige, der sie glaubt, beschneiden oder gar beseitigen zu sollen, zu verändern¹³. Diese Veränderung betreibt –

10 Vgl. Eckhard Jesse, *Fließende Grenzen zum Rechtsextremismus? Zur Debatte über Brückenspektren, Grauzonen, Vernetzungen und Scharniere am rechten Rand – Mythos und Realität*, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, PVS-Sonderheft, 27 (1996), Opladen 1996, S. 514–529; A. Pfahl-Traugber 1996 (Anm. 3), S. 36–57.

11 Vgl. Lutz Hoffmann, *Die unvollendete Republik*, Köln 1990; Dieter Oberndörfer, *Die offene Republik*, Freiburg 1991; W. Gessenharter (Anm. 1); Hans-Gerd Jaschke, *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, Opladen 1994; Friedbert Pflüger, *Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder*, Düsseldorf 1994; Heribert Prantl, *Deutschland – leicht entflammbar*, München – Wien 1994; Michael Minkenberg, *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*, Habilitation Göttingen 1997, Opladen 1998 (i. E.).

12 Vgl. dazu den kritischen Aufsatz von Alfons Söllner, *Asylpolitik, Fremdenfeindschaft und die Krise der demokratischen Kultur in Deutschland – eine zeitgeschichtliche Analyse*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 7. Jg., Baden-Baden 1995.

13 Art. 1 GG (Abs. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“) bringt unmißverständlich die Vorrang-

gewollt oder ungewollt – auch derjenige, der glaubt, dem Staat eine Nation gegenüber- bzw. sogar voranstellen zu sollen, die für die Staatsbürger erst die emotionalen Bindekräfte bereithalte, welche das „kalte Projekt der Demokratie“ (Ralf Dahrendorf) nicht zur Verfügung stelle. Die Forderung des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Wolfgang Schäuble¹⁴, daß Deutschland von seinen Bürgerinnen und Bürgern als „Not- und Schicksalsgemeinschaft“ zu akzeptieren sei, beinhaltet letztlich die politische Ein- und Unterordnung der Menschen in das politische Kollektiv¹⁵. Nicht nur Kommunitaristen versuchen seit einiger Zeit, ein derartiges Nationsverständnis in Frage zu stellen, sondern auch jene, die auf einer Vorstellung von Demokratie beharren, die über die ritualisierten Wahlakte der „Wahlbevölkerung“ weit hinausgeht¹⁶.

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Diskussion um den Lauschangriff hat ein hoher Richter auf ähnliche Zusammenhänge besorgt aufmerksam gemacht, als er den Blick von den praktischen Fragen der neuen Regelung weg- und auf die grundsätzliche Seite hinlenkte und hier „einen weiteren Stein in einem Puzzle der Umwertung der Grundrechte“ erblickte¹⁷. Und wie schon bei der Änderung des Asylrechts ebenfalls hohe Bundesrichter der Neuregelung Unausgegorenheit und ideologische Voreingenommenheit sowie hohen Politikern unverantwortliches Reden (z. B. vom „Staatsnotstand“) in bissigen Worten attestierten¹⁸, so auch hier: „Der Eifer und die Emotion

stellung „des Menschen“ gegenüber dem Staat im ständig prekären Verhältnis Individuum – politisches Kollektiv zum Ausdruck.

14 Wolfgang Schäuble, *Und der Zukunft zugewandt*, Berlin 1994².

15 So wird es dann auch nicht verwundern, daß, um nur ein einziges Beispiel zu nennen, der Heeresinspekteur der Bundeswehr in einem Artikel der Welt am Sonntag vom 25. 1. 1998, S. 6, eben jene „Not- und Schicksalsgemeinschaft“ beschwören kann, ohne damit Aufsehen zu erregen. Ende der sechziger Jahre führte die Formulierung „Not-, Schicksals- und Kampfgemeinschaft“ und das damit verbundene Denken noch zu einer verschärften Generalskrise, die zur vorzeitigen Pensionierung hoher Generale führte. Vgl. Klaus Heßler (Hrsg.), *Militär – Gehorsam – Meinung*, Berlin – New York 1971; Hans Fred Krause, *Das Konzept der Inneren Führung und die Hochschulen der Bundeswehr*, Bochum 1979; Wolfgang R. Vogt (Hrsg.), *Streitkräfte im Wandel der Gesellschaft*, Bd. 1: *Militär als Gegenkultur?*, Bd. 2: *Militär als Lebenswelt*, Opladen 1986, 1988.

16 Für ein derartiges Plädoyer, das allerdings nicht nur auf die kommunale Ebene beschränkt bleiben muß, vgl. Wolfgang Gessenharter, *Warum neue Beteiligungsmodelle auf kommunaler Ebene? Kommunalpolitik zwischen Globalisierung und Demokratisierung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 50/1996, S. 3–13.

17 So der Präsident des Bundesgerichtshofs, Karlmann Geiß, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 15. 1. 1998.

18 So u. a. der damalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Roman Herzog sowie der Richter am Bundes-

auf allen Seiten habe „die Ruhe und den Verstand verdrängt.“¹⁹ Haben sich erst einmal in den Köpfen Bedrohungsszenarien und Befürchtungen um die Homogenität Deutschlands eingenistet und wird Multikulturalität zum Schreckgespenst, dann werden praktische Probleme zu Fragen des Fortbestandes der Nation hochstilisiert, bei denen sich Kritiker manchmal ganz schnell in der Rolle von „Vaterlandsverrätern“ wiederfinden. Haben da nicht diejenigen recht, für die inzwischen „der politische Gesamtkonsens der deutschen Demokratie ein gutes Stück weiter nach rechts gerückt ist“²⁰?

III. Zur Situation der neuen radikalen Rechten in Deutschland

Diese Frage läßt sich mit unserem heutigen Wissen nicht schlankweg bejahen. Jürgen Falter u. a. weisen sogar für die Blütezeit der „Republikaner“ (REP) mit dem Hinweis auf die international durchschnittliche Höhe rechter Einstellungspotentiale und rechter Wahlerfolge Befürchtungen zurück, daß es „alarmierende Vorzeichen eines neuen deutschen Sonderweges“ gäbe; vielmehr könne man, verglichen mit Europa, „eher einen Prozeß der Normalisierung“ in Deutschland feststellen²¹. Sieht man sich jedoch die in Deutschland gegenüber anderen europäischen Ländern deutliche Zunahme von rechten Protestaktionen (die als Vorstufe zum Rechtsradikalismus gedeutet werden können) an²², könnte man allerdings wiederum zum gegenteiligen Ergebnis kommen. Schon diese wenigen Hinweise zeigen, daß es nötig ist, einen Gesamtblick zu entwickeln, der bei der Analyse einseitige Urteile eher verhindern kann. Um diesen Gesamtblick zu erhalten, bewegt sich insbesondere die international vergleichende empirische Forschung offenbar in die Richtung, bei ihrer Analyse des rechten Spektrums Paradigmen der Bewegungsforschung aufzunehmen. So kann man etwa auf der strukturellen Ebene (und nach dem

Modell konzentrischer Kreise) zwischen Bewegungseliten (z. B. Neue Rechte), Basisaktivisten (Parteien, Organisationen), Unterstützern (Gewalt-, dabei u. a. Skinheadszene) und Sympathisanten (z. B. rechtes Wählerpotential) unterscheiden²³. Inwiefern innerhalb dieser neuen radikalen Rechten²⁴ Vernetzungen vorliegen, muß im einzelnen geklärt werden, ebenso, welche Strategien und Aktionsrepertoires den verschiedenen Ebenen zur Verfügung stehen. Dabei gilt es, die Kontext- oder Gelegenheitsstrukturen für die neue radikale Rechte zu analysieren, zu denen neben anderen einerseits die Bedingungen der „streitbaren Demokratie“, andererseits aber auch die Offenheit der politischen Mitte für neurechte Argumente gehören.

Historisch verdankt sich die neue radikale Rechte jener entscheidenden Zäsur, die sich bereits am Anfang der siebziger Jahre im Selbstverständnis junger Rechter widerspiegelte. Die Veränderungen am Ende der sechziger Jahre mit den studentischen Unruhen und Forderungen nach mehr Demokratie, nach Emanzipation und stärkerer Liberalisierung, mit Wertewandel, der Entstehung einer neuen Linken und einer neuen Politik, oft auch interpretiert als vorläufiger Höhepunkt einer tiefgreifenden Modernisierung²⁵ – alle diese Veränderungen erfuhren nicht nur Unterstützung, sondern teilweise auch radikale Ablehnung, und das nicht nur in Deutschland. In einer die USA, Frankreich und Deutschland vergleichenden Studie kann Minkenberg²⁶ nachweisen, daß sich – bei allen historischen

verfassungsgericht Jürgen Kühling in: Der Spiegel vom 5. 10. 1992 und 16. 11. 1992, zit. in: W. Gessenharter (Anm. 1), S. 246 f.

19 K. Geiß (Anm. 17).

20 So die Einschätzung von A. Söllner (Anm. 12), S. 55.

21 Vgl. Jürgen W. Falter/Markus Klein/Siegfried Schumann, Politische Konflikte, Wählerverhalten und die Struktur des Parteienwettbewerbs, in: Oscar W. Gabriel/Frank Bretschneider (Hrsg.), Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, Opladen 1994², S. 218. Ähnlich auch Jürgen W. Falter/Markus Klein, The Mass Basis of the Extreme Right in Contemporary Europe in a Comparative Perspective, in: Research on Democracy and Society, (1996) 3, S. 41–61.

22 Vgl. M. Minkenberg (Anm. 11), Schaubild 7.4, S. 340.

23 Vgl. Dieter Rucht, Modernisierung und neue soziale Bewegungen, Frankfurt a. M. – New York 1994, S. 76 ff.; Kai-Uwe Hellmann/Ruud Koopmans (Hrsg.), Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen 1998 (i. E.).

24 Es versteht sich von selbst, daß dieser Gesamtbereich durchaus jenes Feld überschreiten kann, das – unter normativen Kriterien sinnvoll – als Rechtsextremismus bezeichnet wird. Da dem Verfassungsschutz in Deutschland rein faktisch eine Art Monopolstellung bei der Definition von Rechts-Extremismus vorbehalten ist, erscheint es sinnvoll, auf einen anderen Begriff für den oben genannten weiteren rechten Bereich zurückzugreifen. Mit Minkenberg u. a. – vgl. M. Minkenberg (Anm. 11) und dortige Literatur – verwende ich dafür den Begriff „neue radikale Rechte“. Von Rechts-Extremismus soll dementsprechend nur dann gesprochen werden, wenn ausdrücklich der Verstoß gegen den verfassungsrechtlichen Normbereich angesprochen ist, wie etwa in W. Gessenharter (Anm. 1), S. 63 ff. Die „Neue Rechte“ im Sinne der intellektuellen Rechten ist dementsprechend ein Teil der neuen radikalen Rechten, nämlich die im Text genannten Bewegungseliten. Ausführlicher dazu: W. Gessenharter/H. Fröchling (Anm. 7).

25 Vgl. D. Rucht (Anm. 23), S. 51–59; Bernhard Weßels, Politisierung entlang neuer Konfliktlinien?, in: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 205–230.

26 Vgl. M. Minkenberg (Anm. 11).

und politisch-kulturellen Unterschieden im einzelnen – die Grundmuster gleichen: Als „Gegenmodell zur Agenda der Neuen Linken“²⁷ entwickelte sich eine neue radikale Rechte, die sich gerade in Deutschland bewußt von jenen Rechten löste, die noch persönlich in die NS-Zeit verstrickt waren und einer „Alten Politik“ zugerechnet werden konnten. Diese „Alte Politik“ mit ihrer Links-rechts-Unterscheidung zentriert sich dabei vor allem um Streitfragen wie Wirtschaftswachstum, Stabilität und Sicherheit im sozioökonomischen und politischen Bereich, betriebliche Mitbestimmung, staatliche Wirtschaftslenkung und Angleichung der Einkommen²⁸.

Unbeschadet aller Kritik an der Materialismus-Postmaterialismus-Dichotomie Ronald Ingleharts²⁹ lassen sich auch in Deutschland unabhängig von der Partei- oder Schichtzugehörigkeit Menschen mit „materialistischem“ Werteprofil finden, für die materielle Sicherheit, Gegnerschaft zu freiheitlicher und emanzipatorischer Politik und damit Präferenz für eher autoritäre Politik charakteristisch sind. Spätestens das Aufkommen von Wertewandelprozessen machte deutlich, daß eine einfache Links-rechts-Achse für die Lokalisierung der deutschen Parteien nicht mehr ausreichte – und dies ganz besonders nach dem Eintritt der Grünen in die Parteienlandschaft. Dasselbe zeigte sich auch auf der Ebene der politischen Debatten: Kernenergie und Ökologie, Friedens- und Abrüstungsprozesse, Minderheiten- und Emanzipationsfragen, Abtreibung und vor allem Multikulturalismus wurden zu Themen, die sich nicht mehr eindeutig auf dem Links-rechts-Spektrum der „Alten Politik“ verorten ließen, jedoch auf der „Neuen Politik“-Achse klar polarisierten. Auf der Einstellungsebene ergibt sich ähnliches: SPD-Anhänger mit Einstellungen zur „Alten Politik“ befinden sich auf der linken, CDU/CSU-Anhänger auf der rechten Seite des politischen Spektrums; gleichzeitig aber finden sich unter SPD-Anhängern neulinks und auch, wengleich relativ wenige, neurechts eingestellte Menschen; die Neurechten finden sich insgesamt mehr bei der CDU und noch mehr bei der CSU wieder³⁰, und selbstverständlich auch bei den Rechtsaußen-Parteien. Mit Daten von 1992 läßt sich ganz deutlich zeigen, daß REP- und Grünen-Wähler im Parteienspektrum die entscheidenden Antipoden sind: Überall dort, wo die REP-Wähler vom Durchschnitt

27 Ders., Die Neue Radikale Rechte im Vergleich: Frankreich und Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1997) 1, S. 145.

28 Vgl. dazu ders. (Anm. 11), S. 247.

29 Vgl. u. a. Helmut Klages/Hans-Jürgen Hippler/Willi Herbert (Hrsg.), Werte und Wandel: Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition, Frankfurt a. M. 1992.

30 Vgl. M. Minkenberg (Anm. 11), S. 265 und Tab. 6.11.

erheblich nach oben abweichen, weichen die Grünen stark nach unten ab und umgekehrt. So ist es für die REP-Wähler ganz besonders wichtig, „das Ausländerproblem zu lösen“, „Ruhe und Ordnung wiederherzustellen“ und „steigende Preise zu bekämpfen“. Diese Forderungen finden die Grünen-Anhänger besonders wenig wichtig, wohingegen sich die Präferenzen beim Thema „Umweltschutz“ spiegelbildlich verkehren³¹.

Falsch wäre es aber wiederum, nur auf Gegensätzlichkeiten zwischen diesen beiden Wählerschaften zu warten: So ist die Freude über das Ende der deutschen Teilung gleich unterdurchschnittlich gering und wird nur noch von der PDS-Klientel unterboten³². Ein ähnliches Bild ergibt sich aus Daten zur Wertorientierung von Wählern der REP (alte Bundesländer): Während etwa diese Klientel fast ähnlich wenig wie die der Grünen und der SPD die ökonomische Gewinnverteilung als „gerecht“ ansieht und sich hierbei relativ deutlich von der FDP- und noch mehr von der CDU/CSU-Wählerschaft unterscheidet, stehen die REP-Wähler bei der „postmaterialistischen Wertorientierung“ (mit ganz geringer Ausprägung) diametral den Grünen-Wählern gegenüber, ebenso bei der Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Skala und bei der geringeren Einschätzung von Selbständigkeit gegenüber Gehorsam³³. Zusammenfassend stellt Minkenberg fest, daß „das neurechte Einstellungspotential als klassen- und parteiübergreifender Gegenpol zur Agenda der Neuen Linken, der neuen sozialen Bewegungen und ... der Grünen, somit als Gegner dieser Träger einer spezifischen Modernisierung gelten“ kann, wobei es sich inhaltlich „als ein Gefühl der Verunsicherung und der sozialen und ökonomischen Marginalisierung, zugespitzt im Bedrohungsszenario der Einwanderung und gekoppelt mit materialistischen Wertepreferenzen und einer politischen Entfremdung“ darstellt³⁴.

Es läßt sich nachweisen, daß diese ideologische Gegnerschaft im rechten Lager sowohl auf Parteebene, auf der Ebene der intellektuellen „Wortführer“³⁵, des Wählerpotentials und der Sympathisanten als auch bis in die rechten Organisationen, neonazistischen Gruppen und subkulturellen, gewaltorientierten Milieus hinein mehr oder minder

31 Vgl. ebd., S. 364 und Tab. 7.30.

32 Vgl. ebd., S. 366 und Tab. 7.31.

33 Vgl. Wolfgang Jagodzinski/Steffen Kühnel, Werte und Ideologien im Parteienwettbewerb, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteidemokratie in Deutschland, Bonn 1997, Tab. 1, S. 214.

34 M. Minkenberg (Anm. 11), S. 267 und 367.

35 Thomas A. Herz, Rechtsradikalismus und die „Basiserzählung“. Wandlungen in der politischen Kultur Deutschlands, in: J. W. Falter/H.-G. Jaschke/J. R. Winkler (Anm. 10), S. 500.

ausgeprägt existiert. In diesen Kampf („Gegen 1968!“) ist aber auch noch jener „Gegen 1789!“, also gegen „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“ einbezogen, der sich dann in der Zielvorstellung einer möglichst homogenen Nation, eines möglichst starken Staates und einer abwertenden Abgrenzung gegen alles „Fremde“ verdichtet³⁶. Inwieweit dieser ideologische Rahmen einen die oben genannten Ebenen gemeinsam mobilisierenden „frame“ bildet und inwieweit diese auch strukturell miteinander vernetzt sind bzw. sich zunehmend vernetzen und insofern (schon) gegenwärtig eine veritable „rechte Bewegung“ darstellen, ist derzeit durchaus noch umstritten³⁷. Festzuhalten bleibt jedoch, daß die neue radikale Rechte also nicht durch unpolitische Desperados und ideologische „Dumpfbacken“ charakterisiert ist, sondern daß wir politisch rechte Einstellungen erwarten können, die sich heute überwiegend als im oben erläuterten Sinne „neurechts“ darstellen. Damit wenden wir den Blick wieder zurück auf die neue intellektuelle Rechte, also auf jene Ideologieproduzenten und -multiplikatoren, deren Produkte in der neuen radikalen Rechten auf Widerhall stoßen, wobei es selbstverständlich unterschiedliche Formen und Intensitäten der Rezeption gibt und durchaus nicht ein monolithisch-einheitlicher „frame“ erwartet werden sollte. Im folgenden Fallbeispiel steht weniger die Interaktion zwischen Ideologieproduzenten und dem Geflecht der neuen radikalen Rechten im Mittelpunkt als vielmehr ihr Versuch, die gesellschaftliche und politische „Mitte“ in ihre Weltsicht und Netzwerke einzubeziehen.

IV. Die Neue Rechte als Mobilisierungsagent: Ein Fallbeispiel

Dies soll exemplarisch und mit Hilfe des „framing“-Ansatzes aus der Bewegungsforschung an einem Fall untersucht werden, der im Frühjahr 1995 für Aufregung sorgte³⁸. Am 8. Mai 1995 jährte sich zum fünfzigsten Male die bedingungs-

lose deutsche Kapitulation und damit das Ende des Zweiten Weltkriegs. Zehn Jahre vorher hatte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker von diesem Tag als einem „Tag der Befreiung“ gesprochen und damit in der rechten Szene Entrüstung hervorgerufen, weil diese Bewertung alle Gewalt ausblende, die in den nachfolgenden Vertreibungsjahren seitens der Siegermächte an den Deutschen verübt worden sei. Es war also zu erwarten, daß dieser Tag auch 1995 umstritten sein würde. Hinzu kam, daß seit 1989 immer heftiger darüber diskutiert wurde, welche Identität denn das vereinte Deutschland haben solle, worauf ein Sammelband aus dem neurechten und nationalkonservativen Bereich die Antwort schon im Titel trug: „Die selbstbewußte Nation“³⁹. Die Herausgeber dieses Bandes, Ulrich Schacht und Heimo Schwilk, dazu Rainer Zitelmann und Klaus Rainer Röhl, verfaßten einen Appell, der am 7. April 1995 in der FAZ erschien: „8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen“. Dieser Vorgang läßt sich mit Hilfe des „framing“-Ansatzes⁴⁰ gerade hinsichtlich seiner Mobilisierungsfunktion differenziert analysieren, ging es doch laut eigener Bekundung den Autoren um die „Formierung eines alternativen Meinungslagers“⁴¹.

Um die Mobilisierung einer bestimmten Klientel zu erreichen, muß ein Problem in einer Weise öffentlich inszeniert werden, daß Verantwortliche für dieses Problem benannt werden, die absichtlich ihre eigenen, partikulären Interessen gegen die eigentliche Mehrheit durchsetzen wollen, wogegen es nötig sei, sich zu wehren. Es wird also in dem Aufruf mit einem Zitat des allseits geehrten ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss begonnen und im Vergleich dazu die Bezeichnung des 8. Mai als „Tag der Befreiung“ durch „Medien und Politiker“ (gemeint sind „Linksliberale“ wie von Weizsäcker,

extremismus in Deutschland heute nötig und doch so schwierig?, in: W. Gessenharter/H. Fröchling (Anm. 7).

39 Zu diesem Band, der als Manifest einer Neuen Rechten bezeichnet werden kann, vgl. Wolfgang Gessenharter, Utopien der „Neuen Rechten“. Thesen zum aktuellen Diskussionsstand, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 34 (1995) 135, S. 40–48. Zum scharf neurechten Gehalt bei Heimo Schwilk vgl. Wolfgang Gessenharter, Herausforderungen zur Jahrtausendwende: Kann „Nation“ die Antwort sein?, in: Christoph Butterwegge (Hrsg.), NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland. Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zur politischen Bildung, Baden-Baden 1997, S. 141–171, insbes. S. 162–171.

40 Vgl. K. U. Hellmann/R. Koopmans (Anm. 23).

41 So in: Junge Freiheit vom 7. 4. 1995. Schon mit ihrem „Berliner Appell“ vom 28. 9. 1994, etwa zeitgleich mit dem Erscheinen ihres Bandes „Die selbstbewußte Nation“, wollten die Herausgeber, laut Junge Freiheit vom 30. 9. 1994, die „Konservativen in die Offensive zwingen. Was als ‚rechte Selbstbeschwörung‘ (taz) beginnt, könnte in einer bisher ungekannten geistigen Mobilisierung enden.“

36 Vgl. M. Minckenberg (Anm. 11); Oscar W. Gabriel, Rechtsextreme Einstellungen in Europa, in: J. W. Falter/H.-G. Jaschke/J. R. Winkler (Anm. 10), S. 344–360.

37 Vgl. Berliner Debatte INITIAL, (1996) 1; Ruud Koopmans/Dieter Rucht, Rechtsextremismus als soziale Bewegung?, in: J. W. Falter/H.-G. Jaschke/J. R. Winkler (Anm. 10), S. 265–287; K. U. Hellmann/R. Koopmans (Anm. 23).

38 Eine ausführliche und den „framing“-Ansatz differenzierter vorstellende Analyse erscheint demnächst von Wolfgang Gessenharter, Rückruf zur „selbstbewußten Nation“. Analyse eines neurechten frame aus bewegungstheoretischer Sicht, in: K. U. Hellmann/R. Koopmans (Anm. 23); diesen Ansatz in eine differenziertere Analyse der neuen radikalen Rechten einzubinden versuche ich in dem Aufsatz: Wolfgang Gessenharter, Warum ist die Neuermessung des Rechts-

Rita Süßmuth, „Der Spiegel“ usw.) als „einseitig“ charakterisiert. Das Vergessenmachenwollen von späterem Vertreibungsterror gegen Deutsche schaffe ein Geschichtsbild, das „nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein“ könne, weil es „Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder relativiert“. Mit diesen Formulierungen versuchen die Autoren an zentralen Empfindungen ihrer Klientel anzuknüpfen, wobei eine gewisse thematische Reichweite eingehalten sein muß, um den Kreis der Adressaten nicht zu schmälern. Daß der Appell mit dem Hinweis auf die „selbstbewußte Nation“ offenbar über genügend Zentralität und Reichweite verfügte, zeigte die Unterschriftenliste, die, mit über dreihundert Namen, mehr oder weniger bekannte Persönlichkeiten aus dem Unionslager bis in den rechtsextremen Bereich zusammenführte⁴². Als sich jedoch im Zusammenhang mit der öffentlichen Aufregung über diesen Appell und seine Unterstützer mehrere prominente Politiker distanzieren und gerade im konservativen Bereich die Kritik zunahm, veröffentlichten die Autoren zwei weitere Aufrufe, die auf dem ersten beruhten, jedoch einen weiteren zentralen Begriff aufnahmen, nämlich den der „political correctness“.

Über den Appell an die gemeinsame Erfahrung, nämlich, erstens, sofort und immer linken Diffamierungskampagnen ausgesetzt zu sein und, zweitens, auch diesmal wieder ein Einknicken der Unionsführung (das auch „schon den ‚Fall Heitmann‘ kennzeichnete“) erleben zu müssen⁴³, versuchten die Autoren, jenen rechtskonservativen und neu-rechten Bereich noch schärfer zu mobilisieren, der einerseits seit langem die CDU wegen der Nichteinlösung der „geistig-moralischen Wende“ kritisiert, andererseits aber nicht mit Rechtsextremen in einen Topf geworfen werden will. Für letzteren Zweck wehrte sich der erste Folgeaufruf (FAZ vom 28. 4. 1995) gegen alle Vorwürfe, man habe versucht, die NS-Verbrechen zu relativieren. In

42 Wenn Heimo Schwilk, Rechte Demokraten oder Wer sind die 89er?, in: Ulrich Schacht/Heimo Schwilk, Für eine Berliner Republik, München 1997, S. 222, nur auf „zwei Republikaner“ hinweist, die neben „anderen zahlreichen konservativen Persönlichkeiten“ mitunterscriben hätten, verschweigt er beispielsweise die beiden Generalsbrüder Franz und Reinhard Uhle-Wettler, die seit ihrer Pensionierung regelmäßig in Zeitschriften publizieren, die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft werden, wie z. B. den „Staatsbriefen“, und sich im rechtsextremen Raum engagieren, wie z. B. in der „Gesellschaft für freie Publizistik“. Vgl. dazu Franziska Hunseder, Feuer unterm Dach der Demokratie, in: IG Medien Forum (1997) 11–12, S. 8–12; Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 267 u. passim; vgl. ferner W. Gessenharter (Anm. 1), S. 128, 158.

43 So sagte Alfred Dregger (CDU) auf Drängen der Unionspitze seine Rede bei der im Rahmen dieser Kampagne geplanten Veranstaltung in München kurzfristig ab.

der Tat gingen daraufhin manche Rechtsextreme endgültig auf Distanz⁴⁴, während die Autoren im zweiten Folgeaufruf von dem „ungeheuren Zuspruch, der uns aus allen Schichten der Bevölkerung erreicht hat“, sprachen. Ein knappes Jahr später faßte Schwilk den Erfolg dieser Kampagne zusammen: Für die geplante Münchner Gedenkveranstaltung hätten sich „mehr als 3 000 Teilnehmer angemeldet, darunter viele CSU-Mitglieder, Burschenschaften, Vertreter der Jungen Union und Vertriebene aus allen Teilen des Landes. Erstmals war es der Neuen Rechten gelungen, eine Massenbasis zu mobilisieren, was den Medien trotz aller Hysterien Respekt abnötigte und die etablierten Parteien in Unruhe versetzte.“ Er erwähnt sodann eine Einschätzung der Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann, die einer „von Zitelmann, Schacht und Schwilk repräsentierten“ Rechtspartei einen Stimmenanteil von 15 bis 20 Prozent (voraussagt). Bei einem von Wahl zu Wahl wachsenden Nichtwähleranteil, der seine Interessen im bestehenden Parteiengefüge nicht mehr repräsentiert fühlt, ist dies eine optimistische, aber keineswegs unrealistische Prognose.⁴⁵

Auf dem Schritt in diese Zukunft, nämlich die „Haiderisierung“ der Bundesrepublik, hängen zwar die Neuen Rechten (noch?) deutlich zurück: So scheiterte etwa Ulrich Schacht mit einer Bürgerschaftskandidatur für den von Manfred Brunner gegründeten „Bund freier Bürger“ (BFB) in Hamburg ziemlich kläglich⁴⁶, und die FDP hat sich in den letzten Wochen des „nationalen“ Flügels in Berlin (Alexander von Stahl, Rainer Zitelmann) und in Hessen (Heiner Kappel) erwehren können. Es bleibt aber abzuwarten, wie sich die Neugründung „Bund freier Bürger – die Freiheitlichen/Offensive für Deutschland“ von Brunner und Kappel in die Parteienlandschaft einfügen wird. Unbestreitbar erscheint mir jedoch, daß die Neue Rechte im politisch-kulturellen Bereich der „Mitte“ über weit mehr Einfluß verfügt als im parteipolitischen Spektrum. Und hier sei ausnahmsweise einem Ideologen der Neuen Rechten zugestimmt: „Kurzfristiger politischer – nämlich parteipolitischer – Erfolg ohne metapolitische Dominanz, ohne entsprechende Kulturrevolution also, ist wertlos.“⁴⁷ Gerade deshalb ist es an der Zeit, diese Kulturrevolution von rechts endlich wirklich ernst zu nehmen.

44 So etwa die NPD zu den „feinen ‚wertkonservativen‘ Kräften“, vgl. Deutsche Stimme. Nationaldemokratische Zeitung vom 5. 5. 1995, S. 1.

45 H. Schwilk (Anm. 42), S. 222 f.

46 Der BFB erhielt bei der Bürgerschaftswahl vom 21. 9. 1997 gerade einmal 10 914 Stimmen = 1,3 Prozent.

47 Andreas Mölzer, Konservative Strategie und metapolitische Option, in: Junge Freiheit, Nr. 19/95, S. 11.

Rechtsextremismus in Deutschland Ideologien, Organisationen und Strategien

I. Einleitung

„Rechtsextremismus“ gehört zu den besonders umstrittenen Begriffen der politischen Sprache. Er dient als Kampfvokabel in polemischen Auseinandersetzungen, findet aber auch in seriösen Studien Verwendung. In der wissenschaftlichen Literatur ist er weit verbreitet, jedoch nicht unangefochten, zumal sehr Verschiedenes darunter verstanden wird. Der definitorische Zuschnitt hängt wesentlich von – oft unausgesprochenen – gesellschaftspolitischen Positionen und methodologischen Grundannahmen ab¹. Wer von Rechtsextremismus redet, muß daher genau sagen, was er darunter versteht, damit Verständigungsschwierigkeiten und der Verdacht politischer Instrumentalisierung vermieden werden.

Rechtsextremismus gilt im folgenden als eine Form des politischen Extremismus². Unter politischem Extremismus werden – im einzelnen sehr unterschiedliche – Gesinnungen und Bestrebungen zusammengefaßt, die sich in kämpferischer Form gegen grundlegende Werte, Spielregeln und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates (wie die Idee der Menschenrechte, die aus ihnen abgeleiteten Grundrechte, den politischen Pluralismus und das gewaltenteilige Institutionengefüge des Rechtsstaates) richten. Antidemokratische, anti-konstitutionelle, antipluralistische, parteienfeindliche und antiparlamentarische Orientierungen stehen in engem Zusammenhang mit strukturellen Besonderheiten politischen Denkens, die allen Extremismen gemeinsam sind: z. B. dem Anspruch auf einen überlegenen Zugang zur Erkenntnis des politisch Wahren und Richtigen; der Angst vor der gesellschaftlichen Vielfalt und der Sehnsucht nach gemeinschaftlicher Einheit; der Immunisierung gegenüber widerstreitenden Fakten und Argumenten; der Neigung zur Totalkritik allen Bestehenden;

dem Hang zum Dogmatismus; der Unduldsamkeit gegenüber Andersdenkenden; der Neigung, jeden Standpunkt bis zum Äußersten zu treiben.

Das Kompositum „Rechtsextremismus“ verbindet den Extremismusbegriff mit der seit der Französischen Revolution geläufig gewordenen Rechts-Links-Dichotomie. In deren Mittelpunkt steht das unterschiedliche Verhältnis politischer Strömungen zum Gleichheitsprinzip³. Zwischen gemäßigten Sozialisten, Liberalen und Liberalkonservativen hat im Laufe zweier Jahrhunderte ein so intensiver Ideenaustausch stattgefunden, daß die Unterscheidungskraft des Gegensatzpaares heute zu Recht bezweifelt wird. An den äußersten Enden des politischen Spektrums wirkt die Antithese jedoch erhellender: Während der Linksextremismus (Anarchismus, Kommunismus) dazu neigt, das Gleichheitsprinzip auf die Spitze zu treiben und es auf alle Lebensbereiche auszudehnen, negiert der Rechtsextremismus auch die Wurzel des modernen Gleichheitsverständnisses: das Ethos fundamentaler Menschengleichheit als eine der geistigen Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates. In der Gegenwart äußert sich Rechtsextremismus häufig in der einseitigen Höherbewertung der eigenen „Ethnie“, „Rasse“ oder „Nation“ (Ethnozentrismus, Rassismus, Nationalismus) und in der Herabminderung von als „andersartig“ und „fremd“ geltenden Gruppen (Fremdenfeindlichkeit, Xenophobie, Heterophobie, Antisemitismus).

Der Begriff des Rechtsextremismus als einer gegen das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit (Menschenrechte) gerichteten Form des politischen Extremismus (gemäß dem Selbstverständnis!) ist – wie die meisten Schlüsselbegriffe der historisch-politischen Sprache – umstritten. Die einen lehnen den im Extremismusbegriff enthaltenen Rechts-links-Vergleich grundsätzlich ab, weil er wesentlich Ungleiches auf einen gemeinsa-

1 Eine Übersicht zur Vielfalt der Definitionen gibt: Cas Mudde, *The War of Words Defining the Extreme Right Party Family*, in: *West European Politics*, 19 (1996) 2, S. 225–248.

2 Vgl. Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989; ders./Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1996⁴, S. 40–60.

3 Vgl. Norberto Bobbio, *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*, Berlin 1994. Vgl. dazu die kritische Auseinandersetzung mit Bobbios Thesen bei: Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Die Rechts-Links-Unterscheidung – Betrachtungen zu ihrer Geschichte, Logik, Leistungsfähigkeit und Problematik*, in: dies. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 13–38.

men Nenner bringe⁴; die anderen wenden sich gegen die Verwendung normativer Typusbegriffe als solcher und suchen nach einer Theorie, die „Rechtsextremismus“ als Resultat sozialer Prozesse lückenlos zu erklären vermag⁵. Wieder andere verengen den Begriff auf historische Vorbilder wie das NS-Regime und behindern damit seine Anwendung im Rahmen epochen- und länderübergreifender Analysen⁶. Wer Rechtsextremismus statt dessen als zugleich antiegalitäre und antiliberaler Reaktion auf Liberalisierung und Demokratisierung begreift, ordnet die betreffenden Phänomene in einen weitreichenden historisch-ideologiegeschichtlichen Zusammenhang ein, verankert den Begriff in einer unverrückbaren normativen Basis, stellt eine Vergleichsgrundlage gegenüber anderen Abwehrbewegungen her und entgeht der Versuchung einer ahistorischen Reduktion auf sozialpathologische Prozesse.

Wirft die Definition des Rechtsextremismus schon in der Theorie beträchtliche Schwierigkeiten auf, treten diese erst recht bei der praktischen Anwendung zutage. Keinesfalls reicht es aus, daß sich bestimmte Individuen und Gruppen selbst politisch weit rechts verorten. Vielmehr müssen sie in ihrem ideologisch-programmatischen Erscheinungsbild wesentlichen Merkmalen des Begriffs entsprechen. Bei kleinen dogmatischen Gruppierungen ist diese Einordnung zumeist einfacher vorzunehmen als bei großen Wahlbewegungen, die in breitere Anhänger- und Wählerschichten vordringen. Gleiches gilt für publizistische Projekte (Zeitungen, Zeitschriften), an denen Autoren unterschiedlicher Couleur mitarbeiten (können). Bei der Behandlung derartiger Phänomene ist das Etikett „rechtsextrem“ mitunter zu pauschal. Statt dessen wird dann – so auch in der folgenden Darstellung – von „nationalistischen“, „national-populistischen“ Tendenzen, Bestrebungen etc. gesprochen, denen jedenfalls eine starke Affinität zum

Rechtsextremismus zugesprochen werden muß, ohne daß dies jedoch für sie in toto zuträfe.

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick zum gegenwärtigen Rechtsextremismus in Deutschland. Der Schwerpunkt liegt auf den organisiert auftretenden Formen. Dabei wird ihr Entstehungshintergrund beleuchtet, ihre ideologische Bandbreite durchgemessen, die Art ihres politischen Verhaltens und ihrer Vereinigungen beschrieben. Die Frage nach möglichen Ursachen rechtsextremer Bestrebungen bleibt im Hintergrund. Die Betrachtung beginnt mit einer Auslotung des rechtsextremen Einstellungspotentials, wendet sich sodann den verschiedenen Wahlorganisationen zu, beleuchtet danach die „Szenen“ zumeist jugendlicher Militanz, die Publikationsforen der „Neuen Rechten“ und des „Revisionismus“, um mit einer knappen Sichtung der Größenordnungen auf europäischer Ebene zu schließen. Der Überblick in seiner gedrungenen Form läßt viele Einzelphänomene außer acht und bleibt gezwungenermaßen unvollständig. Für eine vertiefende Beschäftigung mit der Materie enthalten die Fußnoten zahlreiche Hinweise.

II. Einstellungspotential

Der sich direkt oder indirekt am historischen Modell des Nationalsozialismus orientierende Rechtsextremismus wurde im westlichen Nachkriegsdeutschland sozial geächtet und isoliert. Auch diejenigen Gruppierungen der äußersten Rechten, die sich in Teilen vom NS-Regime und seiner Praxis abgrenzten, aber zugleich dessen „gute Seiten“ hervorhoben und gegen „pauschale Kritik“ verteidigten, konnten sich nur in einem subkulturellen Rahmen entfalten⁷. Im totalitären System des SED-Staates, der den Antifaschismus zur Staatsdoktrin erhob, fehlte es auch dafür an politischem Freiraum. Erst in der Spätphase vor dem Zusammenbruch von 1989 gelangten rechtsextreme Töne insbesondere im Umfeld von Jugendgruppen an die Öffentlichkeit⁸.

In dieser Situation könnte der organisierte Rechtsextremismus nur die Spitze eines Eisberges sein. Wesentliche Teile des rechtsextremen Einstel-

4 Vgl. für diese Position Helga Grebing, Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung, Stuttgart 1971; Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996, S. 64–78.

5 In diese Richtung gehen etwa die Bemühungen von: Jürgen R. Winkler, Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/ders. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996, S. 25–48.

6 Vgl. z. B. die Definition bei Wolfgang Benz, Organisierter Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Überblick 1945–1984, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 38 (1987), S. 90–104, hier S. 91. Den historischen Faschismus nimmt zum Maßstab einer Definition: Piero Ignazi, Les extrêmes droites en Europe, in: Pascal Perrineau/Colette Ysmal (Hrsg.), Le vote des douze. Les élections européennes de juin 1994, Paris 1995, S. 123–152, hier S. 125.

7 Vgl. Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, 2 Bde., Opladen 1984.

8 Vgl. Loni Niederländer, Zu den Ursachen rechtsradikaler Tendenzen in der DDR, in: Neue Justiz, 44 (1990) 1, S. 16–18; Bernd Siegler, Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin 1991.

lungspotentials artikulierten sich nicht offen und wurden bei Wahlen von den großen demokratischen Parteien integriert. Nur selten gelang es rechtsextremen Wahlformationen, größere Bevölkerungskreise zu mobilisieren. Zudem wandelte sich die politische Kultur im westlichen Deutschland in Richtung auf mehr Offenheit und Liberalität⁹. Doch gingen Meinungsforscher von einem fortbestehenden, weit über den Kreis der Wähler rechtsextremer Parteien hinausreichenden Einstellungspotential aus. Eine im Auftrag des Bundeskanzleramts 1979/80 durchgeführte Untersuchung des SINUS-Instituts kam gar zu dem Ergebnis, 13 Prozent der westdeutschen Bevölkerung verfügten über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, 37 Prozent wiesen autoritäre Einstellungen auf und seien für rechtsextreme Propaganda empfänglich¹⁰. Zwar stießen diese Feststellungen auf massive methodische Kritik; doch bestätigten viele andere Untersuchungen jedenfalls die Tendenzaussage, wonach das rechtsextreme Einstellungspotential weit über den Kreis der bei Wahlen von rechtsextremen Parteien bislang mobilisierten Bevölkerungskreise hinausreichte¹¹. Daß die deutsche Vereinigung dazu keinen positiven Beitrag leisten konnte, dürfte unumstritten sein. Doch kam der höhere Anteil autoritärer Verhaltensdispositionen in der Bevölkerung der neuen Bundesländer bislang eher der PDS als den Rechtsaußenparteien zugute. Für Gesamtdeutschland bezifferte der Mainzer Wahlforscher Jürgen Falter 1994 den Anteil von Wählern, die ein „relativ geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild“ besäßen, bei den Unionsparteien auf 20 Prozent, bei der SPD auf 14 Prozent und bei den Nichtwählern auf 17 Prozent¹².

An der weitgehenden, von meinungsführenden Schichten getragenen gesellschaftlichen Isolation des Rechtsextremismus hat sich seit der deutschen Vereinigung nichts geändert. Dies zeigt beispielsweise das Ergebnis einer Meinungsbefragung aus dem Jahr 1992. Bei der Frage nach Personengruppen, die man nicht gerne als Nachbarn haben

wolle, setzten die meisten die Gruppe der Rechts-extremisten an die oberste Stelle (77 Prozent), vor Drogenabhängigen (67 Prozent), Trunksüchtigen (66 Prozent) und Linksextremisten (61 Prozent)¹³.

Die Subkulturen der „Skinheads“ und der „Faschos/Neonazis“ sind laut den Ergebnissen der Shell-Jugendstudie 1997 die bei Jugendlichen am schärfsten abgelehnten Gruppen. Nur kleine Minderheiten äußerten Sympathie (Skinheads: 2 Prozent, Faschos/Neonazis 2 Prozent) für beide Phänomene oder zählten sich gar selbst dazu (Skinheads: 1 Prozent, Faschos/Neonazis 0 Prozent)¹⁴. Die Jugendforscherin Ursula Höffmann-Lange kommt in einer neueren Untersuchung zu dem Ergebnis, es lasse sich „unter den jungen Menschen in Deutschland kein zahlenmäßig bedeutsames rechtes Einstellungspotential ausmachen“¹⁵. Zwar seien fremdenfeindliche Ressentiments in erheblicher Größenordnung festzustellen, doch gingen sie in der Regel nicht mit einer extrem rechten Grundhaltung in anderen Fragen einher.

III. Wahlbewegungen

In Deutschland blieben bislang wesentliche Bedingungen unerfüllt, die eine wahlpolitische Mobilisation des Einstellungspotentials ermöglichen. Das politische System erwies sich als ausreichend integrationsfähig. Die „etablierten“ Parteien verstanden es, auch Wähler mit rechtsextremen Neigungen zu „bedienen“ und die ihnen wichtig erscheinenden Themen zu „besetzen“. Dem „nationalen Lager“ gelang es nicht, mit attraktiven Themen, einer zugkräftigen Führung und einer effektiven Organisation aus der relativen sozialen Isolation auszubrechen, breitere Wählerschichten zu erschließen und dauerhaft an sich zu binden.

Die Geschichte nationalistischer und national-populistischer Wahlbewegungen im Nachkriegsdeutschland ist bis heute im wesentlichen eine Abfolge von Niederlagen¹⁶. Zwar konnten ein-

9 Weite Teile der Forschung teilen die These vom Rückgang autoritärer Traditionselemente. Vgl. David P. Conradt, *Changing German Political Culture*, in: Gabriel A. Almond/Sidney Verba (Hrsg.), *The Civic Culture Revisited*, Boston 1980, S. 212–272.

10 Vgl. 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, mit einem Vorwort von Martin Greiffenhagen, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 78–93.

11 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung*, Bonn 1993, S. 165–201.

12 Vgl. Jürgen W. Falter, *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*, München 1994, S. 158.

13 Vgl. Edgar Piel, *Spuren der NS-Ideologie im Nachkriegsdeutschland*, in: Heinrich Oberreuter/Jürgen Weber (Hrsg.), *Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland*, München–Landsberg am Lech 1996, S. 167.

14 Vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), *Jugend '97. Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Gesamtkonzeption und Koordination*: Arthur Fischer/Richard Münchmaier, Opladen 1997, S. 372 f.

15 Ursula Hoffmann-Lange, *Das rechte Einstellungspotential in der deutschen Jugend*, in: J. W. Falter/H.-G. Jaschke/J. R. Winkler (Anm. 5), S. 121–137, hier S. 135.

16 Vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkun-*

zelne Parteien wiederholt auf Länderebene die Fünfprozenthürde überwinden; aber solche Durchbrüche ließen sich nicht konsolidieren und auf die gesamtstaatliche Ebene ausdehnen. 1951 sorgte die von ehemaligen NSDAP-Funktionären gegründete „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) mit 11 Prozent in Niedersachsen und 7,7 Prozent in Bremen für Aufsehen. Doch wurde sie im folgenden Jahr verboten. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahren zog die stärker deutsch-nationalistische als nationalsozialistische „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) in zahlreiche Länderparlamente ein, scheiterte jedoch bei der Bundestagswahl von 1969 an der Fünfprozentmarke. In den Folgejahren verlor die Partei rasch an Anhängerschaft und sank in ihren Wahlergebnissen auf die Ebene von Zehntelprozentpunkten herab. Hatte sie auf ihrem Höhepunkt über 25 000 Mitglieder, ist sie inzwischen nahezu in die Bedeutungslosigkeit zurückgefallen (Ende 1996: 3 500)¹⁷.

Dauerhafte Erfolge bei Wahlen konnte auch die ursprünglich (1971) als Auffangbecken für enttäuschte NPD-Anhänger gegründete „Deutsche Volksunion“ (DVU) nicht erzielen. 1987 als Partei konstituiert, sorgte die von dem Münchener Verleger („Deutsche National-Zeitung“) Gerhard Frey straff geführte Organisation zeitweilig im „hohen Norden“ für Furore (Bremen 1991: 6,2 Prozent, Schleswig-Holstein 1992: 6,3 Prozent). Mangels sozialer Verankerung „vor Ort“ und ohne größeren Aktivistenstamm (das Gros der Ende 1996 immerhin 15 000 Mitglieder zählenden Partei entfaltet über die Lektüre der Frey-Presseprodukte hinaus kaum Aktivitäten) ließen sich diese Erfolge jedoch nicht auf Dauer stabilisieren. Die DVU-Fraktionen traten vor allem durch politische Machenschaften und Inkompetenz in der Öffentlichkeit hervor¹⁸ und überdauerten, untereinander heillos zerstritten, nicht einmal die Hälfte der Legislaturperiode. Das jüngste DVU-Ergebnis bei der Senatswahl in Hamburg vom September 1997 (4,9 Prozent der Stimmen) wäre ohne die Schwäche der „Republikaner“ (REP), die bei den Wahlen zuvor deutlich vor der DVU gelegen hatten

(1993: REP 4,8 Prozent, DVU 2,8 Prozent), nicht zustande gekommen¹⁹.

Nicht so sehr mit dem Namen der DVU als mit dem der REP verbindet sich die dritte Mobilisationswelle von Rechtsaußenparteien im Nachkriegsdeutschland. Sie begann mit dem REP-Erfolg in Westberlin im Januar 1989 (7,5 Prozent der Stimmen) und erreichte ihre Höhepunkte bei der Europawahl im selben Jahr (7,1 Prozent) und den beiden aufeinander folgenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg von 1992 (10,9 Prozent) und 1996 (9,1 Prozent). Die REP-Wähler waren in ihrer Mehrzahl männlich, verfügten über eine relativ geringe formale Bildung und eine überdurchschnittliche Repräsentanz in den Berufsgruppen der Arbeiter, Selbständigen und Landwirte. Viele Anzeichen deuteten darauf hin, daß es sich überwiegend um – objektive oder subjektive – „Modernisierungsverlierer“ handelte, also Personen, die sich durch den sozialen und ökonomischen Wandel in ihrer beruflichen Existenz gefährdet sahen²⁰.

Den REP gelang es nicht, ihre Wahlerfolge zu konsolidieren und eine Stammwählerschaft aufzubauen. Zwischen den Erfolgen lagen so viele Niederlagen, daß sich keine auf die Bundesebene ausgreifende Dynamik entfalten konnte. Bei den Bundestagswahlen von 1990 und 1994 blieben die REP weit von der Fünfprozentmarke entfernt (2,1 und 1,9 Prozent der Zweitstimmen). Die 1983 gegründete, lange Zeit von dem ehemaligen Fernsehmoderator Franz Schönhuber geleitete Partei konnte nicht von der deutschen Vereinigung profitieren. Im Gegenteil: Das nationale Ereignis stärkte zeitweilig die Integrationskraft der Regierungsparteien. Ein weiteres mobilisationsträchtiges Thema: die „Asylantenflut“ mit sprunghaft steigenden Zahlen von Asylsuchenden Anfang der neunziger Jahre, wurde durch den Asylkompromiß der beiden Volksparteien (Sommer 1993) „entschärft“. Zudem gelang es der Partei nicht hinreichend, sich bei diesem Problemkomplex als kompetent auszuweisen²¹.

Obwohl die von Abtrünnigen der bayerischen CSU gegründeten REP im Vergleich zu NPD und DVU ein moderateres Erscheinungsbild boten, ideologische Affinitäten zur NS-Ideologie und

gen, Frankfurt a. M. 1994; Eckhard Jesse, Rechtsextremistische Parteien in Deutschland 1945 bis 1995. Ein Vergleich zwischen der SRP, der NPD und den REP, in: Historische Mitteilungen, 9 (1996) 2, S. 189–202; Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen, Opladen 1989.

17 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1996, Bonn 1997, S. 134.

18 Vgl. Norbert Lepszy/Hans-Joachim Veen, in Zusammenarbeit mit Stefan Beil, „Republikaner“ und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament, Interne Studien und Berichte Nr. 63, erweiterte 2. Fassung, Sankt Augustin 1994, S. 84–102.

19 Vgl. Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg.), Analyse der Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen '97, Hamburger Statistische Porträts, Bd. 4, Hamburg 1997, S. 43 f., 52.

20 Vgl. J. W. Falter (Anm. 12), S. 157 f.

21 Die Mobilisationskraft der Asylthematik für eine Partei vom Schlage der REP unterstreichen: Markus Klein/Jürgen W. Falter, Die dritte Welle rechtsextremer Wahlerfolge in der Bundesrepublik Deutschland, in: J. W. Falter/H.-G. Jaschke/J. R. Winkler (Anm. 5), S. 288–312.

zum Deutschnationalismus weit schwächer ausfielen und sie nicht müde wurden, ihre Treue zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu betonen²², blieben sie politisch und gesellschaftlich weitgehend isoliert. Ihre Versuche, Ressentiments gegen Ausländer zu schüren und auszubeuten, stießen auf Ablehnung und riefen zum Teil militante Reaktionen „antifaschistischer“ Gruppierungen hervor. Der Populismus (Ausnützung „volkstümlicher“ Themen, charismatische Führung, Mobilisation des „wahren Volkswillens“ gegen „die da oben“) verlief weitgehend im Sande, da man sich einem unauflösbaren Dilemma gegenüber sah: Die glaubwürdige Präsentation als verfassungstreue Kraft erforderte eine Distanzierung von der „alten Rechten“ (wie NPD und DVU), deren Führungen und Anhänger man jedoch hätte gewinnen und „einbinden“ müssen, um eine Bündelung der verfügbaren Kräfte zu erreichen. Vor allem dieses strategische Problem führte Ende 1994 zum Rücktritt des langjährigen charismatischen Parteichefs, Franz Schönhuber, der entgegen früherer Bekundungen in einem Alleingang das Bündnis mit der DVU gesucht hatte, ohne sich des Rückhalts seiner Partei zu versichern. Die schon zuvor mit dem Austritt führender Parteirepräsentanten ausgebrochene Krise ließ die Zahl der Mitglieder sinken. Doch konnte sich trotz mannigfacher Versuche keine parteipolitische Alternative formieren. Dem REP-Vorsitzenden Schlierer gelang es statt dessen, den organisatorischen Niedergang zu stoppen. Trotz des leichten Stimmenrückgangs wirkte sich der Erhalt der REP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg (Wahlen vom Mai 1996) stabilisierend aus. Auf dem Parteitag in Dietmannsried im Oktober 1997 wurde die Zahl von 15 000 Mitgliedern genannt (nach Parteiangaben waren es im Januar 1990 25 000 gewesen).

Die REP boten seit ihren ersten Erfolgen ein Bild innerparteilicher Zerrissenheit. Personelle Querelen und ideologisch-strategische Konflikte reihten sich aneinander. Sie sind bis heute im wesentlichen eine süddeutsche Regionalpartei (mit Schwerpunkten in Bayern und Baden-Württemberg) geblieben. In den Gebieten nördlich der Mainlinie haben sie kaum Fuß gefaßt²³. Von der relativen organisatorischen Schwäche zeugt u. a. die nur bescheiden ausgebildete Parteipresse. Das Parteiorgan „Der Republikaner“ konnte zeitweilig nur unregelmäßig erscheinen und ist ein eher belanglo-

22 Vgl. Uwe Backes, Ideologie und Programmatik rechtsextremer Parteien – Unterschiede und Gemeinsamkeiten, in: ebd., S. 376–387.

23 Vgl. zur organisatorischen Entwicklung Eckhard Fäscher, Die politischen Erfolgsaussichten der „Republikaner“ in Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 28 (1997), S. 21–29.

ses Mitteilungsblatt geblieben. Für den Aufbau einer Jugendorganisation wurden viele erfolglose Anläufe unternommen. Die „Republikanische Jugend“ (RJ) hat jedoch bis heute keine nennenswerten Aktivitäten entfaltet. Regsamere erscheinen der „Republikanische Bund der öffentlichen Bediensteten“ (RepBB) und der „Republikanische Bund der Frauen“ (RBF). Für neuen Sprengstoff dürfte die Entscheidung des REP-Vorsitzenden Schlierer sorgen, künftig enger mit dem „Front National“ (FN) in Frankreich zusammenzuarbeiten. Dies läßt sich schwerlich mit der konsequenten Abgrenzung gegenüber DVU und NPD vereinbaren.

Angesichts der Situation bei den REP mehrten sich alternative Versuche einer „nationalen Sammlung“. Vielerorts fanden überparteiliche „Runde Tische“ statt. Die von ehemaligen NPD- und REP-Funktionären im Oktober 1991 ins Leben gerufene „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH; Ende 1996 ca. 800 Mitglieder) gab 1996 ihren Parteistatus auf, um künftig hoch selbstloser als Katalysator einer breiten rechten Synthese wirken zu können. An Bestrebungen dieser Art beteiligte sich auch Franz Schönhuber, der 1995 den REP den Rücken gekehrt hatte und rege publizistische Aktivitäten (u. a. als Kolumnist der Monatszeitschrift „Nation + Europa“) entfaltete. Anfang November 1997 trat er auf einer Europakundgebung in Kösching bei Ingolstadt als Redner auf, an der Seite des früheren REP-Europaabgeordneten Harald Neubauer, des FN-Politikers Yvan Blot und des Vorsitzenden des flämisch-nationalistischen „Vlaams Blok“, Frank Vanhecke.

IV. Militante „Szenen“

Während die genannten Parteien ihre politischen Ziele in erster Linie durch die Beteiligung an Wahlen zu realisieren suchen und sich im allgemeinen gesetzestreu verhalten, neigen militante Vereinigungen zumeist jugendlicher Aktivisten zu spektakulären, provokativen „Aktionen“ und scheuen vielfach auch vor direkter Gewaltanwendung nicht zurück. Die Parteien des „nationalen Lagers“ gelten in den militanten Milieus weithin als lasch, zahnlos und lahm. Umgekehrt lassen sich rechtsextreme jugendliche Aktivisten nur schwer parteipolitisch integrieren und stellen für die betreffenden Wahlorganisationen wegen des Verstoßes gegen Strafgesetze (u. a. Propagandadelikte) und der damit verbundenen negativen Medienberichterstattung ein ständiges Problem dar.

Rechtsextreme Militanz geht insbesondere von zwei überwiegend jugendlich geprägten Subkulturen aus: den „Szenen“ der Neonationalsozialisten und der „Skinheads“. Zwischen beiden Bereichen gibt es Berührungspunkte und Überschneidungen; insbesondere haben Neo-NS-Anhänger in der Vergangenheit immer wieder versucht, Nachwuchs aus der Skinhead-„Szene“ zu rekrutieren. Im wesentlichen handelt es sich jedoch um zwei separate Phänomene mit verschiedenartiger Entstehungsgeschichte und unterschiedlichem Erscheinungsbild.

Die Neo-NS-„Szene“ bildete sich in der Zerfallsphase der NPD Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre heraus, als enttäuschte Anhänger ihr Heil im politischen Aktionismus suchten und in ihrer Programmatik an bestimmte Formen des historischen Nationalsozialismus (Hitlerismus, Strasserismus) anknüpften. Die „Szene“ trat überwiegend durch provokative „Aktionen“ (Hitlergruß, Verwendung von NS-Symbolen und -Uniformen, Verhöhnung der Opfer des NS-Regimes, „Auschwitzlüge“, antisemitische Schmierereien) in der Öffentlichkeit hervor. Einzelne Personen und Gruppen gingen von propagandistischen Aktivitäten zu systematischer Gewaltanwendung über (z. B. Oktoberfestanschlag, „Deutsche Aktionsgruppen“, „Hepp-Kexel-Gruppe“)²⁴.

Täter aus der Neo-NS-„Szene“ spielten bei der Gewaltwelle seit Anfang der neunziger Jahre allerdings nur eine Nebenrolle. Wenn sich die Serie der Vereinigungsverbote seither hauptsächlich gegen derartige Zusammenschlüsse richtete, so ist dies in erster Linie als eine Form symbolischer Politik zu werten, mit der in der Öffentlichkeit Entschlossenheit bei der Bekämpfung fremdenfeindlicher Gewalt demonstriert werden sollte. Zudem fand man nur hier die für Verbotverfahren erforderlichen formalisierten Organisationsstrukturen vor. In den neunziger Jahren wurden bisher 13 neonationalsozialistische Gruppierungen auf Bundes- und Landesebene verboten, zuletzt die in Brandenburg aktive „Kameradschaft Oberhavel“ im August 1997. Manche Vereinigungen, zumeist straff hierarchisch nach dem Führerprinzip organisiert, verfügten über weniger als 100 Mitglieder, keine überstieg die Grenze von 500.

24 Vgl. zur Entwicklung der neonationalsozialistischen „Szene“: Uwe Backes/Patrick Moreau, Die extreme Rechte in Deutschland. Geschichte – gegenwärtige Gefahren – Ursachen – Gegenmaßnahmen, München 1994²; Werner Bergmann/Rainer Erb (Hrsg.), Neonazismus und rechte Subkultur, Berlin 1994; Peter Dudek, Jugendliche Rechtsextremisten zwischen Hakenkreuz und Odalsrune. 1945 bis heute, Köln 1985; Bernhard Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995, S. 231–330.

Ob eine systematische Verbotspolitik gegen neonationalsozialistische Gruppierungen zur Gewaltein-dämmung beiträgt, erscheint fraglich. Zweifellos wird die „Szene“ dadurch verunsichert; manche Aktivisten kehren ihr den Rücken. Die Mehrzahl sucht jedoch Zuflucht zu anderen Betätigungsformen: im Rahmen legaler Organisationen (z. B. der seit 1991 bestehenden Berliner Vereinigung „Die Nationalen“ oder der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“), in der Form informeller Vernetzung mittels moderner Kommunikationsmittel (Internet, Mailboxen, Infotelephone) oder auch in „autonomen Kameradschaften“ und konspirativen Zusammenschlüssen. Die Gefahr, daß Teile der „Szene“ durch Verbote in den (terroristischen) Untergrund gedrängt werden, ist nicht von der Hand zu weisen, auch wenn die gelegentlich beschworene „Braune Armee Fraktion“ derzeit ein journalistisches Phantasiegebilde darstellt²⁵.

Die Zahl rechtsextremer, zumeist fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten stieg Anfang der neunziger Jahre sprunghaft an: 1990: 309, 1991: 1 492, 1992: 2 639. Zahlreiche Faktoren trugen zu dieser Entwicklung bei: die durch stark anwachsende Asylbewerberzahlen ausgelöste öffentliche Diskussion mit ihren Reizvokabeln („Asylantenschwemme“, „Wirtschaftsasyllanten“ etc.), die angespannte soziale und sozialpsychologische Situation vor allem in den neuen Bundesländern, die Gewalteskalation an Orten wie Hoyerswerda (Sachsen) und Rostock mit ihrer Signalwirkung auf gewaltbereite Jugendliche, eine anfänglich hilflos erscheinende Polizei, die effekthascherische Berichterstattung mancher Medien usw. Seither ging das Ausmaß rechtsextrem motivierter Gewalt – auch wegen des verstärkten Einsatzes der Sicherheitskräfte – wieder deutlich zurück, hielt sich aber auf hohem Niveau (1993: 2 232, 1994: 1 489, 1995: 837, 1996: 781). In den ersten sieben Monaten des Jahres 1997 nahm die Gewalt gegenüber den Vorjahresmonaten sogar wieder zu²⁶. Von den in den Jahren 1991 bis 1994 verurteilten Tätern war nur eine kleine Minderheit älter als 30 Jahre. 78 Prozent waren unter 21 Jahren. Von den zu 99 Prozent männlichen Tätern befanden sich 46 Prozent noch in der Ausbildung, 56 Prozent standen in einem Arbeitsverhältnis, 4 Prozent waren Angestellte oder Angehörige der Bundeswehr, 22 Prozent arbeitslos²⁷. Nur in wenigen Fällen lagen den

25 Vgl. Armin Pfahl-Traugber, Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotmaßnahmen, in: U. Backes/E. Jesse (Anm. 3), S. 156–173.

26 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lagebild, akt. Aufl., Köln 1997, S. 8 f.

27 Vgl. Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 1994, Bonn 1995, S. 93 f.

Sicherheitsbehörden Informationen über die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation vor. Nicht Neonationalsozialisten, sondern Mitglieder von Skinhead-Gruppen stellten das Gros der Täter. Ein Trierer Forscherteam bezifferte deren Anteil auf 37,9 Prozent²⁸. In einer Vielzahl der Fälle war eine Zuordnung zu bestimmten Gruppierungen indes nicht möglich.

Die Skinhead-„Szene“ ist ein Import aus Großbritannien²⁹. Die ersten Gruppen Ende der sechziger Jahre grenzten sich mit Stoppelkopf und Arbeiterkleidung von den Langhaarmähnen und Gammelklamotten der „Blumenkinder“ ab. Dem „peace and love“-Gebaren setzten sie ein eher martialisches Erscheinungsbild entgegen: Bomberjacken, schweres Schuhwerk, Tätowierungen, Ketten und Totenkopfabzeichen. Für die meisten Anhänger war das Gruppenerlebnis und der gemeinschaftliche Musik- und Alkoholkonsum wichtiger als Politik. Doch formierte sich in den siebziger Jahren auch eine Strömung, die das autoritäre Auftreten mit rechtsextremen Parolen programmatisch untermauerte. Die einflußreiche Gruppe „Skrewdriver“ um Ian Stuart Donaldson arbeitete einige Jahre mit der nationalrevolutionären „British National Front“ zusammen und gehörte deren „White Noise Club“ an. Erst Anfang der achtziger Jahre breitete sich die Subkultur auf dem Kontinent und in beiden Teilen Deutschlands aus. Bald bildeten sich deutsche Skinhead-Bands wie die Frankfurter „Böhsen Onkelz“. Das Gros der „Szene“ zeigte sich, von autoritärem Gehabe abgesehen, politisch eher uninteressiert und frönte vorwiegend dem Musik- und Alkoholkonsum („Oi-Skins“). Ein Teil engagierte sich im rechtsextremen Sinne und wurde zum bevorzugten Ansprechpartner der Neo-NS-„Szene“ („Faschos“) – mit bescheidenem Erfolg. Eine Minderheit fühlte sich dagegen eher linken Ideen verbunden und machte gegen rechtsextremes Auftreten Front („Redskins“, „Skinheads Against Racial Prejudice“ – S.H.A.R.P.). Die „Szene“ der rechtsextremen und fremdenfeindlichen Skinheads entwickelte überwiegend keine

formalisierten Organisationsstrukturen, sondern bestand aus lockeren lokalen Cliques ohne Programmatik und Planung. Fremdenfeindliche Anschläge geschahen zumeist spontan und unter Alkoholeinfluß. Unter dem Eindruck der Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Szenemitglieder zogen sich manche Aktive zurück oder veränderten ihr äußeres Erscheinungsbild. Doch entstanden auch fester organisierte Gruppierungen. Ein Beispiel hierfür bietet der im September 1995 in Pfronten gegründete Verein „Skinheads Allgäu“. Etwa drei Viertel seiner 43 Gründungsmitglieder waren bereits als politisch motivierte Straftäter in Erscheinung getreten³⁰. Der Verein wurde im Juli 1996 verboten.

V. „Neue Rechte“ und „Revisionismus“

„Neue Rechte“ ist ein in den letzten Jahren vielgebrauchter und oft mißbrauchter Begriff³¹. Er suggeriert Gefahren für den demokratischen Verfassungsstaat, wird aber als politische Kampfvokabel oft auch auf Phänomene angewandt, die keineswegs pauschal als rechtsextrem gelten können, z. B. die neoliberale Wirtschaftprogrammatik („Thatcherismus“) oder die national-konservative Kritik an der europäischen Integration. Auch national-populistische Parteien vom Schlage der REP gelten gelegentlich als „Neue Rechte“.

Im Zusammenhang mit dem Thema „Rechtsextremismus“ läßt sich die Formel vor allem auf Prozesse ideologischer Modernisierung und Intellektualisierung im Rahmen rechtsextremer Publikationsforen anwenden, deren Autoren vorzugsweise an Konzepte der sogenannten „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik anknüpfen. Hierbei steht nicht selten die zeitweilig stark beachtete französische „Nouvelle Droite“ Pate, deren Konzept des „Ethnopluralismus“ vielfältig rezipiert worden ist³². Zu den in diesem Sinne wirkenden Periodika zählen die Coburger

28 Vgl. Helmut Willems/Stefanie Würtz/Roland Eckert, Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen, unter Mitarbeit von Manfred Lerch und Linda Steinmetz, Forschungsbericht, vorgelegt dem Bundesministerium für Frauen und Jugend und der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Juni 1993, Bonn 1993, S. 31.

29 Vgl. zur Entwicklung vor allem: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Skinheads, Köln o. J. (1993); Klaus Farin in: (Hrsg.), Skinhead. A Way of Life. Eine Jugendbewegung stellt sich selbst dar, Hamburg 1996. In vergleichender Perspektive: Uwe Backes, Links- und rechtsextreme Gewalt in Deutschland. Unterschiede und Gemeinsamkeiten, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz (Hrsg.), Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, Baden-Baden 1997, S. 169–192.

30 Vgl. Innenministerium Baden-Württemberg, Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1995, Stuttgart 1996, S. 33.

31 Vgl. Alexander Gallus, Für und wider eine „Erosion der Abgrenzung“. Der politische Extremismus aus vergleichend-historischer Perspektive, in: Ralf Altenhof/Eckhard Jesse (Hrsg.), Das wiedervereinigte Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven, Düsseldorf 1995, S. 69–98; Eckhard Jesse, Fließende Grenzen zum Rechtsextremismus? Zur Debatte über Brückenspektren, Grauzonen, Vernetzungen und Scharniere am rechten Rand – Mythos und Realität, in: J. W. Falter/H.-G. Jaschke/J. R. Winkler (Anm. 5), S. 514–529.

32 Vgl. Klaus Schönekas, Bundesrepublik Deutschland, in: Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke/ders., Neue Rechte und

Monatsschrift „Nation + Europa“, das von Manfred Rouhs zweimal im Monat herausgegebene Blatt „Europa vorn“ und die von Hans Ulrich Sander monatlich edierte Zeitschrift „Staatsbriefe“. Sie dürften zusammengenommen nicht einmal eine verkaufte Auflage von 50 000 erreichen. Von Krisen geschüttelt ist die seit 1994 in Berlin erscheinende Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Der von Chefredakteur Dieter Stein eingeschlagene Kurs verbaler und inhaltlicher Mäßigung ließ die Zahl der zeitweilig über 10 000 Abonnenten deutlich sinken. Das Blatt ist nicht pauschal als rechtsextrem einzustufen: Seriöse Artikel mit hohem Informationsgehalt stehen neben ideologisch eingefärbten Kommentaren. Die Autoren decken politisch ein Spektrum ab, das von national-konservativen bis zu national-revolutionären Positionen reicht. Gemeinsamer Gegner sind die als „antinational“ geltenden Kräfte, zu denen mehr oder weniger alle „etablierten“ Parteien gerechnet werden. Bezeichnenderweise widmet das Organ den Sammlungsbestrebungen rechts von der Union große Aufmerksamkeit.

Insgesamt scheint es sich bei der „Neuen Rechten“ um ein weit überschätztes Phänomen zu handeln, das weder im Hinblick auf seine intellektuelle Originalität noch auf seine öffentliche Wirkung den Erwartungen entspricht. Buchtitel wie „Kippt die Republik?“³³ sind jedenfalls unangemessen. Jedoch könnte die Strömung wesentlich an Bedeutung gewinnen, wenn der europäische Integrationsprozeß (mit der bevorstehenden Währungsunion) zu weiteren ernsthaften Belastungen der sozialen und ökonomischen Lage der Bevölkerung führen würde.

Obwohl es Überschneidungen gibt, hat die „Neue Rechte“ mit dem sogenannten „Revisionismus“ vor allem das vorwiegend publizistische und agitatorische Wirken gemeinsam. Wegen der Vieldeutigkeit des Revisionismusbegriffs wird seit einigen Jahren gelegentlich zwischen dem Bestreben nach Revision bestimmter Geschichtsbilder im allgemeinen (z. B. die Relativierung der deutschen Kriegsschuld) und dem „Negationismus“ als der Leugnung oder Verharmlosung der nationalsozialistischen Massenvernichtungsmaßnahmen gegen die Juden („Auschwitzlüge“ etc.) unterschieden. Der Negationismus hat nicht zuletzt wegen der gegen einzelne seiner Verfechter geführten Prozesse in der rechtsextremen Publizistik an Bedeutung gewonnen. Die wichtigsten „Gutachten“, in denen die Existenz von Gaskammern zur Massen-

vernichtung von Menschen geleugnet oder zumindest stark in Zweifel gezogen wird, sind im Rahmen der Verteidigung vor Gericht entstanden („Leuchter-Gutachten“ von 1988, „Rudolf-Gutachten“ von 1992). Sie bestehen aus einem nicht nur für geschichtswissenschaftliche Laien schwer entwirrbaren Geflecht aus Dichtung und Wahrheit³⁴. Da ihre Herstellung und Verbreitung in Deutschland verboten ist, werden sie zumeist aus dem Ausland eingeschleust und in interessierten Kreisen verbreitet.

VI. Vergleichende Schlußbetrachtung

Aufgrund der Massenverbrechen des NS-Regimes und der verheerenden Folgen des von ihm angezettelten Krieges gilt Deutschland noch heute vielfach als Brutstätte und Hochburg des Rechtsextremismus und wird vom Ausland entsprechend mißtrauisch beobachtet. Dabei äußern sich nicht selten Ressentiments und übertriebene Befürchtungen, die der hiesigen politischen Lage nicht annähernd gerecht werden.

Gewiß gibt es in der deutschen Bevölkerung fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen beträchtlichen Ausmaßes. Doch ist davon kein europäisches Land völlig frei. Eurobarometer-Umfragen zeigen, daß Deutschland in dieser Hinsicht keinen Spitzenrang belegt und selbst von alt-eingesessenen Verfassungsstaaten überrundet wird³⁵. Wie ein Blick auf die Wahlergebnisse im Nachkriegseuropa zeigt, stellte Deutschland gerade wegen der „Last der Vergangenheit“ ein eher „schwieriges Gelände für den Rechtsextremismus“³⁶ dar. Auch von den Erfolgswellen der letzten zehn bis fünfzehn Jahre haben deutsche Formationen nur in bescheidener Weise profitieren können. Im Gegensatz zu Staaten wie Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Italien blieb ihnen eine parlamentarische Vertretung auf nationaler Ebene versagt. Mit einer Mischung aus Neid

Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Opladen 1990, S. 218–349.

33 Wolfgang Gessenharter, *Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien*, München 1994.

34 Vgl. zur Auseinandersetzung mit derartigen Schriften: Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Benz/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), *Wahrheit und „Auschwitz-Lüge“*. Zur Bekämpfung „revisionistischer“ Propaganda, Wien 1995; Armin Pfahl-Traughber, *Die Apologeten der „Auschwitz-Lüge“ – Bedeutung und Entwicklung der Holocaust-Leugnung im Rechtsextremismus*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 8, Baden-Baden 1996, S. 75–101.

35 Vgl. Oscar W. Gabriel, *Rechtsextreme Einstellungen in Europa: Struktur, Entwicklung und Verhaltensimplikationen*; Manfred Küchler, *Xenophobie im internationalen Vergleich*, beide in: J. W. Falter/H.-G. Jaschke/J. R. Winkler (Anm. 5), S. 344–360, 248–262.

36 Vgl. J. W. Falter (Anm. 12), S. 19.

und Bewunderung blickt das deutsche „nationale Lager“ auf das Nachbarland Frankreich, wo es dem „Front National“ Jean-Marie Le Pen gelungen ist, sich einen festen Wähleranteil von deutlich über zehn Prozent der Stimmen zu erobern und sich organisatorisch nahezu flächendeckend auszubreiten³⁷. Davon weiß man sich in Deutschland zur Zeit weit entfernt.

Die mangelnde wahlpolitische Durchschlagskraft des „nationalen Lagers“ hat jedoch auch Schattenseiten. Das Beispiel Frankreich zeigt, daß erfolgreiche Wahlbewegungen militante „Szenen“ bis zu einem gewissen Grad zu integrieren vermögen. Die von rechtsextremen Gruppierungen ausgehende Gewalt hält sich dort seit Jahren in vergleichsweise engen Grenzen³⁸. Auch wenn die Entstehung rechtsextremer Militanz viele Ursachen hat und nicht allein mit der Integrationsfähigkeit nationalistischer Wahlformationen erklärt werden kann (insbesondere sind die Auswirkungen der deutschen Vereinigung in Rechnung zu stellen), ist jedenfalls für Deutschland ein im europäischen

37 Vgl. Franz Schönhuber, *Le Pen. Der Rebell. Front National – Modell für Deutschland*, Berg 1997.

38 Dies zeigen jedenfalls die auf Renseignements Généraux-Daten basierenden Berichte der Commission Nationale Consultative des Droits de l'Homme, 1996. *La lutte contre le racisme et la xénophobie. Exclusion et Droits de l'homme*, Paris 1997, S. 347–352. Allerdings dürften diese Daten aufgrund unterschiedlicher Erfassungskriterien nicht einfach mit den Gewaltstatistiken des deutschen Bundeskriminalamtes und der Verfassungsschutzämter zu vergleichen sein. Vgl. zu dieser Problematik: Isabelle Canu, *Der Schutz der Demokratie in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich des Umgangs mit politischem Extremismus vor dem Hintergrund der europäischen Integration*, Opladen 1997, S. 66.

Vergleich nach wie vor sehr hohes Niveau fremdenfeindlicher Gewalt zu konstatieren³⁹.

Auch an intellektuellen Modernisierungsversuchen und „revisionistischer“ Propaganda fehlt es nicht. Doch steht Deutschland damit nicht allein. Weder spielt die hiesige „Neue Rechte“ eine besondere Vorbildrolle, noch waren deutsche „Revisionisten“ Vorreiter. Modellcharakter hat eher die französische „Nouvelle Droite“, auch wenn diese sich aus dem geistigen Laboratorium deutscher Sonderwegsideologen (vor allem von vor 1933) bedient hat. Und was den „Revisionismus“ angeht, wirkten französische Autoren wie Paul Rassinier und Robert Faurisson als Wegbereiter. Ein dem Negationismus huldigendes „Institute for Historical Review“ (Kalifornien) würde gegen deutsche Strafgesetze verstoßen.

All diese Tatsachen sollten dazu Anlaß geben, sich dem umstrittenen Thema Rechtsextremismus mit mehr Gelassenheit und Besonnenheit zu widmen. Alarmismus und Hysterie begünstigen weder treffende Diagnosen noch angemessene Therapien. Doch wäre man angesichts der deutschen Geschichte der ersten Jahrhunderthälfte auch schlecht beraten, das Phänomen auf die leichte Schulter zu nehmen. Gerade in Deutschland sollte der Schutz des demokratischen Verfassungsstaates vor seinen Feinden – gleich welcher Provenienz – ein ständiges öffentliches Anliegen bleiben.

39 Vgl. zur näheren Beurteilung auch die in folgendem Beitrag zusammengestellten Daten: Uwe Backes, *Organisierter Rechtsextremismus im westlichen Europa. Eine vergleichende Betrachtung*, in: Werner Billing/Andreas Barz/Stephan Wienk-Borgert (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1993, S. 45–64.

Die Autonomen

Portrait einer linksextremistischen Subkultur

I. Einführung

Die Autonomen¹ werden über die Medienberichterstattung meist nur als aggressive Parolen verbreitende, martialisch auftretende, schwarz gekleidete und ver mummt agierende Demonstranten und Gewalttäter wahrgenommen. Angesichts einer derartigen Fixierung auf oberflächliche Erscheinungsformen verwundert es nicht, daß über deren Entstehung, Entwicklung, Einstellungen, Handlungsfelder, Motive und Vertreter wenig bekannt ist. Eine wichtige Ursache für dieses Informationsdefizit muß allerdings im Agieren der Autonomen selbst gesehen werden, bewegt sich diese politische Subkultur doch ganz bewußt am Rande der Gesellschaft. Durch die selbstgewählte Isolierung entzieht sie sich sowohl der medialen als auch der wissenschaftlichen Wahrnehmung², was dazu führte, daß über die Autonomen wenig bekannt und demnach auch wenig publiziert ist. Ausführlichere Darstellungen entstammen überwiegend aus der Subkultur selbst und sind von daher verständlicherweise einseitig und parteiisch³. Veröffentlichungen aus den Verfassungsschutzbehörden beschränken sich ihrem gesetzlichen Auftrag gemäß meist auf die Darstellung von politischen Bestrebungen und Gewalttaten⁴.

Hier wird demgegenüber der Versuch einer komprimierten Gesamtdarstellung zu den Autonomen unternommen, wobei es in kritischer Distanz darum geht, ein breiter angelegtes Bild der Subkultur zu zeichnen. Dazu sollen Entstehung und Entwicklung der Autonomen beschrieben, die

Motive und Positionen dargestellt sowie ihre Handlungsweisen und Organisationsprinzipien skizziert werden. Darüber hinaus widmet der Beitrag der Einstellung der Subkultur zur Gewalt und dem Terrorismus besondere Aufmerksamkeit und untersucht ferner das Verhältnis der Autonomen zu anderen politischen Kräften⁵.

II. Entstehung und Entwicklung der Autonomen als politische Subkultur

Zunächst einige Ausführungen zur Entstehungsgeschichte: Der als Selbstbezeichnung dieser Subkultur gewählte Begriff „Autonome“ läßt sich ableiten von der 1968/69 aufkommenden politischen Organisation „Autonomia Operaia“ („Arbeiterautonomie“), die aus dem Zusammenwirken von rebellischen Studenten und ungelerten Fabrikarbeitern im Nordwesten Italiens entstanden war. Sie entwickelte sich in erklärtem Gegensatz zu den etablierten Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei, warf beiden Anpassung und Verbürgerlichung vor und führte militante Demonstrationen, Sabotageaktionen und Streiks durch. Im Laufe der ersten Hälfte der siebziger Jahre ging der Einfluß dieser zunächst durchaus erfolgreich Rechte in den Betrieben erkämpfenden „Autonomia Operaia“ zurück. Eine nebenher bestehende Bewegung „Autonomi“, die sich aus Randgruppen außerhalb des Produktionsbereichs wie Arbeitslosen, Obdachlosen und ‚Stadtindianern‘ zusammensetzte, existierte aber weiter und löste 1977/78 mit sympathisierenden Kräften in den Fabriken erneut kurzzeitig durch bewaffnete Demonstrationen geprägte soziale Unruhen aus. Als Reaktion auf derartige Entwicklungen bildeten sich in der Bundesrepublik zahlreiche Subkulturen einer Protestbewegung, woraus auch die deutschen Autonomen entstanden⁶.

5. Vergleichende Betrachtungen zur rechtsextremistischen Subkultur der Skinheads konnten hier aus Raumgründen nicht angestellt werden. Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Autonome und Skinheads – ein Vergleich, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Jg. 6, Bonn 1994, S. 7–34.

6. Vgl. Th. Schultze/A. Gross (Anm. 2), S. 29 f.

1 Die Darstellung erfolgt aus Sicht der politikwissenschaftlichen Extremismusforschung.

2 Vgl. Patrick Moreau/Jürgen Lang, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 366–404; Thomas Schultze/Almut Gross, Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung, Hamburg 1997 (eine stark apologetische Darstellung).

3 Vgl. Geronimo (= Pseudonym), Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Amsterdam – Berlin 1990; ders. u. a., Feuer und Flamme 2. Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen, Amsterdam-Berlin 1992.

4 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Militante Autonome. Charakteristika, Strukturen, Aktionsfelder, Köln 1997; Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1996, Bonn 1997, S. 39–54.

Indessen handelte es sich dabei keineswegs um eine bloße Nachahmung dieses italienischen Namensgebers, was sich allein schon daran zeigt, daß die Autonomen eben nicht Arbeiter in den Fabriken waren und sich eben auch nicht für Verbesserungen von deren Arbeits- und Lebenssituation einsetzten. Darüber hinaus bildeten die in der politischen Kultur der italienischen Linken verankerten anarcho-syndikalistischen und räte-kommunistischen Prägungen allenfalls formal bekundete, aber kaum theoretisch durchdrungene ideologische Bezugsgrößen der theoriefeindlich eingestellten deutschen Autonomen. Trotz gewisser formaler Anlehnungen an die „Autonomia Operaia“ bzw. an die „Autonomi“ sind deren Wurzeln viel stärker in bestimmten Folgeerscheinungen der zerfallenden Protestbewegung der sogenannten „Neuen Linken“ von 1968 zu sehen⁷. Aus ihr entstanden zahlreiche, ganz unterschiedliche politische Kräfte, wozu ebenso die dogmatischen marxistisch-leninistischen K-Gruppen der siebziger Jahre und die linksterroristischen Gruppen „Rote Armee Fraktion“ und „Bewegung 2. Juni“ gehörten wie die Alternativ-, Friedens- und Ökologiebewegung als Neue Soziale Bewegungen und die sich im Laufe der neunziger Jahre fest im Parteienspektrum etablierende Partei der Grünen.

Für die Entstehung der Autonomen war von diesen politischen Strömungen insbesondere die Sponti-Bewegung⁸ als eine Art Vorläufer von Bedeutung, bestehen doch – wie noch zu zeigen sein wird – in Aktion, Einstellung, Motivation und Organisation im Unterschied zu den anderen Bewegungen oder Gruppen die stärksten Gemeinsamkeiten. Die gegen Mitte der siebziger Jahre aktiven Spontis verstanden sich als undogmatische linke Gruppen, die sowohl von der Ideologie als auch von den Organisationsprinzipien her in erklärtem Gegensatz zu den K-Gruppen standen. Feste zentralistisch geleitete Strukturen lehnte man ebenso ab wie die dogmatische marxistisch-leninistische Theorie. Statt dessen traten die Spontis für organisatorische Autonomie ein und legitierten ihre politischen Aktionen nicht durch Theorien, sondern mit Gefühlsäußerungen. Die fehlende Ideologie wurde in der Motivation durch einen subjektiven Voluntarismus ersetzt. Insbesondere an den Universitäten entstanden zahlreiche studentische Hochschulgruppen, die von Emotionalität und Lustprinzip geprägt mit humorvollen und unkonventionellen, spontanen Aktionen auf

sich aufmerksam machten. Innerhalb der Studentenschaft erfreuten sich derartige Aktivitäten einer gewissen Beliebtheit, was sich auch in entsprechenden Voten bei den Wahlen zu den Studentenparlamenten artikuliert:

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre konnten derartige „Basisgruppen“ steigende Zustimmung verbuchen und waren zeitweise gleich stark mit etablierten Studentenorganisationen wie etwa den Juso-Hochschulgruppen. Die Bedeutung der Sponti-Bewegung veranschaulicht auch ein vom 27. bis 29. Januar 1978 in Berlin durchgeführter „Nationaler Widerstandskongreß: Reise nach TUNIX“, an dem etwa 6000 Aktivisten teilnahmen. Die Einstellung zur Gewalt innerhalb der Sponti-Szene blieb ambivalent; teilweise wurde Militanz abgelehnt, meist aber mit dem Verweis auf den Unterschied von Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen akzeptiert. Von daher lehnte man auch Terrorismus im Sinne der RAF ab. Prägende Merkmale der Sponti-Bewegung waren ihre Verweigerung gegenüber dem sogenannten „herrschenden System“, was als nahezu selbstverständlich das Überschreiten der strafrechtlichen Grenzen bei politischen Aktionen einschloß, und der Versuch des Aufbaus einer Gegenkultur, die sich in verschiedenen eigenen Projekten wie etwa autonomen Jugendzentren in öffentlichen Gebäuden oder selbstverwalteten Freizeiteinrichtungen in besetzten Häusern ausdrückte.

Überhaupt bestand und besteht ein enger Zusammenhang zwischen Spontis und der seit Beginn der siebziger Jahre verstärkt aufkommenden, ebenfalls in der Achtundsechziger-Bewegung wurzelnden Hausbesetzer-Szene. Als Reaktion auf die Folgen von Kahlschlagsanierungen und Wohnraumspekulationen einerseits sowie aufgrund des Besitzverhältnisse nicht akzeptierenden Wunsches nach selbstbestimmtem Wohnen andererseits besetzten Jugendliche Häuser und konnten dort zeitweise sogar straßenweit Dominanz erlangen, wofür die Hamburger Hafensstraße nur das bekannteste Beispiel ist. Eine ähnlich große Nähe mit personellen Überschneidungen mit den Spontis bestand darüber hinaus auch zu den militanten Atomkraftwerk-Gegnern der siebziger Jahre, die mit Bauplatzbesetzungen und gewalttätigen Aktionen auf sich aufmerksam machten. Aus diesen Protestbewegungen und anderen ähnlichen Gruppen und Initiativen entstanden dann auch die Autonomen, die in der Anfangsphase daraus jeweils meist die radikalsten und militantesten Vertreter anzogen.

Seit Beginn der achtziger Jahre kann von dem Bestehen der Autonomen als einer eigenständigen politischen Subkultur gesprochen werden. Hin-

7 Vgl. Gerd Langguth, *Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968*, Köln 1983.

8 Vgl. Johannes Schütte, *Revolt und Verweigerung. Zur Politik und Sozialpsychologie der Spontibewegung*, Gießen 1980.

sichtlich Angaben zu ihrer quantitativen Entwicklung bestehen methodische Probleme: Aufgrund des Fehlens fester Organisationsstrukturen können auch keine genauen Angaben zu Mitgliederzahlen vorgenommen werden; die Autonomen bewegen sich bewußt am Rande der Gesellschaft und gestatten nur selten Zugänge von außen, und schließlich überschneiden sie sich teilweise auch personell mit anderen Gruppen und Subkulturen. Von daher dürfen Zahlenangaben sicherlich auch nicht als exakte Größen, sondern mehr als Trendangaben angesehen werden. Laut Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz zählten 1987 mehr als 2 000, 1990 2 300, 1993 mehr als 5 000 und 1996 6 000 Personen zu den Autonomen, wobei diese Subkultur zwischen 1991 und 1992, bedingt durch die Zugänge aus den neuen Bundesländern, einen Anstieg von 2 700 auf etwa 5 000 Personen zu verzeichnen hatte⁹. Die letztgenannten Zahlen veranschaulichen, daß die Autonomen im Gegensatz zu anderen Organisationen des Linksextremismus nach dem Zusammenbruch der DDR und des Systems des sogenannten „real existierenden Sozialismus“ nicht nur keinen Einbruch zu verzeichnen hatten, sondern ganz im Gegenteil sogar noch Aktivisten dazugewann – und das zu einer Zeit, in der die eigentlichen Themen ihres Agierens nicht mehr so stark im thematischen Vordergrund des allgemeinen linken Diskurses standen wie in den achtziger Jahren.

Die politischen Betätigungsfelder der Autonomen sind für jene Zeit auf folgenden Gebieten zu sehen: Mit der Forderung nach eigenen Freiräumen kam es zu massenhaften Hausbesetzungen in größeren Städten, begleitet von gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Großdemonstrationen gegen Atomkraftwerke nutzten Autonome, um aus der überwiegend friedlichen Gruppe der Teilnehmer heraus Angriffe gegen Polizeiangehörige und Beschädigungen von Einrichtungen durchzuführen. Darüber hinaus kam es zu Angriffen auf Banken, Baufirmen und Militäreinrichtungen, was letztendlich auch die durch Differenzen zur Militanzfrage ausgelöste Abspaltung der Autonomen von der Friedensbewegung bedingte. Andere friedliche Proteste gegen regionale Vorhaben wie die Startbahn West in Frankfurt oder die bundesweit durchgeführte Volkszählung nutzen Aktivisten der Szene ebenfalls für ihr gewalttätiges Vorgehen. In den neunziger Jahren sahen die Autonomen dann in weiteren, nun aktuellen Themen die Möglichkeit, friedliche Demonstrationen als Basis für ihr militantes Vorgehen zu

nutzen, sei es bei Protesten gegen den Golfkrieg oder gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. In ihrer Hochburg Berlin bildete der „Kampf gegen Umstrukturierung“ einen Schwerpunkt der Aktivitäten, wobei es um militante Protestaktionen gegen den Ausbau der Stadt zur Regierungs- und Dienstleistungsmetropole ging¹⁰.

III. Motive des Engagements und politische Positionen der Autonomen

Über einige Aspekte des politischen Selbstverständnisses informiert exemplarisch ein kontrovers diskutiertes Thesenpapier von 1981, worin es u. a. heißt: „1. wir kämpfen für uns und führen keine stellvertreterkriege, alles läuft über eigene teilnahme, politik der ersten person, wir kämpfen nicht für ideologien, nicht fürs proletariat, nicht fürs volk, sondern für ein selbstbestimmtes leben in allen bereichen ... 2. keinen dialog mit der macht! wenn die macht an uns herantritt, um mit uns zu reden, lässt sich ihr interesse dabei letztendlich auf die stabilisierung ihrer herrschaft reduzieren, wir stellen nur forderungen, die die macht nicht erfüllen kann oder die ganz 'irrational' sind, diese forderungen haben lediglich propagandistischen charakter ... 4. durch den relativen gesellschaftlichen reichum, und die möglichkeit, uns teile davon anzueignen, können wir uns der arbeit weitgehend entziehen; somit stellt die arbeit für uns keinen zusammenhang dar, wo wir uns kennengelernt haben oder der zum inhalt unseres kampfes wird. ... 5. wir haben alle einen 'diffusen anarchismus' im kopf, sind aber keine traditionellen anarchistinnen. die begriffe marxismus, sozialismus und kommunismus beinhalten für uns nach allen ihren theorien und praktiken den staat und können somit von uns auch als 'zwischenstufe' nicht akzeptiert werden.“¹¹

In diesem Zitat werden eine Reihe von typischen Merkmalen der Absichten, Identität, Ideologie und Motivation der Autonomen deutlich. Dabei fällt auf, daß bei der positiven Beschreibung des eigenen Wollens kaum politische Inhalte oder Positionen formuliert werden. Identitätsstiftend wirkt primär eine die Emotionalität und Subjektivität zum zentralen Maßstab für Denken und Handlungen erhebende Einstellung, die sich

9 Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1987, Bonn 1988 ff., jeweils die Kapitel zum Linksextremismus und dort die Rubrik zu den militanten Bestrebungen.

10 Vgl. Hans Josef Horchem, Die Grenzen „autonomer“ Gewalt. Eine Bilanz nach der Wiedervereinigung, in: Konrad Löw (Hrsg.), Terror und Extremismus in Deutschland, Berlin 1994, S. 113-127.

11 Anarchie als Minimalforderung, in: radikal, 6 (1981) 98, S. 4 f. (Schreibweise so im Original).

weder offen für rationale Argumente zeigt noch objektive Tatbestände zur Kenntnis nimmt. Die Erkenntnisform und Handlungsweise von Autonomen unterliegt daher in deren eigenem Selbstverständnis auch keinen außerindividuellen Notwendigkeiten zur Rechtfertigung, sondern leitet sich aus dem subjektiven und willkürlichen Empfinden ab. Hierbei handelt es sich um jenes Prinzip von „Betroffenheitsgefühlen“ und einer „Politik der ersten Person“, das sich ebenso bei den Spontis wie bei den Neuen Sozialen Bewegungen findet. Derlei Zugänge zu Gesellschaft und Politik offenbaren eine tiefe lebensphilosophische Prägung, die, wie noch zu zeigen sein wird, auch andere Auffassungen und Einstellungen der Autonomen kennzeichnet. Damit ging und geht eine grundlegende Ablehnung von Prinzipien der Aufklärung und Moderne sowie ein unbewußtes Anknüpfen an das Gedankengut der Romantik einher.

Unmittelbar aus dieser subjektiven Prägung folgt das durch gewollte Abgrenzung und selbstgewählte Isolation bestimmte Verhältnis zur Welt außerhalb der Subkultur. Offenbar befürchten Autonome mit dem Dialog mit oder dem Einwirken der Gesellschaft oder des Staates den Verlust von eigener Identität oder das Wegbrechen von Anhängern. Daher sieht man sich auch zu einer dualistischen Sichtweise genötigt, wobei im Sinne eines stereotypen Freund-Feind-Denkens nicht nur das diffus mit „Macht“ Gemeinte abgelehnt, sondern auch jegliche Form von Kommunikation negiert wird. Ängstlich darauf bedacht, Einwirkungsmöglichkeiten von außen und dadurch möglicherweise ausgelöste Veränderungen innerhalb der Subkultur zu unterbinden, baut man bewußt unüberwindbare Barrieren auf, und zwar durch Forderungen, die nicht erfüllbar oder „irrational“ sind. Besondere Ablehnung erfahren von daher auch Forderungen, die innerhalb des politischen Systems erfüllbar wären, würden diese doch eben die verabscheute „Macht“ stabilisieren. Von daher geht es den Autonomen primär auch gar nicht um gesamtgesellschaftliche Veränderungen, sondern um die Aufrechterhaltung der Frontstellung zum politischen System als wichtigsten Faktor der Binnenintegration der eigenen Subkultur.

Dies erklärt auch die unter den Autonomen immer wieder beschworene Notwendigkeit, sich nicht in das normale Arbeitsleben durch Berufstätigkeit integrieren zu lassen. Dadurch fände eine Konfrontation mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit statt, die zu einer Erosion des Zusammenhalts der eigenen Gruppe führen könnte. Daß man selbst gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und Zustände über eine pauschale Ablehnung des verhassten Systems hinaus nicht als Bezugsgrößen

des eigenen Politikverständnisses ansieht, zeigt auch, daß die Autonomen sich die Exklusivität, sich der Arbeit zu entziehen, als Ausdruck individueller Freiheit anmaßen, derartige Freiheit de facto aber nur sich zugestehen, ohne sich über die Erarbeitung des von ihnen egoistisch angeeigneten Teils von gesellschaftlichem Reichtum Gedanken zu machen. Insofern kämpfen Autonome in der Tat nicht für Ideologien, nicht für das Proletariat und auch nicht für das Volk, sondern für das Ausleben der eigenen hedonistischen und selbstsüchtigen Bedürfnisbefriedigungen. Aus dieser Einstellung erklärt sich auch das Fehlen von ideologischen und programmatischen Positionen sowie gesellschaftlichen Alternativ-Modellen, worauf anschließend noch etwas ausführlicher eingegangen werden soll.

Zunächst aber noch ein Hinweis auf eine besondere Komponente der bejahenden Inhalte bei Artikulationen der Autonomen: die beabsichtigte Eroberung und Verteidigung von Freiräumen, die häufig in Form von besetzten Häusern oder dominierten Einrichtungen (wie Jugendclubs) gesehen werden. In ihnen sieht man propagandistisch ein Gegenbild zum politischen System, wobei allerdings Überlegungen, inwieweit dort bestehende Formen des Miteinanders und der materiellen Reproduktion gesamtgesellschaftlich übertragbar sind, nicht angestellt werden. Die damit angesprochenen bestehenden Freiräume haben für die Autonomen denn auch eine ganz andere Funktion: Sie bilden einen ähnlich dualistischen Kontrast wie bei der Ablehnung der „Macht“ und bei der Abgrenzung von der Gesellschaft. Gegenüber ihr erlaubt die Gemeinschaft der autonomen Freiräume die Idylle des Zusammenlebens Gleichgesinnter. So bemerkt denn auch ein anonymer Autonomer: „Ein Teil meiner Utopie ist es, gemeinsames Denken und Handeln, das voneinander und miteinander Lernen auf die Alltäglichkeit auszugehen (bzw. von dort auszugehen). Der Rahmen für so etwas wäre z. B. eine große WG mit vielen Leuten, große helle Räume, viel Grün drumrum, in der Metropole, keine Maloche und Miete, und viele von solchen WGs.“¹²

Positive Benennungen politischer Inhalte und Ziele sucht man bei den Autonomen indessen vergebens. Zwar wird ein diffuser Anarchismus bejaht, allerdings mit der Einschränkung, es gehe nicht um den klassischen Anarchismus. Insofern gibt es denn auch kaum eine Aufarbeitung oder Weiterentwicklung der Ideen von Klassikern dieser politischen Theorierichtung wie Michail Bakunin, Petr Kropotkin oder Gustav Landauer, wie

12 Ein Autonomer . . . , in: Interim, Nr. 165 vom 17. Oktober 1991, S. 13.

etwa noch bei einigen Randgruppen der antiautoritären Strömung der Protestbewegung von 1968 oder den anarchistischen Kleingruppen im gegenwärtigen Linksextremismus. Unter Anarchismus wird offenbar die grundlegende Ablehnung nicht nur bestimmter staatlicher Institutionen, sondern des Staates als politisches Gebilde in Gänze verstanden. Mit dieser Einstellung verbinden sich auch andere ablehnende Haltungen, etwa gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, jeglicher Form von Herrschaft und Hierarchie sowie kultureller, politischer und ökonomischer Fremdbestimmung. Aspekte eines positiven Selbstverständnisses beziehen sich demgegenüber lediglich auf Handlungsweisen wie die Akzeptanz aller – die Gewaltanwendung einschließender – Aktionsformen oder diffuse Wunschvorstellungen wie die nach einer völlig herrschaftsfreien und selbstbestimmten Gesellschaft. Aber auch für diese positiv definierten Aspekte vermögen die Autonomen weder eine nähere Begründung noch systematischere Vorstellungen zu benennen.

Für die gesamtgesellschaftliche Umsetzung ihrer Auffassungen können sie ebensowenig Mittel, Strategien und Wege angeben. Vielmehr erschöpft sich die Haltung der Autonomen in der Verweigerung, die im politischen Engagement per se eine verwerfliche Handlungsweise sieht. Denn, so heißt es in einem Autonomen-Papier: „Allgemein gesagt, ist Politik machen heute immer bürgerlich, konterrevolutionär, systemimmanent, reformistisch.“ Politik führe dazu, daß die Massen ihre eigenen Interessen nicht autonom und selbständig vertreten, sondern sie ihren Repräsentanten überließe. Demgegenüber sollten die Individuen wieder ihre Subjektivität erringen und sich antipolitisch betätigen. Politik versuche nämlich immer, widerstrebende Interessen miteinander zu versöhnen und gesellschaftliche Widersprüche zu verschleiern. „Entsprechend bedarf“, so heißt es dann weiter in dem Autonomen-Papier, „eine sich selbst organisierende Masse weder der Politik zur Durchsetzung ihrer Interessen noch des Rechts zur Legitimation ihres Vorgehens; sie hat ihren Sinn und Zweck in sich selbst und kennt keine außerhalb ihrer inneren Logik aufgebaute Organisation mit entsprechender eigener Logik.“¹³ Von daher distanzieren sich die Autonomen denn auch von linken Parteien und Organisationen, die über Gesetze oder Parlamente als Bestandteile des verabscheuten Systems politische Veränderungen herbeiführen wollen.

Unmittelbare Konsequenz einer derartigen politischen Verweigerungshaltung ist die bewußte

13 Zur Zerstörung des Politischen. Kritik der Politik gegen Rekonstruktion der Politik, in: radikal, 9 (1984) 124/125, S. 8 und 10.

Selbstghettoisierung der Autonomen, die in Verknüpfung ihrer eigentlichen, selbstverursachten Gründe intern Gegenstand der Diskussion ist. Indessen haben wohl die meisten Anhänger dieser Subkultur eine solche Situation akzeptiert, bekunden ab und an durch militante Aktionen ihre revolutionäre Gesinnung und richten sich ansonsten abwartend in der Idylle ihres Zusammenlebens Gleichgesinnter ein. In einer Erklärung heißt es denn auch: „Im Ghetto gibt es keine Vorbereitung auf die Revolution; am Tag des Aufstandes sind alle frei, in der Zeit des Ghettos haben sie wenigstens dienstfrei, auch die Berufsrevolutionäre. Das Ghetto selbst ist die keimende Revolte, deren Zeit man nur wittern kann und dann ergreifen muß – die sich vielleicht aber durch nichts herbeiführen läßt, weil sie an die Spontaneität der Massen geknüpft ist.“¹⁴ Wo ein derartiger Attentismus vorherrscht, bedarf es verständlicherweise auch keiner Strategie oder Theorie für politische Veränderungen. Insofern verwundert auch nicht, daß bei den Autonomen hinsichtlich der Einstellung zu ihren Handlungen nicht die inhaltlich begründete Ideologie, sondern die Bekundung von Gesinnung im Vordergrund steht. Zutreffend bemerken zwei ehemalige Aktivisten der Autonomen, Thomas Schultze und Almut Gross: „Die Autonomen sind als Bewegung ohne soziale Kategorie und Ideologie besonders auf die Vergewisserung von Gemeinschaft über gleiche Motivation, Lebensstile und Befindlichkeiten, die auch in den privaten Bereich hineinspielen, angewiesen.“¹⁵

IV. Aktionsfelder, Handlungsweisen und Organisationsprinzipien der politischen Subkultur

Die Ablehnung von gesellschaftlicher und politischer Herrschaft und Hierarchie bedingt, mit anderen Vorzeichen, spiegelbildlich auch die eigenen Organisationsprinzipien der Autonomen. Sie verfügen über keine festen diesbezüglichen Strukturen mit Ämtern und Verantwortlichkeiten. Autonome organisieren sich allenfalls über Kleingruppen, die durch persönliche Kontakte miteinander verbunden sind. Darüber hinaus kam und kommt es auch zu spontanen und kurzlebigeren Gruppenbildungen über gemeinsame Aktionen wie Demonstrationen, gemeinsame Projekte wie besetzte Häuser oder gemeinsame Themen wie den Antirassismus. Hierbei entstandene persönli-

14 W. Gladow, Auf zum Tanz der Ratten, in: radikal, 7 (1982) 107, S. 7.

15 Th. Schultze/A. Gross (Anm. 2), S. 66.

che Kontakte bilden ein informelles Bindeglied zwischen den jeweiligen Aktivisten. Darüber hinaus bestehen verschiedene Kommunikationsformen, die nicht nur den gegenseitigen Informationsaustausch gewähren, sondern auch den Zusammenhalt der Aktivisten fördern. Hierzu gehören insbesondere die regelmäßig stattfindenden Plenen mit Diskussionen und den Möglichkeiten zum persönlichen Treffen sowie szeneeigene oder ihr nahestehende Einrichtungen wie Buch- und Infoläden oder Kneipen. Zum regionalen, überregionalen und internationalen Informationsaustausch dienen aber auch moderne Kommunikationstechnologien wie das Internet, Mailbox-Verbindungssysteme oder Info- und Notruftelefone. Damit können über das „Schneeballprinzip“ binnen kurzer Zeit Szene-Angehörige zu spontanen Aktionen mobilisiert werden.

Darüber hinaus dienen Publikationsorgane dem informellen Zusammenhalt der Autonomen, wozu sowohl bundesweit wie auch nur regional erscheinende Magazine unterschiedlicher Auflagenzahl und Verbreitung gehören. Mitte der neunziger Jahre existierten etwa mehr als 50 derartige Szenepublikationen. Sie veröffentlichen Berichte und Kommentare, Diskussions- und Thesenpapiere, aber auch Aufrufe zu (militanten) Demonstrationen oder Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen. Von den regionalen Blättern seien hier exemplarisch „RAZZ“ für Hannover und „SWING“ für das Rhein-Main-Gebiet genannt. Bundesweit erscheinen die Magazine „INTERIM“ und „radikal“, die teilweise konspirativ hergestellt und verbreitet werden. Kurzum, statt einer organisatorischen Anbindung besteht der formale Zusammenhalt bei den Autonomen stärker in der kommunikativen Vernetzung. Insofern bilden auch die Kleingruppen kaum tatsächliche Strukturen aus, sie sollen auch von ihrem Selbstverständnis her unberechenbar und unkontrollierbar sein. Für die Mitarbeit in ihnen wird auch nicht offen geworben. Interessierte müssen sich selbst um Akzeptanz und Kontakte bemühen und finden nur über persönliche Bekanntschaften zu Szene-Angehörigen Zugänge zu den Gruppen. Hochburgen der autonomen Szene liegen in städtischen Ballungszentren wie Berlin, dem Rhein-Main-Gebiet und dem Ruhr-Gebiet, aber auch aufgrund regionaler Besonderheiten in kleineren Universitätsstädten wie Freiburg und Göttingen.

Trotz der durch das antiautoritäre Selbstverständnis der Autonomen bedingten formalen Ablehnung von Führungspersönlichkeiten und Organisationsstrukturen bildeten sich innerhalb der Subkultur informell solche Prinzipien in der Praxis doch heraus. Da der Gemeinschaftsgedanke überaus große Bedeutung für die Identität der Aktivi-

sten hat und die Szene-Zugehörigkeit eben auch stark ins Privatleben hinein wirkt, besteht ein großer Gruppenzwang. Die behauptete Eigenverantwortlichkeit des Agierens innerhalb der Subkultur ignoriert darüber hinaus die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Akteure, wodurch sich erfahrenere und etabliertere Szene-Angehörige von vornherein eine dominierende Stellung sichern. Auf diesem informellen Weg entstehen dabei nahezu automatisch die eigentlich von den Autonomen abgelehnten, autoritär geprägten Verhältnisse innerhalb der Subkultur. Da für deren Zustandekommen aber keine Regelungsmechanismen und Verfahrensweisen bestehen, können Führungsrollen auf diesem Weg weder kontrolliert noch verändert werden. Somit bilden sich in vielen Bereichen dieser Subkultur im Rahmen von gruppensoziologischen Prozessen autoritäre Verhältnisse heraus, welche aufgrund der mangelnden Kontrollmöglichkeiten mitunter weitaus stärker als in der verhassten bürgerlichen Gesellschaft ausgeprägt sind. Insofern bestehen auch bei den Autonomen stark ausgeprägte Hierarchien zwischen den führenden Aktivisten und bloßen Mitläufern.

Seit Beginn der neunziger Jahre übt eine Minderheit innerhalb der Subkultur zunehmend Kritik an den bislang geltenden Vorstellungen von Organisation. Insbesondere wird eingewandt, daß mit einem Mangel an Verbindlichkeit in der Struktur auch die Entwicklung von Kontinuität in der politischen Arbeit nicht gewährleistet sei. Die Szene erschöpfe sich in aktionistischen Kampagnen und wirkungslosem Ghettodasein. In „radikal“ wurde dies so formuliert: „Unsere Strukturen sind verhärtet, vereinzelt, unverbindlich und vor allem aktionsmäßig ausgerichtet. Wir treffen uns, wenn was angesagt ist, und handeln nach breitester Diskussion. Wo bei Diskussionen zu lesen ist, die die am meisten von sich überzeugt sind, tauschen sich ab (was meist Typen sind) und bügeln grundsätzliche Fragestellungen (die oft von Frauen kommen) ab, um schnell auf ein greifbares Ergebnis zu kommen. Eine schweigende Mehrheit konsumiert und beurteilt für sich, ob sie an der Aktion teilnimmt oder nicht. Die Größe der Treffen und deren Zielsetzung verhindern es, die Strukturen (Profilierungen, Schüchternheit, Mackertum, Konsumentenhaltung) zu durchbrechen und revolutionäres Klima zu schaffen.“¹⁶ Ähnliche Kritik übten auch andere Gruppen der Subkultur; dies führte allerdings zu keiner grundlegenden Änderung der beklagten Zustände.

Lediglich im Bereich der Kampagnen von Autonomen unter dem Schlagwort der „Antifaschistischen

16 Wilde Grundpfeiler – den Konflikt verschärfen, in: radikal, 10 (1985) 131, S. 19 (Formulierungen so im Original).

Aktion“ kam es zur Umsetzung neuer Organisationsmodelle, die über die bisher übliche Kleingruppenstruktur hinausging. Die 1992 gegründete „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) bemühte sich, bundesweit Gruppen der Autonomen im Sinne einer Art Dachorganisation zu bündeln. Über eine für die Subkultur außergewöhnlich intensive Medien- und Schulungsarbeit sowie die Durchführung regelmäßiger Delegiertentreffen band die AA/BO seitdem mit schwankender Beteiligung zwischen zehn und 20 Mitgliedergruppen an sich. Ähnliches versucht die 1993 gegründete „Antifaschistische Jugend/Bundesweiter Zusammenschluß“ (AJ/BZ) für den Bereich der Jugendlichen durchzusetzen. Als Reaktion auf den relativen Erfolg derartiger Bemühungen entstanden noch weitere Bemühungen zum Aufbau von Strukturen zugunsten eines kontinuierlichen und überregionalen Informationsaustauschs und der Planung gemeinsamer Aktionen und eines organisierten Vorgehens. Die seit 1993 als weniger verbindliche Struktur bestehenden „Bundesweiten Antifa Treffen“ (B. A. T.) sind ein Beispiel für derartige Versuche¹⁷.

Wer aber gehört zu den Autonomen? Über die soziale Zusammensetzung und konkrete Motivation von Angehörigen dieser Subkultur existieren keine wissenschaftlichen Untersuchungen in Form von empirischen Studien. Lediglich aus der Beobachtungstätigkeit der Verfassungsschutzbehörden ergeben sich einige diesbezügliche Daten, die folgendes Bild zeichnen: „Angehörige der autonomen Szene sind überwiegend zwischen 18 und 28 Jahre alt; sie sind Schüler, Studenten, Auszubildende oder haben eine gescheiterte Ausbildung hinter sich; viele Autonome sind arbeitslos, jobben gelegentlich oder beziehen ‚staatsknete‘ (Sozialhilfe). Die Verweildauer innerhalb der Szene beträgt oftmals nur wenige Jahre.“¹⁸ Die langjährige quantitative Kontinuität mit sogar steigender Tendenz erklärt sich dadurch, daß nach Ausstiegen ins Privatleben die Autonomen aus dem genannten Personenkreis relativ schnell wieder neue Anhänger gewinnen können. Diese Fluktuation von Szene-Aktivistinnen und deren generationsspezifischer Hintergrund bestätigt erneut, daß Engagement innerhalb dieser Subkultur weniger mit generationenübergreifend attraktiv wirkender Ideologie, sondern mehr mit psychologischen Aspekten biographischer Reifungsprozesse zu tun hat. Die Autonomen ziehen offenbar in einer bestimmten Phase befindliche junge Leute an, welche antistaatliche Orientierungen und emotionalen Subjektivismus, ausgeprägte Militanzbereitschaft und diffuse

Systemablehnung als zeitweilige Bestandteile ihres individuellen Selbstverständnisses begreifen.

Spontanität prägt nicht nur die Einstellung, sondern auch die Handlungsweise der Autonomen. Anlaßbezogen führen sie eigene Demonstrationen durch oder treten bei Demonstrationen als sogenannter „schwarzer Block“ mit Sturmhauben („Haßkappen“) auf. In beiden Fällen führt die Militanzbereitschaft der Subkultur zwar nicht immer, aber häufig zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und regelrechten Straßenkrawallen mit Sachbeschädigungen. Politische Erfolge von Demonstrationen werden nicht selten daran festgemacht, inwieweit es zum Überschreiten der Militanz-Schwelle kam. Andere Handlungsweisen erstrecken sich vom propagandistischen Vertrieb von Broschüren, Flugblättern und Magazinen über die Durchführung von Diskussionsveranstaltungen und Plenen bis zu spontanen Farbsprühaktionen und geplanten Brandanschlägen. Die Formen autonomen Agierens beschrieb ein Autonomer mit folgenden Worten: „Die erste Ebene bezieht sich darauf, mit vielen anderen auf Demos zu gehen, politische Kampagnen zu organisieren, d.h. völlig legal politische Arbeit zu machen. Als zweite Ebene verstehe ich mit vielen anderen nachts loszuziehen, Schlösser zukleben, sprühen, halt eine Art Massenmilitanz. Und ein dritter Teil sind dann die klandestinen militanten Aktionen, wie Brandsätze deponieren etc.“¹⁹

Primäres Aktionsfeld der Autonomen war durch die ganzen achtziger Jahre hindurch die Besetzung von Häusern und die Verhinderung von deren Räumung, also jene Auseinandersetzungen, die in der Medienberichterstattung insbesondere durch die Hamburger Hafenstraße allgemein bekannt wurden. Seit Beginn der neunziger Jahre breitete sich das Themenspektrum autonomer Aktivitäten aber immer mehr aus: Dazu gehört etwa der „Kampf gegen die Großmachtrolle der Bundesrepublik Deutschland“, der sich insbesondere in Aktionen gegen Feiern zum Tag der Deutschen Einheit oder öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr artikuliert. Autonome nutzen auch friedliche Demonstrationen und Kampagnen gegen Atomkraftwerke und Atommülltransporte als Ausgangspunkte für Blockaden und Sabotage-Aktionen, die etwa zu Sachbeschädigungen an Eisenbahn-Schienen oder Hochspannungsmasten in Höhe von Millionen DM führten. Ähnlich agierten Autonome auch bei meist gewerkschaftlich organisierten Demonstrationen gegen die sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung unter dem Motto „Kampf gegen Sozialabbau“.

17 Vgl. P. Moreau/J. Lang (Anm. 2), S. 382–393.

18 Bundesamt für Verfassungsschutz (Anm. 4), S. 6.

19 Interview mit der Antifa (M), in: radikal, (1991) 144, Teil 1, S. 41–49.

In Berlin bildete der bereits erwähnte „Kampf gegen Umstrukturierung“ einen Schwerpunkt der autonomen Aktivitäten, wobei sich dieser gegen Maßnahmen zur Stadtansanierung und Strukturveränderung innerstädtischer Wohnviertel richtete. Dabei wurde vom Umbau der Hauptstadt zu einer „Yuppie- und Beamtenmetropole“ und der „Verdrängung von gesellschaftlichen Randgruppen“ gesprochen – ebenfalls eine Kritik, die über das Lager der Subkultur hinausreichte. Die Autonomen bedienten sich aber bei ihren Aktivitäten besonderer Methoden, die von anderen Kritikern nicht akzeptiert werden. Dazu gehörten etwa Brandanschläge auf hochwertige Kraftfahrzeuge. Ähnlich verhält es sich mit der „Antirassismus“-Agitation der Autonomen, die sich gegen die als rassistisch geltende Asylpolitik richtet. Auch hier unterscheidet sich das militante Vorgehen der Autonomen von den Protesten anderer Initiativen, führten Angehörige dieser Subkultur doch etwa Brandanschläge auf Fahrzeuge von Angehörigen der Justizbehörden oder von Sicherheitsdienst-Firmen durch. Und schließlich sei noch der „Antifaschismus“ als eines der wichtigsten Handlungsfelder der Autonomen genannt: Dabei richteten sie sich gegen aus ihrer Sicht faschistische Einrichtungen und Personen, wozu gewalttätige Übergriffe auf Rechtsextremisten oder Anschläge auf deren Privatwohnungen gehören. Da das Faschismus-Verständnis der Autonomen sehr weit gefaßt ist, schließt es häufig auch demokratisch-konservative Personen ein, die ebenfalls Objekt autonomer Agitation wurden²⁰.

V. Das Verhältnis zur Gewalt und zum Terrorismus

Die Gewaltbereitschaft bildet ein zentrales, nicht nur handlungs-, sondern auch identitätsbezogenes Merkmal des Agierens der Autonomen. Dabei muß hervorgehoben werden, daß Gewalt – wie bei vielen anderen militanten Gruppierungen – nicht nur als Mittel zum Zweck verstanden wird. Vielmehr artikuliert sich in der Bereitschaft zu und der Anwendung von Gewalt auch ein für das Selbstverständnis der Autonomen wichtiges Lebensgefühl – und zwar unabhängig von konkreten Zielsetzungen als Akt der individuellen Selbstbefreiung von verinnerlichten Herrschaftsstrukturen. Dementsprechend äußert sich ein unter dem Pseudonym „Geronimo“ schreibender, der autonomen

20 Vgl. als ausführliche Dokumentation derartiger Aktivitäten mit vielen Fallbeispielen: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), *Gewaltbereite Autonome. Ziele, Strukturen, Aktionen*, Köln 1994, S. 35–140; dass. (Anm. 4), S. 14–41.

Szene zuordenbarer Autor: „Gerade diese wichtige psychische Dimension der Gewaltanwendung wird durch scheinbare Klarheit verheißende Bemerkungen, wie z. B. unsere Militanz hat sich unseren politischen Vorstellungen unterzuordnen, zumeist schlichtweg negiert. Damit wird unterschlagen, daß Autonome Gewalt oftmals auch als den Ausdruck eines schwer faßbaren Lebensgefühles anwenden, das sich manchmal der Bemessung an politisch zweckrationalen Kriterien verweigert. Es wäre fatal, diese Seite von Individualität und Subjektivität in der Gewalt- und Militanzdebatte auszublenden.“²¹ Auch in diesem Zitat wird noch einmal der Aspekt von starker individuell-psychischer statt ideologisch-politischer Motivation nicht nur hinsichtlich des Engagements bei den Autonomen, sondern auch bezüglich der Einstellung zur Gewalt deutlich.

Von daher kann auch nicht verwundern, daß militantes Vorgehen sceneintern keiner gesonderten Legitimation bedarf, sondern als normale und selbstverständliche Handlungsoption gilt. Das Überschreiten der Schwelle der Strafbarkeit wird nicht nur nicht näher problematisiert, sondern als Ausdruck besonders konsequenten Agierens angesehen und geschätzt. Demgemäß lehnen die Autonomen auch offen den Gewaltverzicht ab, was exemplarisch in einer Erklärung der Göttinger „Autonomen Antifa (M)“ wie folgt formuliert wurde: „Gewaltfrei ist ein ideologischer Begriff, der in totalem Gegensatz zu autonomer Politik steht. Niemals würde sich die Autonome Antifa (M) auf eine Politik der ‚Gewaltfreiheit‘ einlassen, denn das käme einem politischen Selbstmord gleich.“²² Ideologisch gerechtfertigt wird Gewaltanwendung – wenn sie überhaupt gesondert vorgebracht wird – als Reaktion auf bestehende strukturelle Gewalt. Stellvertretend für eine solche Argumentation sei hier ein anonymer Berliner Autonomer zitiert: „Gewalt geht vom Staat aus, der ein einziger Gewaltapparat ist. Egal ob es direkte Gewalt ist durch Bullen oder Militär . . . , Gewalt durch die Ämter, durch die Schule, durch den Arbeitsplatz, den Chef, durch die Familie. Gewalt ist in diesem Staat erst mal da, zum anderen brauchst du sie, um dich dagegen zu wehren, um etwas ändern zu können. Gewalt ist das einzige Mittel mit dem du etwas erreichen kannst.“²³

Bei einer solchen Auffassung von Gewalt, die bereits soziale Abhängigkeitsformen wie im Ver-

21 Geronimo, *Feuer und Flamme* (Anm. 3), S. 210.

22 Autonome Antifa (M), *Einschätzung der Antifa-Demonstration in Adelebsen vom 20. 3. 1993*, in: dies. (Hrsg.), *Demonstration in Adelebsen/Göttingen*, 20. März 1993, Göttingen 1993, S. 13.

23 „Ich bin nicht faul, es geht ums Prinzip“ (Interview), in: *Junge Welt* vom 7. Januar 1992, S. 23.

hältnis Lehrer/Schüler, Eltern/Kind oder Vorgesetzter/Untergebener als eine Form von Gewalt interpretiert, rechtfertigt sich im Selbstverständnis des Eintretens für Gegen-Gewalt nahezu jede militante Tat von selbst. Auch von daher kann nicht verwundern, daß Militanz nicht nur als selbstverständliches Handlungsmoment, sondern auch als Nachweis besonderer Resonanz angesehen wird. Aber auch hier muß immer wieder die psychische Komponente der Gewaltanwendung gesehen werden, erscheint der militante Kampf doch als inneres Erlebnis²⁴. Dabei schimmern erneut lebensphilosophische Prägungen durch, welche Gefühl und Leben gegen Rationalität und Vernunft stellen. Deutlich artikuliert sich eine solche Einstellung auch bei folgender Bekundung eines Autonomen: „Die direkte Aktionsphase erzeugt einen sonst kaum gekannten Fiebrigkeitszustand, und wir haben spannungsgeladenen Spaß dabei, wenn die Brandsätze abgelegt werden.“²⁵ Der Gewaltanwendung kommt darüber hinaus die Funktion eines verbindenden Lebensgefühls und damit auch eines konstitutiven Prinzips dieser Subkultur zu²⁶.

Bei entsprechenden Aktivitäten richtet sich die Militanz primär gegen Sachen, weniger gegen Personen. Allerdings kommt es zunehmend zu einer Erosion dieser Abgrenzung, die mitunter auch die Tötung von Menschen für legitim hält²⁷. Ein anonymen Autonomen erklärte etwa unter dem Pseudonym „Scatman“: „Ich bin nicht grundsätzlich gegen das Töten von Menschen aus politischen

Motiven. ... Wenn sie dazu dient, eine Gesellschaft herbeizuführen, in der ALLE die Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben haben, kann die Tötung von Einzelnen, die dieses Ziel zu verhindern suchen, ein legitimes Mittel sein. Nicht aus Rache oder einer Haltung, die das Leben dieser FunktionärInnen des herrschenden Systems für minderwertig definiert, sondern aus ‚Notwehr‘, im Interesse aller.“²⁸ Derartige Auffassungen stellen keine Minderheitenpositionen innerhalb der Autonomen dar. Vorbehalte gegenüber der Tötung von anderen Menschen scheinen keineswegs grundsätzlicher Natur zu sein. Es kommt den Autonomen offenbar mehr darauf an, nicht zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen, sondern zwischen Beteiligten und Unbeteiligten zu unterscheiden. Darüber hinaus stellt sich für viele Aktivisten der Subkultur auch das Problem der Vermittlung, womit die geringe Akzeptanz für Gewalttaten gegen Personen außerhalb der Subkultur angesprochen ist.

Vor dem Hintergrund der manifesten Gewaltbereitschaft der Autonomen verdient die gesonderte Frage nach deren Verhältnis zu den bestehenden terroristischen Gruppen bzw. nach Tendenzen zum Aufbau terroristischer Strukturen aus der Subkultur selbst heraus besonderes Interesse. Zum erstgenannten Aspekt ist zunächst anzumerken, daß es hinsichtlich der geistigen Vorstellungen von Autonomen und der RAF sowie anderer terroristischer Gruppen zahlreiche formale wie inhaltliche Gemeinsamkeiten gibt. Bezüglich der Gewaltanwendung bestehen indessen gravierende Unterschiede hinsichtlich des Ausmaßes und der Planung: Während die Autonomen militante Aktionen meist spontan und gegen Sachen durchführen, operierten terroristische Gruppen geplant und primär auf Personen bezogen. Darüber hinaus wurde die elitäre Avantgarde-Haltung der RAF abgelehnt, während man den „Roten Zellen“ aufgrund des Fehlens dieser Einstellung relativ wohlwollend gegenüberstand. Kritik gab es an beiden Gruppen darüber hinaus nicht wegen ihrer Gewalttaten an sich, sondern weil sie sich dem Problem der Vermittlung nicht stellten. Die Autonomen sahen in entsprechenden Anschlägen und Attentaten primär militärische und weniger politische Aktionen, abgehoben von Protestbewegungen, welche ohne mobilisierende Wirkung durchgeführt wurden.

Da derartige Differenzen mehr formal strategischer Natur waren, verwundert nicht, daß sich im Laufe der neunziger Jahre aus der Subkultur selbst terroristische Ansätze bei regional agierenden Gruppen entwickelten. Hierzu zählt insbesondere

24 Diese Formulierung lehnt sich nicht zufällig an eine bekannte kriegsverherrlichende Schrift der Weimarer Zeit an, nämlich Ernst Jünger, *Der Kampf als inneres Erlebnis*, Berlin 1920, wird doch im diesbezüglichen Verständnis der Autonomen eine zwar nicht inhaltlich, aber formal ähnliche Faszination der mythischen Wirkung von Gewalt deutlich. Theoretisch beschrieben wurde diese in seiner anarcho-syndikalistischen Phase von Georges Sorel in seinen *Réflexions sur la violence* von 1906 (deutsche Ausgabe: *Über die Gewalt*, Frankfurt a. M. 1981), der sich gegen Ende seines Lebens gleichzeitig von Lenin und Mussolini begeistert zeigte und von Teilen des Links- und Rechtsextremismus positiv rezipiert wurde und wird. Mit diesbezüglichen Aspekten zusammenhängende Fragen bilden aber noch ein Desiderat der Forschung.

25 Streifzüge zwischen Feuer und Flamme. Als militanter Kern in der autonomen Wolke, in: *Interim*, (1993) 226, S. 14.

26 Vgl. Micha Brumlik, *Autonome: Gewaltbereitschaft als verbindendes Lebensgefühl*, in: Wilhelm Heitmeyer/Kurt Müller/Heinz Sünker (Hrsg.), *Jugend – Staat – Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen*, Weinheim 1989, S. 175–189.

27 Die bekanntesten diesbezüglichen beiden Fälle waren zum einen die tödlichen Schüsse Autonomen auf zwei Polizeibeamte während einer Demonstration gegen den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens 1987 und zum anderen der tödliche Überfall auf einen rechtsextremistischen Funktionär 1992 in Berlin. Beachtenswert sind auch die Begründungen für die kritischen Stimmen aus der Szene zu beiden Taten, die mehr das Problem der Vermittlung denn die Taten an sich problematisieren.

28 Scatman, *Auf einsamem Posten*, in: *radikal*, 20 (1995) 153, S. 41.

die Berliner Gruppe „Klasse gegen Klasse“, die im Rahmen des bereits erwähnten „Kampfs gegen Umstrukturierung“ seit 1992 um die 50 Brand- und Sprengstoffanschläge durchführte. Dazu gehörte auch der Anschlag auf die Privatwohnung des Dekans der Juristischen Fakultät der FU Berlin, dem aufgrund eines von ihm erstellten Gutachtens vorgeworfen wurde, er trete als Klassenfeind für die Zerschlagung des Arbeitsrechts und des bisherigen Tarifvertragssystems ein. Ebenfalls Ansätze von terroristischen Strukturen wies eine zeitweilig unter den Namen „K.O.M.I.T.E.E.“ agierende Gruppe auf, welche durch einen Brandanschlag auf ein Kreiswehrrersatzamt und einen geplanten Sprengstoffanschlag auf eine Justizvollzugsanstalt auf sich aufmerksam machte. Darüber hinaus entwickelten sich weitere, lediglich regional agierende Kleingruppen, die Anschläge mit zum Teil großen Sachschäden durchführten. Zur Herausbildung einer einheitlichen terroristischen Struktur mit kontinuierlich fortgesetzter Aktivität kam es indessen bislang noch nicht. Gleichwohl nehmen ihre Gewalttaten immer mehr geplanten Charakter an und überschreiten dabei zunehmend die Schwelle von spontanen Handlungen zur ausgefeilten Guerilla-Taktik.

VI. Einstellungen und Verhältnisse der Autonomen zu anderen politischen Kräften

Für die Einschätzung der politischen Bedeutung der Autonomen und des von der Subkultur ausgehenden Gefahrenpotentials bedarf es über die Darstellung der Aktivitäten und Entwicklungen hinaus noch der Beurteilung des Verhältnisses zu anderen politischen Kräften, aber auch zu Gesellschaft und Staat der Bundesrepublik Deutschland. Hierbei muß zunächst noch einmal der Charakter der Autonomen als einer Subkultur besonders hervorgehoben werden. Mit diesem soziologischen Begriff wird eine „Unterkultur“ bezeichnet, also eine gesellschaftliche Gruppe, die sich in Abgrenzung von der Mehrheitskultur bzw. der allgemein akzeptierten Kultur definiert. Bei einer Subkultur handelt es sich um ein System von Normen, Symbolen, Verhaltensweisen und Werten, das sich von der Gesamtkultur unterscheidet und ein relatives Eigenleben führt. Abweichendes Verhalten, Desintegration und Konflikt bestimmen das Verhältnis zur Mehrheitskultur. Bei den Autonomen nehmen diese Eigenschaften einer Subkultur besondere Merkmale an, und zwar auf der Ebene politischer Einstellungen im Sinne einer offenen Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates zugunsten

von linksextremistischen Ideologieelementen und militanten Handlungsweisen.

Darüber hinaus grenzen sich die Autonomen aber auch durch nicht direkt als politisch zu bezeichnende Besonderheiten von der Mehrheitskultur ab, wozu neben dem äußeren Erscheinungsbild von der Bekleidung bis zur Wohnsituation auch die mangelnde Akzeptanz der geltenden Gesetze gehört, was sich nicht nur bei militanten politischen Aktionen, sondern auch im ab und an kriminelle Formen annehmenden Alltagsverhalten zeigt. Von ihrem Selbstverständnis her wollen Autonome nicht nach den gesellschaftlich akzeptierten, sondern nach den von ihnen selbst bestimmten Gesetzen leben. Als unmittelbare Konsequenz daraus ergibt sich die bereits schon mehrfach angeklungene Ablehnung nicht nur des Rechtsstaates, sondern des Staates als gesellschaftliche Einrichtung und Institution in Gänze. Dabei wird der Staat als monolithisches System der Unterdrückung von Individuen angesehen, wobei grundlegende Unterschiede politischer Systeme autoritärer, demokratischer oder totalitärer Art weitgehend ignoriert werden. Staaten nehmen Autonome häufig nur als Repressionsinstrumente im Sinne eines Polizeistaates wahr. Von daher erklärt sich auch die bereits bei der Beschreibung der Einstellungen und Ideologieelemente dieser Subkultur deutlich werdende grundlegende Ablehnung von allem, was den Autonomen als staatstragend erscheint.

Hierdurch bedingt ist auch die Ablehnung der in diesem Sinne eingeschätzten politischen Parteien. Dies gilt auch für die Grünen, deren zwischenzeitlich aus der Partei weitgehend ausgetretenem fundamentalistischem Flügel die Autonomen Anfang der achtziger Jahre positiv gegenüberstanden. Hintergrund und Ursache hierfür war die teilweise gemeinsame politische Herkunft aus den Verfallsprodukten der Protestbewegung von 1968, insbesondere den bereits erwähnten Spontis, aber auch zahlreiche gemeinsame Aktionsformen und Themen, wie sie exemplarisch etwa bei Demonstrationen gegen Atomkraftwerke deutlich wurden. Die Militanz der Autonomen einerseits und die zunehmende Akzeptanz des Parlamentarismus bei den Grünen andererseits führte allerdings im Laufe der Zeit zur Distanz. Innerhalb der Autonomen wurde die Partei in erster Linie nur noch als Bestandteil des ‚bürgerlichen Herrschaftssystems‘ wahrgenommen. Innerhalb der Grünen gab es eine Art automatische und stille Distanzierung, ohne daß allerdings eine nähere inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser Subkultur stattgefunden hätte. Über einzelne Parteiangehörige bestehen noch Kontakte in diesen Bereich hinein, oder sie ergeben sich anlaßbezogen bei Demonstrationen. Allgemein kann hier jedoch von einer unterschied-

lich abgelaufenen, aber erfolgten Trennung gesprochen werden²⁹.

Demgegenüber bestand und besteht ein engerer Zusammenhang von Autonomen und Teilen der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS), der sich allerdings erst um das Jahr 1992 stärker entwickelte. Aktionsbezogene und thematische Ansätze dazu boten insbesondere Demonstrationen und Proteste gegen die Bundeswehr oder gegen den Rechtsextremismus. Es kam sogar zur Gründung einer AG „Autonome Jugend in und bei der PDS“, die sich zum Ziel setzte, die Autonomen in die tagespolitischen Auseinandersetzungen der Partei stärker einzubeziehen und Berührungspunkte auf beiden Seiten abzubauen. Als Publikationsorgan dieser Strömung diente zunächst die Zeitschrift „Widerstand“, danach die Zeitschrift „Barrikade“. Wenngleich diesbezügliche – auch militantes Agieren einschließende – Kontakte zwischen Autonomen und Partei hinsichtlich letzterer meist über die AG „Junge GenossInnen in und bei der PDS“ liefen und die Parteiführung nicht offen erkennbar in diesem Sinne eine Zusammenarbeit bejahte oder förderte, so waren und sind ihr diese Kontakte doch weitgehend bekannt. Eine eindeutige und klare Distanzierung davon gab es allerdings nicht. Die PDS scheint solchen Personen und Positionen auch innerparteilich Raum geben zu wollen, hält sie doch programmatisch die verschiedensten Widerstandsformen für legitim³⁰.

Hinsichtlich des Verhältnisses von Autonomen und Neuen Sozialen Bewegungen kann eine Ambivalenz festgestellt werden: Innerhalb der Anfang der achtziger Jahre ihren Höhepunkt erreichenden Friedensbewegung stießen nicht nur die Auffassungen der Autonomen, sondern auch deren Militanz auf Ablehnung, so daß sich die Subkultur innerhalb dieser weitgehend isolierte. Demgegenüber konnten die Autonomen innerhalb der Bewegungen gegen Atomkraftwerke oder gegen die Startbahn West phasenweise eine relative Akzeptanz erlangen, was damit zusammenhängt, daß diesen seit Mitte der siebziger Jahre aufkommenden Bewegungen von Anfang an stärker eine auch illegale Protestformen einschließende Handlungsweise eigen war. Den Autonomen gelang es im Rahmen der spannungsgeladenen Auseinandersetzungen mit der Polizei auch, für Akzeptanz ihres militanten Vorgehens unter den mehrheitlich gewaltfreien Demonstranten zu

werben. Gleichzeitig nutzten die Autonomen letztere als Rückzugsfeld für militante Übergriffe, was jeweils zur Eskalation entsprechender Auseinandersetzungen beitrug. Innerhalb der friedlichen Mehrheitsströmungen innerhalb der Neuen Sozialen Bewegungen kam es nur selten zu offenen Auseinandersetzungen über das Wirken der militanten Subkultur in ihr³¹.

Bilanziert man die bisherigen Ausführungen über die Auffassungen und Handlungen der Autonomen sowie über ihr Verhältnis zu Gesellschaft und Staat, so läßt sich folgendes komprimiert sagen: Da sich die Subkultur der Autonomen bewußt in nicht nur politischer, sondern auch persönlicher Abgrenzung zur demokratischen Mehrheitskultur versteht, ist ihr gesellschaftliches Ansehen und ihre diesbezügliche Akzeptanz relativ gering. Politische Gefahren im engeren Sinne – was die Überwindung des politischen Systems angeht – dürften von ihr aufgrund dieser Isolation kaum ausgehen, zumal sie auch noch nicht einmal in Ansätzen diesbezügliche Strategien oder Zielsetzungen entwickelt haben. Auch fehlt es ihnen auf einem solchen möglichen Weg an relevanten Bündnispartnern. Derartige politische Absichten liegen auch nicht im Interesse einer Subkultur mit einem Selbstverständnis, das das individuelle Subjekt mit seinen emotionalen Einstellungen zur entscheidenden Instanz des eigenen Gesellschafts- und Politikverständnisses erhebt.

Das von dieser Subkultur ausgehende Gefahrenpotential ist demnach auch mehr vor dem Hintergrund ihrer Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit zu sehen. Da es aber auch für derartige Handlungsweisen weder durch inhaltliche Absichten noch strategische Zielsetzungen bedingte szeninterne Notwendigkeiten zur Begründung und Rechtfertigung gibt, eröffnet ein solches durch voluntaristische Militanz geprägtes Selbstverständnis der Unberechenbarkeit und Willkür je nach individuellem Gutdünken Tür und Tor. Gerade in einer damit verbundenen Eskalation von Gewalt besteht die konkrete Bedrohung durch die Subkultur. Auch zufällige Partner bei der Kampagnenpolitik und Zweckbündnissen mit hehrer Absicht – geht es etwa gegen den Rechtsextremismus – müssen sich dieser Besonderheit bewußt sein; sie schaden sich unter Umständen bei deren Ignoranz mehr, als ihnen selbst lieb ist. Bei den Autonomen handelt es sich nämlich um weitaus mehr als nur um kritische Protestler mit einem anderen Verständnis von Widerstand. Deren auch nur zeitweilige bündnispolitische Akzeptanz schließt automatisch auch die Akzeptanz ihrer Gewaltbereitschaft mit ein.

29 Vgl. Th. Schultze/A. Gross (Anm. 2), S. 152–154.

30 Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1996, Bonn 1997, S. 58 f. und 60 f.; P. Moreau/J. Lang (Anm. 2), S. 132–135; dies., Was will die PDS?, Frankfurt a. M. – Berlin 1994, S. 118–121.

31 Vgl. Th. Schultze/A. Gross (Anm. 2), S. 147–152.

Hans-Georg Betz: Rechtspopulismus: Ein internationaler Trend?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9–10/98, S. 3–12

Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen drohen zu einem festen Bestandteil westlicher Demokratien zu werden. Beschränkten sich die Erfolge dieser Parteien anfangs nur auf Westeuropa, so breitet sich die rechtspopulistische Welle seit Anfang der neunziger Jahre auch darüber hinaus zunehmend aus. Damit wird der Rechtspopulismus zu einem internationalen Phänomen.

Dieser Beitrag gibt eine kurze Beschreibung des Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien im internationalen Vergleich, um dann auf die rechtspopulistische Strategie und Programmatik einzugehen sowie ihre Erfolgsbedingungen zu erörtern. Dabei schält sich einmal mehr die zentrale Bedeutung von Ausländerfeindlichkeit und Parteienverdrossenheit für das Verständnis der gegenwärtigen Mobilisierungserfolge rechtspopulistischer Parteien heraus, die bei den Sympathisanten dieser Parteien besonders stark ausgeprägt sind. Dagegen sind weder neoliberale Wirtschaftsvorstellungen noch autoritäre Wertvorstellungen von nennenswerter Bedeutung. Was die Sympathisanten dieser Parteien jedoch besonders vom Rest der Wähler unterscheidet, ist ihre besonders stark entwickelte Sehnsucht nach einem „starken Mann“, der unter Umgehung parlamentarischer Prozeduren Entscheidungen trifft und schnell umsetzt. In der Förderung dieser latenten Demokratieverdrossenheit liegt die eigentliche Gefahr des Rechtspopulismus.

Kurt Lenk: Ideengeschichtliche Dispositionen rechtsextremen Denkens

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9–10/98, S. 13–19

Auch wenn die Rede von einem „deutschen Sonderweg“ in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts problematisch erscheint, läßt sich dennoch von einem „Sonderbewußtsein“ sprechen. In ihm finden sich Traditionsbestände und weltanschauliche Motive, die sich periodisch bis in die jüngste Zeit als öffentlichkeitswirksam erweisen. Dazu gehören vor allem die Verabsolutierung ursprünglich demokratischer Konzepte wie „Volk“ und „Nation“ zu emotional aufgeladenen Kollektivsubjekten, die, politisch instrumentalisiert, bei der schwierigen Identitätssuche der Deutschen eine fatale Rolle spielten. Entzeitlichung und Enthistorisierung führen dann zu Mythologemen (wie „Volkstum“ oder „Rasse“), wenn es – im Gegensatz zu westlichen Demokratien – an historisch konkreten Bedingungen für die Herleitung nationaler Gemeinsamkeiten mangelt.

Die besonders in Krisenzeiten virulente Berufung auf scheinbar naturhafte Substanzen verführt zu „einfachen Lösungen“, wie sie etwa der Traum von einem neuen Reich, der antiwestliche Germanenkult oder die völkische Inszenierung von Totenfeiern in der Geschichte des Nationalismus suggerierten. Das Wiederaufleben solcher – keineswegs auf Deutschland beschränkter – Strömungen und Tendenzen läßt eine erneute Auseinandersetzung mit den vielfältigen historischen wie ideenpolitischen Quellen dieser mythen- und symbolträchtigen Traditionen geboten erscheinen. Im vorliegenden Beitrag werden deren Kerninhalte und politisch-psychologische Funktionen dargestellt und analysiert.

Wolfgang Gessenharter: Die intellektuelle Neue Rechte und die neue radikale Rechte in Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9–10/98, S. 20–26

Um Begriff und Funktion einer Neuen Rechten in Deutschland gibt es seit längerem in Wissenschaft und Publizistik heftigen Streit. Inwieweit ist diese Neue Rechte rechtsextrem, was verbindet sie mit der politischen Mitte, wie stark ist sie in diese schon vorgedrungen? Vor dem Hintergrund theoretischer und empirischer Erkenntnisse der Forschung zum Gesamtfeld der neuen radikalen Rechten wird die Rolle der intellektuellen Neuen Rechten bewegungstheoretisch analysiert. An einem Fallbeispiel (Appell zum 8. Mai 1995 „Gegen das Vergessen“) wird gezeigt, daß und wie die neurechten Ideologieproduzenten bei der Debatte um das Selbstverständnis der „Berliner Republik“ kulturelle Hegemonie erringen wollen. Hierbei haben sie bereits ein gutes Stück Weges zurückgelegt.

Uwe Backes: Rechtsextremismus in Deutschland. Ideologien, Organisationen und Strategien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10/98, S. 27-35

Der umstrittene Begriff des Rechtsextremismus läßt sich als eine das Ethos fundamentaler Menschengleichheit negierende Form des politischen Extremismus definieren. In Deutschland wurde der organisierte Rechtsextremismus nach 1945 gesellschaftlich geächtet und isoliert. Versuche einer „nationalen Sammlung“ auf wahlpolitischer Ebene waren auf Dauer nicht erfolgreich. Auch im Zuge der dritten Mobilisationswelle mit nationalistischen bzw. national-populistischen Vorzeichen (seit Ende der achtziger Jahre) gelang es keiner der zeitweilig für Furore sorgenden Formationen, sich auf der nationalen Ebene politisch zu etablieren. Die Partei der „Republikaner“ (REP) kämpft derzeit ums politische Überleben, Alternativen sind bis auf weiteres nicht in Sicht. Anlaß zu größerer Besorgnis gibt das – trotz gesunkener Anschlagsziffern – noch immer hohe Gewaltniveau von rechts. Allerdings täuschen die zahlreichen Verbote neonationalsozialistischer Vereinigungen darüber hinweg, daß sich die Haupttätergruppe aus der Subkultur der „Skinheads“ rekrutierte – soweit die kriminellen Delikte überhaupt bestimmten Gruppen zuzuordnen sind.

Um ein überschätztes Phänomen handelt es sich bei der „Neuen Rechten“. Vielfach gilt die Medienaufmerksamkeit Phänomenen, die allenfalls entfernt mit dem Rechtsextremismus verwandt sind. Wo entsprechende Zeitschriften und Zeitungen das Etikett verdienen, fallen sie weder durch intellektuelle Originalität auf noch durch besonders hohe Auflagenziffern. Was die „Szene“ des zeitgeschichtlichen Revisionismus und Negationismus („Auschwitzlüge“) angeht, scheint sie gerade durch die Prozesse gegen einzelne ihrer Vertreter Auftrieb erhalten zu haben. Insgesamt gelangt man bei einer vergleichenden europäischen Übersicht zu dem Urteil, daß Deutschland in der Gegenwart keineswegs als Brutstätte und Hochburg des Rechtsextremismus gelten kann.

Armin Pfahl-Traugber: Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10/98, S. 36-46

Die Autonomen werden über die Medienberichterstattung meist nur als verummumt agierende Demonstranten und Gewalttäter wahrgenommen. Demgegenüber will der vorliegende Aufsatz eine komprimierte Darstellung zu Entstehung, Entwicklung, Einstellungen, Handlungsweisen, Motiven und Vertretern dieser linksextremistischen Subkultur liefern. Vorläufer bestanden in Italien („Autonomia Operaia“) und Deutschland (Sponti-Bewegung), woraus sich dann in den achtziger Jahren die Autonomen als relativ eigenständige politische Subkultur entwickelten. Die Untersuchung der Motive des Engagements und der politischen Positionen der Autonomen veranschaulicht, daß Ideologie und Theorie bei ihnen keine große Rolle spielen. Handlungsleitendes Motiv ist vielmehr das Ausleben subjektiver Gefühle, verbunden mit einer diffusen Ablehnung der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung. Entsprechend ihrer Negierung von Hierarchien und Strukturen organisiert sich die Subkultur selbst über weitgehend selbständige Kleingruppen, die allerdings informell durch Gruppendruck durchaus Autoritarismus erzeugen.

Als Handlungsfelder sehen Autonome die Proteste gegen Atomkraftwerke, Rechtsextremismus, den Sozialabbau oder städtische Strukturveränderungen an, wobei sie im Unterschied zu anderen Demonstranten bewußt die Grenze zum strafrechtlich relevanten und damit auch gewalttätigen Handeln überschreiten. Überhaupt spielen Gewalt als inneres Erlebnis und Militanz als verbindendes Lebensgefühl eine wichtige Rolle für die Binnenintegration der Szene – und zwar weitgehend unabhängig von politischen Strategien und Zielen. Aufgrund ihres Selbstverständnisses als eine politische Subkultur bewegen sich die Autonomen bewußt am Rande der Gesellschaft und verfügen weder über relevante Bündnispartner noch über politische Bedeutung zur existentiellen Bedrohung des demokratischen Verfassungsstaates. Das Gefahrenpotential der Szene besteht vielmehr in ihrer Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit, die unkontrollierbar und willkürlich erscheint und sich hemmungslos – mitunter bis zur Tötung ihrer Gegner – auslebt.